



Fällt die Gesellschaft auseinander?

Herausforderungen für die Politik

Fällt die Gesellschaft auseinander?
Herausforderungen für die Politik

Auftaktveranstaltung des Projektes
„Gesellschaftliche Integration“

28. September 2006

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Franziska Richter, Forum Berlin

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Angela Borgwardt, Franziska Richter

Copyright 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Umschlaggestaltung: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Satz und Druck: Wagemann Medien GmbH

ISBN 10: 3-89892-610-9
ISBN 13: 978-3-89892-610-2

Inhalt

Vorbemerkung.....	7
-------------------	---

Franziska Richter

Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Referentin des Projekts Gesellschaftliche Integration

Einführungsvortrag	11
--------------------------	----

Gefährdungen von Teilhabe im Umbruch des deutschen Sozialmodells

Dr. Peter Bartelheimer

Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen

Panel 1: Verschenkte Chancen? – Bildung und Ausbildung.....	29
--	-----------

Impulsvortrag	31
---------------------	----

Prof. Dr. Werner Helsper

Direktor des Zentrums für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL)
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Podiumsdiskussion.....	39
------------------------	----

mit

Prof. Dr. Werner Helsper

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Peter-Werner Kloas

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Berlin

Dr. Stephan Schumann

Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik an der Universität Zürich

Jörg Tauss, MdB

Sprecher des Arbeitskreises Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Moderation:

Isabel Schayani

MONITOR-Redaktion des WDR, Köln

Impulsvortrag 45

Dr. Stephan Schumann

Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik an der Universität Zürich

Fortführung der Podiumsdiskussion 53

Zusammenfassung der Diskussion:

Dr. Angela Borgwardt

Politologin, Berlin

Panel 2: Vernachlässigte Potenziale? – Arbeit und Beschäftigung 59

Impulsvortrag 61

Prof. Dr. Ulrich Walwei

Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

Podiumsdiskussion 79

mit

Dr. Christine Bergmann

Mitglied des Ombudrats – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Berlin

Dr. Gustav A. Horn

Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Heinrich Tiemann

Staatsekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin

Prof. Dr. Ulrich Walwei

Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

Moderation:

Dr. Ursula Weidenfeld

Stellvertretende Chefredakteurin, Der Tagesspiegel, Berlin

Zusammenfassung der Diskussion:

Dr. Angela Borgwardt

Politologin, Berlin

Panel 3: Verlorene Bindungen? – Familiäre und außerfamiliäre Strukturen..... 91

Impulsvortrag..... 93

Prof. Dr. Hans Bertram

Institut für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin,

Vorsitzender der 7. Familienberichtskommission des Deutschen Bundestages

Podiumsdiskussion..... 107

mit

Prof. Dr. Hans Bertram

Humboldt-Universität zu Berlin

Barbara Stolterfoht

Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Berlin

Heike Zirden

Projektleiterin „dieGesellschafter.de“ bei der Aktion Mensch, Bonn

Moderation:

Bernd Schüler

Freier Journalist, Berlin

Zusammenfassung der Diskussion:

Dr. Angela Borgwardt

Politologin, Berlin

Installation der künstlerischen Projektgruppe

REINIGUNGSGESELLSCHAFT „Der dreidimensionale Arbeitsbegriff“ 116

Angaben zu den Referentinnen und Referenten 119

Links zu den Projekten..... 127

Vorbemerkung

Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Sozioökonomischer Strukturwandel, Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialraumentwicklung, Migrationsbewegungen und grundlegende Veränderungen in den Familien- und Lebensformen sind unsere neue Realität.

Dieser Wandel bietet vielfältige Teilhabechancen und Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebens- und Arbeitsformen. Er birgt aber auch Spannungsfelder neuer sozialer Ungleichheiten.

Politikverdrossenheit und wachsende fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung lassen zudem in der öffentlichen Debatte immer mehr Fragen bezüglich einer stärkeren Integrationskraft von Politik und Gesellschaft aufkommen.

„Integration“ umfasst viele gesellschaftliche Dimensionen – nicht nur in Bezug auf Migration, sondern auch entlang der sozialen, ökonomischen und kulturellen Bruchstellen der Gesellschaft. Insbesondere durch fehlende Teilhabe an (Aus-)Bildung und Arbeit sowie unterstützenden sozialen Netzwerken entstehen Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Die heutige Konferenz „Fällt die Gesellschaft auseinander? – Herausforderungen für die Politik“ greift diese Problematik auf. Es soll der Frage nachgegangen werden, in welchen Bereichen „verschenkte Chancen“, vernachlässigte Potenziale und „verlorene Bindungen“ zu verorten sind und wo unsere Gesellschaft Gefahr läuft, bestimmte Personengruppen auszuschließen. Wir werden unseren Fokus aber auch auf die bereits existierenden guten Ansätze für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts richten.

Folgende Fragen werden in den drei Diskussionsrunden im Mittelpunkt stehen:



Welche sozialen Gruppen sind in den Bereichen (Aus-)Bildung, Arbeit und Beschäftigung am meisten von Ausgrenzung betroffen? Inwiefern produziert das deutsche Bildungssystem soziale Ungleichheiten und woran orientieren sich die Bildungsnormen?

Welche Auswirkungen hat der gesellschaftliche Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt? Führen die Arbeitsmarktreformen zu neuen gesellschaftlichen Spaltungen? Welche Handlungskonzepte müssen entworfen werden, um eine intensivere ökonomische und soziale Teilhabe zu ermöglichen?

Wie können in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft tragfähige soziale Bindungen hergestellt und Fürsorgeleistungen für andere organisiert werden? Was können familiäre und außerfamiliäre Strukturen – wie bürgerschaftliches Engagement – bei diesem Integrationsprozess leisten? Gibt es positive Zusammenhänge zwischen der Qualität dieser Strukturen und der Bewältigung von prekären Lebenslagen?

Diese Konferenz ist die Auftaktveranstaltung des Projekts „Gesellschaftliche Integration“, das 2006 im Forum Berlin eingerichtet wurde. In Konferenzen, Tagungen, Dialogforen und Fachgesprächen wollen wir Fragen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe diskutieren.

In der **Veranstaltungsreihe „Wege zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt“** stehen Fragestellungen nach einer besseren gesellschaftlichen Integration und die Erarbeitung von diesbezüglichen Reformimpulsen für Staat und Gesellschaft im Mittelpunkt. Thematisch eng damit verknüpft ist die **Werkstatt Integration**. An Praxistagen stellen wir regelmäßig Modellprojekte zur Integration vor und fördern neue zivilgesellschaftliche Netzwerke. In unseren **Fachgesprächen** laden wir Wissenschaftler/innen ein, die zu bestimmten Fragestellungen mit Politiker/innen ins Gespräch kommen. Insgesamt wollen wir mit unserer Projektarbeit die politische und wissenschaftliche Debatte kritisch begleiten und durch neue Impulse anregen.

Zentrales Element des Projekts ist der Begriff der „Teilhabe“, der mit der Vorstellung gesellschaftlicher Integration verbunden ist. Gesellschaftliche Integration bedeutet, möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an Bildung und Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung sowie familiären und außerfamiliären Strukturen zu ermöglichen. „Teilhabe“ beinhaltet aber auch die Komponente der politischen Partizipation: die aktive Teilhabe an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, das Sich-Einbringen durch Engagement in Parteien und im bürgerschaftlichen Engagement. Jede/r Einzelne sollte seinen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten – die Politik muss dieses Engagement aber auch ermöglichen und fördern. Mit dem Begriff der Teilhabe ist insofern auch eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer „Kultur der Anerkennung“ verbunden.

Angesichts dieser Ziele stehen Politik und Gesellschaft vor großen Herausforderungen.

Auf der heutigen Konferenz versuchen wir zunächst, einen Einstieg in die öffentliche Diskussion des Themas „Gesellschaftliche Integration“ zu gestalten. Die in den drei Panels zu behandelnden Themen hängen sehr eng zusammen und können nur durch gegenseitige Bezugnahme und Vernetzung diskutiert und gelöst werden. Einzelne Aspekte der verschiedenen Themenbereiche sollen dann in weiteren Veranstaltungen des Projekts „Gesellschaftliche Integration“ vertiefend behandelt werden, zum Beispiel in den Folgeveranstaltungen „Integration *durch* Arbeit“, „Integration *in* Regionen“ oder „Integration *durch* Partizipation“.

Heute soll es nicht nur darum gehen, bestehende Probleme und politische Herausforderungen kritisch zu betrachten. Wir werden unseren Blick auch gemeinsam auf die Chancen, Potenziale und sozialen Bindungen unserer Gesellschaft richten, die es zu identifizieren und nachhaltig zu unterstützen gilt, um die gesellschaftliche Integrationskraft zu stärken.

Wir haben in jeder Diskussionsrunde Experten zu den jeweiligen Themen eingeladen. Ich danke allen Beteiligten für Ihr Engagement und für Ihre Beiträge, die zum Gelingen dieser Konferenz beitragen werden.

Gefährdungen von Teilhabe im Umbruch des deutschen Sozialmodells

Mein heutiger Vortrag beruht auf Überlegungen aus dem Forschungsverbund „Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands“ (soeb), der – wie das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung – den Anspruch verfolgt, die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu verstehen. Berichterstattung heißt, wir beobachten die gegenwärtigen Umbruchprozesse und versuchen, Material für eine öffentliche Diskussion zu liefern.

Um die Frage der heutigen Veranstaltung „Fällt die Gesellschaft auseinander?“ angemessen beantworten zu können, bedarf es zweierlei: der „Anstrengung der Empirie“, die auf der Erhebung von Daten basiert, sowie der „Anstrengung des Begriffs“, die auf eine Klärung von Begriffen und theoretischen Konzepten zielt. Ich habe mich dafür entschieden, Ihnen heute vor allem die „Anstrengung des Begriffs“ zuzumuten. Denn für viele gesellschaftliche Veränderungen, die zu beobachten und zu verstehen sind, fehlen klar definierte Begriffe, die jedoch Grundlage einer fundierten Analyse sind.

Die Frage nach dem Auseinanderfallen der Gesellschaft beinhaltet zwei Dimensionen, die miteinander in Beziehung stehen: zum einen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Systemebene, zum andern die gesellschaftliche Zugehörigkeit von Menschen (Personen und Haushalten) auf der Ebene der individuellen Teilhabe.

Im ersten Teil meines Beitrags werde ich eine Arbeitsdefinition des Begriffs „gesellschaftlicher Umbruch“ vorschlagen, womit ich mich zunächst auf der Systemebene bewege: Welche Art des Wandels kann man eigentlich als Umbruch bezeichnen? Im zweiten Teil werde ich ausführlicher auf ein bestimmtes Konzept der Teilhabe eingehen, und zwar auf den Ansatz der Verwirklichungschancen von Amartya Sen. Anschließend möchte ich die erörterten begrifflichen Überlegungen exemplarisch auf einige Problemzonen gesellschaftlicher Entwicklung anwenden, von denen ich glaube, dass sie für die aktuelle Um-



bruchkonstellation zentral sind. Auf dieser Grundlage ziehe ich dann ein Fazit, bei dem ich nach den Gefährdungen von Teilhabe frage und den Begriff der Ausgrenzung klären werde.

Begrifflicher Rahmen

Seit den 1970er Jahren werden in den Sozialwissenschaften immer wieder neue begriffliche und konzeptionelle Zugänge zu der Frage gesucht, wie gesellschaftliche Entwicklungsziele beobachtet und gemessen werden können, wie man sie „operationalisieren“ kann. Mögliche Kriterien bzw. Bewertungsmaßstäbe sind zum Beispiel Lebensqualität, Wohlfahrt, Armut, Lebenslage, Ausgrenzung. Diese Begriffsklärungen sind mühsam, aber keine rein akademische Übung. Denn Wissenschaft und Statistik auf der einen Seite und Politik auf der anderen Seite haben etwas Wesentliches gemeinsam: Sie konstruieren gesellschaftliche Vorstellungen darüber, was auf die politische Tagesordnung zu setzen ist, was zum Gegenstand öffentlichen Handelns werden soll – auch wenn beide Bereiche unterschiedlichen Logiken folgen.

Das Klären von Begriffen ist somit eine wichtige Voraussetzung dafür, einen Gegenstand erfassen und messen zu können und empirisch fundierter Sozialberichterstattung zugänglich zu machen. Letztlich geht es bei all diesen Diskussionen immer auch darum, welche Probleme als politisch, als gesellschaftlich abzusichernde Risiken anerkannt werden und zu bearbeiten sind.

Produktions- und Sozialmodell

Die Frage, was die Gesellschaft zusammenhält und ob sie auseinanderfällt, kann auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene eines Landes beantwortet werden. Versuche, diese Prozesse zu messen, sind die Strukturindikatoren der EU oder ausführlicher die Laeken-Indikatoren, die von der Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (NAP'Incl) ausgewiesen werden, zum Beispiel Kennzahlen der Einkommensverteilung wie Armutsrisikoquote und Armutslücke oder Abweichung regionaler Beschäftigungsquoten vom Durchschnitt als Indikator des „regionalen Zusammenhalts“. Bei dieser Beschreibung zeigt sich bereits ein Problem des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft: Nach wie vor trennt eine Ost-West-Grenzlinie die alten von den neuen Bundesländern. Deutschland bildet zwar *ein* Wirtschafts- und Sozialsystem, aber kein einheitliches. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt funktioniert anders, die Wirtschaft wächst langsamer und beruht zu großen Teilen auf Transfers (die übrigens die westdeutschen öffentlichen Haushalte belasten, aber zugleich für die

westdeutsche Wirtschaft zusätzliches Wachstum, Arbeitsplätze, Einkommen, Gewinne und Investitionen sichern), die Unternehmen verfolgen zum Teil andere Geschäftsmodelle, die Menschen leben anders (zum Beispiel orientieren sich ostdeutsche Paarhaushalte immer noch an der Normalitätsvorstellung zweier vollzeithafer Verdieners). Es gibt also nach wie vor ein Integrationsproblem zwischen Ost und West.

Will man gesellschaftlichen Zusammenhalt auf dieser Ebene diskutieren, braucht man ein großes (Makro-)Modell davon, wie die deutsche Gesellschaft als sozioökonomischer Entwicklungszusammenhang funktioniert. Die Zukunftskommission der FES hat sich Ende der 1990er Jahre mit der Frage beschäftigt, wie ein neues Entwicklungsmodell aussehen könnte, das wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit „stimmig und robust“ miteinander verbindet. Auch die EU-Kommission suchte mit der „Lissabon-Strategie“ zur „Modernisierung und Verbesserung des europäischen Gesellschaftsmodells“ nach geeigneten politischen Instrumenten, um ein „schlagkräftige[s] Dreieck sich gegenseitig fördernder Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ herzustellen.

In gewisser Weise schließen wir mit dem sozioökonomischen Berichtsansatz hier an (1999), aber ohne den Anspruch, Rezepte anzubieten. Das Berichtsvorhaben basiert auf der Überzeugung, dass man schon für die Zwecke der Berichterstattung, also der wissenschaftlichen Beobachtung und Beschreibung, ein tragfähiges Modell braucht, um wesentliche Zusammenhänge erfassen und zum Beispiel die Frage beantworten zu können, über welche Teilhabeformen Haushalte in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung einbezogen sind.

Mit den Begriffen Produktionsmodell und Sozialmodell wird der sozioökonomische Entwicklungszusammenhang als Ergebnis von Strategien, institutionellen Ordnungen und Regulierungen aufgefasst.

Das *Produktionsmodell*, das mikroanalytisch auf der Ebene des Betriebs oder Unternehmens zu beobachten ist, steht für einen typischen Zusammenhang von markt- bzw. geschäftspolitischen Strategien von Unternehmen, typischen Formen der Betriebsorganisation sowie der sie rahmenden institutionellen Ordnung. Folgende Fragen sind hier zentral: Wie fügt sich das wirtschaftliche Handeln von Unternehmen oder die betriebliche Organisation von Arbeit in ein gesellschaftliches Ganzes ein? Durch welche Institutionen wird die Ökonomie reguliert und gesellschaftlich eingebettet?

Dagegen bezeichnet *Sozialmodell* die Gesamtheit der gesellschaftlichen Institutionen und Regulierungen, die eine Gesellschaft in die Lage versetzen, unter Bedingungen einer Marktökonomie „als eine durch wechselseitige Abhängigkeitsbeziehungen verbundene

Gesamtheit zu existieren“ (Robert Castel). Hier wird gefragt, in welchen Beziehungen und unter welchen institutionellen Bedingungen Haushalte und Individuen ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit realisieren, wie sie an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben. (So haben wir in unserem Projekt die Frage nach der gesellschaftlichen Integration übersetzt.) Das Sozialmodell, dem ein weiterer Institutionenbegriff zugrundeliegt, umfasst also viel mehr als eine sozialstaatliche Flankierung wirtschaftlicher Dynamik und flexibilisierter Arbeitsmärkte (wie im EU-Diskurs). Zum Sozialmodell gehören auch nichtstaatliche Institutionen, Haushalts- und Familienformen, Geschlechterarrangements, Zeit- und Lebensverlaufsmuster.

Die beiden Begriffe versuchen eine Antwort auf die Frage, was eine Gesellschaft zusammenhält, die auf Arbeitsteilung basiert und schwerpunktmäßig marktförmig organisiert ist. Dabei ist die Unterscheidung von Produktions- und Sozialmodell nur analytisch, das heißt, es handelt sich nicht um getrennte Gegenstandsbereiche. So wird das Produktions- wie das Sozialmodell von den gleichen Normen oder Institutionen gerahmt (zum Beispiel im Arbeitsrecht oder im Bildungssystem). Produktions- und Sozialmodell stehen für verschiedene Akteursperspektiven auf ein gesellschaftliches Ganzes.

Umbruch des Systems

soeb wie FES konstatieren, dass sich die Gesellschaft im Umbruch befindet. Doch was passiert in diesem Umbruch? Wir haben zwei Bewertungsmaßstäbe: Wie „robust“, wie stimmig ist unser Gesellschaftssystem noch? Und wie viel individuelle Teilhabe ermöglicht diese Konstellation?

Die zentralen Fragen lauten: Kann die Gesellschaft im Umbruch des Produktions- und Sozialmodells „alle mitnehmen“, also Mindeststandards der Teilhabe aller sichern? Erweitern sich die Spielräume von Individuen und Haushalten, unter einer wachsenden Vielfalt von Möglichkeiten die ihnen gemäße Lebensweise wählen zu können, oder werden diese Spielräume zunehmend eingeschränkt?

Die wachsende Vielfalt individueller Lebensweisen lässt sich als Indikator „guter“ Gesellschaftsentwicklung deuten, nämlich als wachsende Wahlmöglichkeiten in einer ökonomisch reicheren Gesellschaft. Dagegen zeigt die zunehmende Ungleichheit von Lebenslagen und Teilhabechancen eine Störung des Zusammenhangs zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung an: Je mehr individuelle Verschiedenheit durch das erreichte Niveau gesellschaftlicher Entwicklung möglich wird, desto ausgrenzender werden alte und neue Strukturen sozialer Ungleichheit empfunden, die Individuen und Haushalte von solchen Wahlmöglichkeiten ausschließen.

Umbruch ist ein Argument auf der Systemebene. Betrachtet man Gesellschaft als sozio-

ökonomischen Entwicklungszusammenhang, kann man zwei „Gangarten“ gesellschaftlicher Entwicklung unterscheiden:

- Sozialer Wandel *in* einem Entwicklungsmodell: Ökonomie, Lebensweise und Teilhabemodus stützen sich wechselseitig;
- Umbruch *des* Entwicklungsmodells: Spannungen zwischen Ökonomie, Lebensweise und Institutionensystem.

Der Unterschied zwischen Umbruch und sozialem Wandel besteht also nicht im Tempo der Veränderung. Der englische Historiker Eric Hobsbawm bezeichnete die Nachkriegsjahrzehnte als „goldene“ Jahrzehnte, die sich durch einen stimmigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungszusammenhang auszeichneten. In dieser historischen Periode habe eine „soziale Revolution“ in einem dynamischen ökonomischen Gleichgewicht stattgefunden, das heißt: Die soziale Dynamik – von der Verallgemeinerung der bürgerlichen Alleinernährerfamilie über die Auflösung des traditionellen ökonomischen Sektors bis hin zur Automatisierung, zur Bildungsexpansion und zur Verallgemeinerung sozialstaatlicher Sicherung – passte in dieser Zeit zur ökonomischen Dynamik, die auf der wechselseitigen Stützung von Massenproduktion und Massenkonsum beruhte. Hierzu ein Beispiel: Die Arbeiter in der Automobilindustrie konnten die Autos, an deren Herstellung sie beteiligt waren, für sich und ihre Familien kaufen, da ihre Löhne proportional zur Produktivitätsentwicklung stiegen. Damals haben sich Lebensweise und Ökonomie wechselseitig gestützt. Diese Situation blieb jedoch nicht stabil, seitdem hat sich einiges verändert.

Im Umbruch passt vieles nicht zueinander: die Einkommensentwicklung nicht zur Produktivitätsentwicklung, die weiter steigende Erwerbsbeteiligung nicht zur stagnierenden Nachfrage nach Lohnarbeit und die Veränderungen der Lebensweise nicht zu den Institutionen sozialer Sicherung.

Da sich das bundesdeutsche Produktions- und Sozialmodell im Jahr 1990 bereits im Umbruch befand, haben wir heute eine verschärfte, doppelte Umbruchkonstellation in Ostdeutschland: Eine staatssozialistische Gesellschaft wurde – anders als die „sozialistischen Bruderländer“ – durch Beitritt zur Bundesrepublik transformiert, und die Übertragung von Institutionen und Rechtsordnung hat nicht zu einer Angleichung an das westdeutsche Vorbild geführt. Man kann diese Situation nicht als bloß verzögerte Angleichung deuten: Für ein „Wirtschaftswunder“ nach dem alten Modell war ökonomisch kein Raum mehr. Das Umbruchszenario verläuft in den „neuen Bundesländern“ im Zeitraffer; daher beginnen hier auch Experimente mit neuen sozioökonomischen Strukturen.

Individuelle Teilhabe

So wichtig dieses Denken im Modell bzw. auf der Systemebene ist – ein Problem bleibt: Man findet auf dieser Ebene keinen gut begründeten Maßstab für „gute“ oder „nachhaltige“ gesellschaftliche Entwicklung. Für ökologische Nachhaltigkeit noch am ehesten, für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vielleicht noch, aber für sozialen Zusammenhalt? Wie viel individuelle Wohlfahrt stiftet ein wirtschaftlich „erfolgreiches“ Modell? Wie viel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft, bevor sie auseinanderfällt?

Bisher muss man sagen: Mehr als wir dachten. Das Realexperiment „mehr Ungleichheit“ ist noch im Gang, und um es zu stoppen, wäre vielleicht ein bisschen mehr Instabilität nicht schlecht. Dazu werde ich am Schluss noch etwas sagen.

Normativen Boden bekommt man wohl erst unter die Füße, wenn man die System- oder Modellebene verlässt und danach fragt, welche Möglichkeiten der Teilhabe einzelne Individuen und Haushalte in einer Gesellschaft haben. Zumindest heute – als Ergebnis der Individualisierung in den Nachkriegsjahrzehnten – kann das Maß der gesellschaftlichen Entwicklung nur sein, was das Produktions- und Sozialmodell einzelnen Haushalten oder Individuen an Teilhabemöglichkeiten bietet.

Folgende Fragen sind damit verbunden:

- Wie kann man die Wohlfahrtspositionen von Personen überhaupt vergleichen?
- Anhand welcher Kriterien lässt sich die wachsende Vielfalt von Lebensweisen unterscheiden von inakzeptabler sozialer Ungleichheit, die gesellschaftlichen Eingriff erfordert? (Denn Vielfalt und Ungleichheit nehmen gleichzeitig zu.)

Teilhabe nach dem Konzept von Amartya Sen

In den letzten Jahren hat bei der wissenschaftlichen und politischen Beobachtung sozialer Ungleichheit ein „Paradigmenwechsel“ (P. Böhnke) stattgefunden – von Ressourcenmangel zu Teilhabedefiziten, vom Verteilungsaspekt auf die gesellschaftlichen Beziehungen, die Ungleichheit produzieren. Die wesentlichen Konzepte, die dabei aufeinanderfolgten, waren:

- Armut (Ressourcenverteilung, indirekte Messung von Teilhabechancen);
- benachteiligte Lebenslage (direkte Messung realisierter Teilhabe);
- Ausgrenzung (soziale Beziehungen, die von angemessener Teilhabe ausschließen);
- Verwirklichungschancen nach Sen (Messung von Teilhabefähigkeiten und Handlungsspielräumen).

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat diesen Paradigmenwechsel der Begriffe von 2001 bis 2005 im Zeitraffer durchlaufen. Und so beruft sich nun der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) auf das Konzept der Verwirklichungschancen von Sen:

„Einkommensarmut, benachteiligte Lebenslagen und Ausgrenzung stellen verschiedene, einander ergänzende Diagnosekonzepte dar, die kombiniert und auf die Integration der Handlungsmöglichkeiten und Chancenangebote des aktivierenden Sozialstaats hin geöffnet werden müssen“ (ebd., S. XVI).

„Das Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen bildet [...] in Verbindung mit dem Lebenslagenansatz die Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes“ (ebd., S. 10).

„Das Konzept versteht unter Verwirklichungschancen die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten („capabilities“) von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt. Armut ist dann gleichbedeutend mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, Reichtum mit einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen [...]“ (ebd., S. 9).

„Teilhabe lässt sich an den Chancen und Handlungsspielräumen messen, eine individuell gewünschte und gesellschaftlich übliche Lebensweise zu realisieren“ (ebd., S. 10).

„Armut im Sinne sozialer Ausgrenzung und nicht mehr gewährleisteter Teilhabe liegt dann vor, wenn die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und gleichberechtigte Teilhabechancen an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft ausgeschlossen sind“ (ebd., S. 9).

Die Arbeit, diese im heutigen sozialpolitischen Diskurs zentralen Begriffe zueinander in Beziehung zu setzen und methodisch zu fundieren, steht noch weitgehend aus.

Muss man also Amartya Sen lesen, um die Frage Ihres Projekts zu beantworten? Es gibt drei Argumente dafür:

- „Opportunistisch“ könnte man argumentieren: Es gab immerhin einen Kabinettsbeschluss zu einem wohlfahrtsökonomischen Konzept individueller Teilhabe; das Konzept ist politisch legitimiert.
- Hinzu kommt ein „forschungspragmatisches“ Argument: Das Ausgrenzungskonzept, der Lebenslagenansatz und das Konzept der Verwirklichungschancen weisen viele Gemeinsamkeiten auf, zum Beispiel verwenden alle den Begriff der Teilhabe, der sogar ein sozialrechtlicher Legalbegriff ist. Eine andere wichtige Gemeinsamkeit liegt darin,

dass es mit der empirischen Umsetzung aller drei Ansätze noch ziemlich hapert, weshalb es vernünftig ist, empirisch so zu arbeiten, dass Ergebnisse sich aus der Perspektive verschiedener Ansätze deuten lassen.

- Schließlich gibt es ein „Übersetzungsargument“: Einige der Diskussionen über soziale Ungleichheit sind sehr deutsch. Die theoretischen Grundlagen des deutschen Lebenslagenkonzepts sind aus internationaler Sicht fast obskur, doch seine Fragestellungen lassen sich in die Sprache von Sen übersetzen. Somit kann dieses Konzept eine Brücke zur internationalen Debatte darstellen. Das Konzept von Sen wird international breit rezipiert, auf europäischer Ebene (zum Beispiel in den EU-Forschungsprojekten EUROCAP und CAPRIGHT in Bezug auf zentrale Bereiche der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik) und auf UN-Ebene (im Rahmen der Entwicklungspolitik).

Der deutsche Lebenslagenansatz zielt darauf, die tatsächlich realisierte Teilhabe zu messen. Der Ansatz von Sen will aber auch berücksichtigen, dass Individuen sich nicht nur nach ihrem Zugang zu Ressourcen unterscheiden, sondern auch nach ihren Fähigkeiten, diese gemäß unterschiedlicher Umstände und Ziele in Teilhabeergebnisse umzusetzen. (Jürgen Volkert hat diese Fähigkeiten – die Sen „capabilities“ nennt – in den Begriff der Verwirklichungschancen übersetzt.) Bei dieser Umsetzung kommt es auf zwei weitere Instanzen an: auf Umwandlungsfaktoren (institutionelle und individuelle Bedingungen) und Wahlmöglichkeiten (Handlungs- und Entscheidungsspielräume).

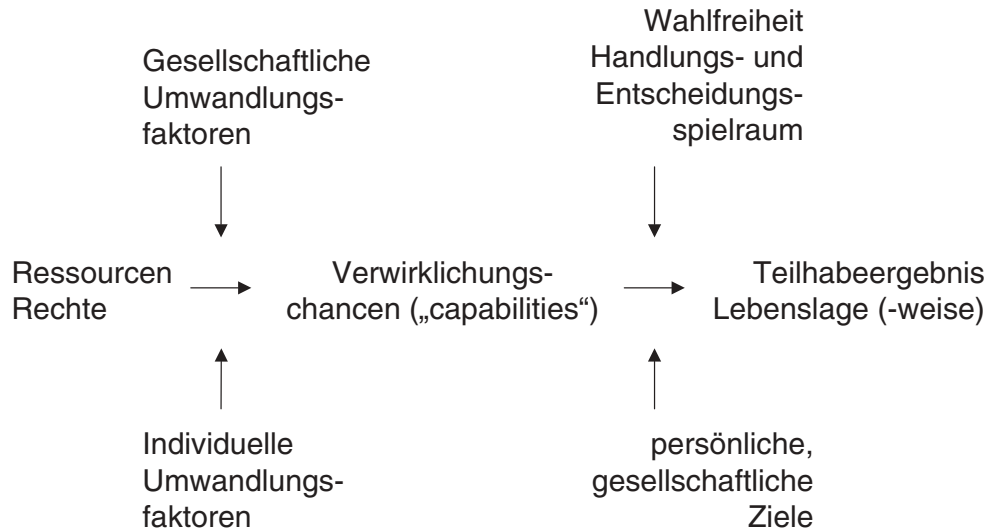
Man kann diesen Umsetzungsprozess am Beispiel des Radfahrens verdeutlichen:

- Ressource: Ich brauche ein Fahrrad oder einen Zugang dazu.
- Individueller Umwandlungsfaktor: Ich muss Rad fahren können.
- Gesellschaftlicher Umwandlungsfaktor: Rad fahren muss erlaubt sein, es muss eine entsprechende Infrastruktur geben.
- Wahlfreiheit: Ich muss entscheiden können, ob ich Rad fahren will. Fahre ich nicht Rad, kommt es darauf an, ob ich es nicht will oder ob ich es nicht kann.

Die Grundidee dieses Konzepts, das gesellschaftliche Ziel ist es, Ungleichheit bei den Teilhabechancen zu reduzieren. In unserem Beispiel bedeutet das: Es wird nicht gemessen und verglichen, wie viele Stunden die Einzelnen jeweils Rad fahren, sondern welche Fähigkeit oder Chance jeder hat, Rad zu fahren, wenn er es will.

Zeigt sich hier vielleicht ein Pferdefuß im Konzept der Verwirklichungschancen? Kann man dem politischen Konsens über diesen Chancenansatz sozialpolitisch trauen? Es gibt Grund, mindestens zwei skeptische Nachfragen zu stellen:

■ Lebenslage und Verwirklichungschancen (vereinfachtes Modell)



Das Konzept ist offenkundig individualistisch und pluralistisch – es akzeptiert die Vielfalt von Lebensweisen und schreibt nicht vor, welche Verwirklichungschancen und Teilhabeergebnisse wichtiger sind als andere. Doch es gibt ein Problem: Sen sagt uns nicht, wer eigentlich definiert, was ein gesellschaftliches Minimum an Teilhabechancen ist, die in jedem Fall gesichert sein müssen (zum Beispiel Grundbedürfnisse). Das Konzept unterstellt ein hohes Maß radikal demokratischer Verständigung darüber, was Mindeststandards der Teilhabe sind, für welche Verwirklichungschancen Politik zuständig ist, welches Minimum an Ressourcen und Umwandlungsfaktoren gesellschaftlich garantiert sein muss. (Von damit verbundenen Messproblemen ganz zu schweigen.)

Das Konzept könnte Politik von Verantwortung für Ergebnisgleichheit entlasten, eine Versuchung, die es mit Konzepten wie Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit gemeinsam hat. Es würde nicht mehr darüber gesprochen, welche Ungleichheitsverhältnisse am Ende von gesellschaftlichen Prozessen stehen, sondern es soll nur noch sichergestellt werden, dass alle die gleichen Chancen haben, etwas zu erreichen. Der Individualismus droht damit ein negatives Vorzeichen zu bekommen. Es besteht das Risiko, dass die Einzelnen mit dem Problem der Teilhabe alleingelassen werden.

Diese beiden kritischen Fragen sind heute umso berechtigter, da die allgemeine soziale Aufwärtsentwicklung zu einem Ende gekommen ist. Anders als in der Phase des Ausbaus des Sozialstaats geht es nun um Minimalziele sozialstaatlicher Sicherung, um die Befestigung eines Sicherungsminimums.

Für beide skeptische Nachfragen gibt es mögliche optimistische Antworten, die ich hier vorstelle, wenn ich auch den Optimismus nur begrenzt teile.

Wer entscheidet über das gesellschaftliche Minimum von Teilhabechancen? Sen hofft darauf, dass wir einen demokratischen Diskurs organisieren können, in dem alle ihre Verwirklichungsansprüche so formulieren können, dass die Gesellschaft insgesamt einen Weg findet, sie zu befriedigen. In Sens Konzept ist Demokratie, Partizipation die entscheidende Antwort auf die erste Frage: Alle müssen ihre Teilhabeanliegen artikulieren können. Es bleibt jedoch unklar, welcher gesellschaftliche oder politische Akteur einen solchen Diskurs organisiert.

Auf die zweite Frage kann man erwidern, dass das Konzept nicht die Politik von Verantwortung entlastet, sondern den Verantwortungsbereich – wohl verstanden – sogar noch erweitert: Öffentliche Institutionen und politische Interventionen sind erstens daran zu messen, welche Ressourcen für Teilhabe sie bereitstellen, und zweitens daran, ob sie als fördernde oder hemmende Bedingungen (Umwandlungsfaktoren) auf Verwirklichungschancen wirken, ob sie Handlungsspielräume erweitern oder einschränken. Es reicht nicht aus zu sagen, wie viele Mittel man für wie viele Leistungsberechtigte aufwendet – man muss viel tiefer in eine Diskussion über die Qualität der Rechtsansprüche auf Geldleistungen und Leistungsprozesse sozialer Dienstleistungen einsteigen und auch erheblich mehr über ihre Wirkungen wissen. Damit steigen natürlich auch die Anforderungen an Wirkungsforschung.

Teilhabledimensionen

Um das Konzept der Teilhabe oder der Verwirklichungschancen an die gesellschaftliche Ebene, an den Teilhabemodus gesellschaftlicher Gruppen zurückzubinden, kann man zunächst Handlungsebenen bzw. gesellschaftliche Beziehungen unterscheiden, in denen Teilhabe gelingt oder misslingt. Teilhabe ist mehrdimensional, das gilt auch für das Konzept der Verwirklichungschancen. Um in diese Vielfalt möglicher individueller Teilhabeanliegen eine grobe analytische Ordnung zu bringen, kann man vier Teilhabeformen als Dimensionen von Verwirklichungschancen unterscheiden:

- Einbeziehung in die Erwerbsarbeit als wichtigste Form der Teilhabe in unserer Arbeitsgesellschaft,
- persönliche, gegenseitige Verpflichtung in informellen sozialen Nahbeziehungen, insbesondere informelle Eigenarbeit im Haushaltszusammenhang,
- Teilhabe durch Recht – getrennt nach bürgerlichen und politischen Rechten, die politische Partizipation sichern, sowie sozialen Rechten (Robert Castel: „soziales Eigen-

tum“), deren Ressourcen und Umwandlungsfaktoren die Verwirklichung von Teilhabe in allen anderen Dimensionen wesentlich beeinflussen,

- Teilhabe durch Kultur und Bildung als gesellschaftliche Einbindung durch den Erwerb von Kompetenzen und Wertorientierungen.

Das Modell der Verwirklichungschancen kann auf jede dieser Teilhabeformen angewendet werden. Der Vorteil dieser Unterscheidung liegt darin, dass man den Teilhabemodus von Gesellschaften bestimmen, auch verschiedene Zonen gesellschaftlicher Teilhabe definieren und analysieren kann.

■ Teilhabeformen als Dimensionen von Verwirklichungschancen („capabilities“)

Teilhabeform	Ressourcen und gesellschaftliche Umwandlungsfaktoren	Teilhabeergebnis
Erwerbsarbeit	Haushalt, Betrieb/Unternehmen, Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktpolitik	Stabile, unsichere Erwerbsbeteiligung, Erwerbsabschluss; Erwerbseinkommen
Soziale Nahbeziehungen, informelle Arbeit	Haushalt / Familie, Betrieb, Quartier andere	Netzwerke, Isolation, empfangene / geleistete informelle Arbeit, Unterhalt
Bürgerliche, politische Rechte	Staat, Parteien, Verbände	Bürgerstatus, politische Partizipation
Soziale Rechte	System sozialer Sicherung	Transfereinkommen, soziale Dienstleistungen
Bildung, Kultur	Bildungssystem	Qualifikation (Kompetenz), Wertorientierung

Typische Lebenslagen, etwa Niveaus materieller Teilhabe, ergeben sich erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen (im Haushalt und in biografischen Verläufen). Eine Teilhabeform kann dabei Kontextbedingung (Umwandlungsfaktor) für eine andere sein. Verschiedene Teilhabeformen können einander kompensieren und Gefährdungen „abpuffern“. So ermöglichen soziale Nahbeziehungen gemeinsames Wirtschaften, private Transfers (Unterhaltsleistungen), informelle Arbeit für andere, und sie sind entscheidende Ressource bei der Stellensuche. Rechte auf Lohnersatzleistungen und auf Arbeitsförderung unterstützen die Arbeitsmarktintegration. Soziale Leistungsansprüche unterstellen private Unterstützung oder Sorgearbeit. Kulturelle Teilhabe kann die Bewältigung sozialer oder beruflicher Gefährdung erleichtern.

Auf der Grundlage dieser Unterscheidungen kann man nach dem Teilhabemodus fragen, der für eine Gesellschaft in einer gegebenen historischen Situation prägend ist (So-

zialmodell). Über welche Teilhabeformen waren Haushalte im alten Modell an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung angeschlossen, das heißt, wie hatten sie daran teil? Und welche Konsequenzen hat es, wenn das heute so nicht mehr gelingt?

Das alte Sozialmodell war das einer Erwerbsarbeitsgesellschaft (Lohnarbeit), in der die Teilhabeform der Erwerbsarbeit für die erwachsene Bevölkerung über Verwirklichungschancen in fast allen Bereichen entscheidet. Daran hat sich übrigens im Umbruch nichts geändert; vielmehr wird der Arbeitsmarkt sogar noch mehr zum Schicksal für den Einzelnen. Dass diese Teilhabeform gesellschaftlich bestimmend ist, bedeutet aber noch lange nicht, dass sie quantitativ dominiert, und Erwerbsarbeit setzt zudem immer Eigenarbeit (auch Haus- und Sorgearbeit für andere in sozialen Nahbeziehungen voraus).

Ein wichtiger Punkt ist: Jede der Teilhabeformen verlangt bestimmte Ressourcen, und die Gesellschaft muss bestimmte gesellschaftliche Umwandlungsfaktoren sicherstellen.

Auf der Grundlage dieser Unterscheidungen kann man (wieder nach Robert Castel) Zonen sozialen Zusammenhalts, bestimmte gelingende oder scheiternde Kombinationen von Teilhabeformen zu identifizieren suchen. Dadurch können auch Problemzonen und Teilhabeprobleme, die sich aus der Umbruchkonstellation ergeben, deutlich werden. Meine Annahme ist, dass die Grenzen und Übergänge zwischen solchen Zonen der Gefährdung und Ausgrenzung für die gegenwärtige Gesellschaft wesentliche Linien aktueller sozialer Ungleichheit bilden.

Problemzonen, die aus dem Umbruch dieser Teilhabeformen hervorgehen

Problemzone 1: Unsichere Erwerbsbeteiligung als neue soziale Lage

Das „alte“ Sozialmodell der Nachkriegszeit verwandelte Lohnarbeit (abhängige Erwerbsarbeit) aus einem Zustand der Unsicherheit in einen sozialstaatlich gesicherten Status. Heute wird er in eine unsichere Teilhabeform zurückverwandelt, weshalb auch die politische Formel, das beste Mittel gegen Ausgrenzung sei ein Arbeitsplatz, nicht mehr stimmt. Diese Unsicherheit gilt aber nur für einen Teil der Erwerbsbevölkerung.

Am Arbeitsmarkt bestehen heute drei Beschäftigungssegmente nebeneinander:

- ein stabiles Segment von Erwerbspersonen, die in fünf Jahren überwiegend oder kontinuierlich versicherungspflichtig vollzeitbeschäftigt waren,
- ein kleines Segment von Ausgegrenzten, die in den letzten fünf Jahren gar nicht mehr versicherungspflichtig beschäftigt waren und bestenfalls Lohnersatzleistungen bezogen haben (im Westen etwa 4 Prozent, im Osten etwa 11 Prozent); bei ihnen ist die Anbindung an den Arbeitsmarkt mehr oder weniger gescheitert,

- dazwischen ein wachsendes Segment unsicherer Erwerbsbeteiligung mit häufigeren Wechseln zwischen Beschäftigungslosigkeit, Maßnahmen und versicherungspflichtiger oder nicht standardisierter Erwerbsarbeit oder mit niedrigen Erwerbseinkommen, die diese mit Grundsicherung aufstocken, das heißt, die faktisch bereits einen Kombi-lohn beziehen (dies gilt für etwa ein Fünftel der ALG-II-Beziehenden).

Unsichere Erwerbsbeteiligung als neue soziale Lage entsteht durch eine Kombination von zwei Unsicherheiten: Prekär ist sowohl die Anbindung an den Arbeitsmarkt als auch die soziale Sicherung – was sich im „Abstieg“ aus dem Rechtskreis der Arbeitslosenversicherung (des SGB III) in den der „Erwerbsfürsorge“ (des SGB II) widerspiegelt.



Die neue Unsicherheit am Arbeitsmarkt wurde zunächst durch bestehende soziale Sicherungssysteme bearbeitet (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe), die jedoch von ganz anderen Normalitätsannahmen ausgingen, nämlich für vorübergehende Sucharbeitslosigkeit geschaffen waren. Inzwischen besteht für die beiden Segmente der Ausgegrenzten und der unsicher Erwerbstätigen ein eigenes, nach dem Fürsorgeprinzip organisiertes Sicherungssystem (SGB II „Hartz IV“), das heute für 5,2 Millionen Erwerbspersonen und für drei von vier gemeldeten Arbeitslosen (2,8 von 4 Millionen) zuständig ist. Unter den arbeitslosen ALG-II-Beziehern hatte ein Drittel seit sechs Jahren keine versicherungspflichtige Beschäftigung. Zwei Drittel dürften zum Segment der unsicheren Erwerbsbeteiligung zählen. Diese Erwerbsfürsorge bietet den „Überzähligen der Erwerbsgesellschaft“ zwar eine Mindestsicherung, doch nach dem Bewertungsmaßstab der Verwirklichungschancen oder des Handlungsspielraums dürfte sie nicht gut abschneiden:

- „Aktivierung“ heißt hier letztlich, die „Überzähligen“ werden am Rand des unsicheren Arbeitsmarktsegments in Maßnahmen und nicht-versicherungspflichtigen Beschäftigungen bewegt. Die Chancen, wieder einen Weg zurück in stabile (versicherungspflichtige) Beschäftigung zu finden, sind nur gering.
- Das Fürsorgeprinzip positioniert diese Personen gewissermaßen außerhalb der moder-

nen sozialstaatlichen Normalität: „Fordern und Fördern“ bedeutet dann, sie erhalten ihre Leistungen in einer diffusen Sozialbeziehung zu einem persönlichen Ansprechpartner, in der soziale Dienstleistung und persönliche Nahbeziehung eine problematische Mischung eingehen. Wesentliche Spielräume eigenständiger Lebensführung sind drastisch beschränkt (in Bezug auf Wohnung, Familienbildung, Ortsabwesenheit, Strategie der Jobsuche). Andere Teilhabedimensionen müssen sich der „Platzierung“ am Arbeitsmarkt unterordnen, werden in die Pflicht genommen. Die Fürsorgelogik, die Handlungsautonomie beschränkt, widerspricht dem Aktivierungsziel.

- Unsicherer Erwerbsverlauf wird als persönliches Defizit gedeutet: Was im Leistungsprozess von „Hartz IV“ „aktiviert“ wird, zielt alles auf die untere Hälfte des Sen-Modells, bearbeitet wird ein – unterstellter oder tatsächlicher – Mangel an persönlichen Umwandlungsfaktoren. Arbeitslosigkeit wird radikal individualisiert, indem das soziale Konstrukt unfreiwilliger Arbeitslosigkeit an Geltung verliert und Beschäftigungslosigkeit wieder als persönliche Schuld gesehen wird.

Problemzone 2: „Passung“ von Erwerbssystem, Einkommens- und Haushaltsstruktur

In Haushalten werden zwei Formen der Teilhabe in alltäglicher Lebensführung verknüpft: Teilhabe am gesellschaftlichen System der Arbeitsteilung durch Erwerbsarbeit und Teilhabe über persönliche Nahbeziehungen (Hausarbeit und Familienunterhalt).

Das alte deutsche Sozialmodell unterstellte, dass das individuelle Erwerbseinkommen eines (männlichen) Verdieners die materielle Teilhabe einer Familie sichert. Im Umbruch verändert sich diese „Passung“ von Erwerbssystem, Einkommenssystem und Haushalts- bzw. Familienstrukturen von Seiten der Ökonomie wie der Lebensweise. Der Teilhabemodus insbesondere der erwerbstätigen Paarhaushalte und der Haushalte mit Kindern wird immer konfliktreicher.

Bei Paarhaushalten mit Kindern unter 16 Jahren stehen heute vier Verdienersmodelle nebeneinander:

- Alleinverdiener (im Westen etwa die Hälfte der Paarhaushalte mit Kindern unter 16 Jahren, im Osten ein Drittel),
- Eineinhalb-Verdiener (im Westen ein Drittel, im Osten ein Fünftel),
- zwei vollzeitnahe Verdieners (im Westen ein Achtel, im Osten zwei Fünftel),
- kein Erwerbseinkommen (4 Prozent bis 8 Prozent).

Je ungleicher die Erwerbsbeteiligung, desto ungleicher die Arbeitsteilung im Haushalt. Neun Zehntel der Männer mit überlangen Arbeitszeiten (das heißt von mehr als 48 Stun-

den pro Woche) leben mit einer Partnerin, die gar nicht (ein Drittel) oder deutlich weniger arbeitet. Bei den Alleinverdiener-Paaren macht die Frau drei Viertel der Hausarbeit, bei den Doppelverdienern zwei Drittel.

Zwei politische Leitbilder wirken gegeneinander:

- „Individualisierung“: Gleichstellungspolitik und Arbeitsmarktpolitik verlangen eigenverantwortliche Arbeitsmarktintegration von Männern und Frauen.
- „Famialisierung“: Steuer- und Sozialpolitik (etwa Ehegattensplitting, Unterhaltsansprüche) nehmen wechselseitige Abhängigkeiten in die Pflicht; Grundsicherung besteht strikt auf Partnerunterhalt nach dem Familienernährermodell.

Existenzsicherung ist bekanntlich kein Kriterium bei der Lohnfindung. Niedrigeinkommen sind oft nicht einmal individuell existenzsichernd. Das alte Hauptverdienermodell wird zum Wohlstandsmodell für eine Minderheit und zu einem Einkommensrisiko für die Mehrheit: Am Arbeitsmarkt gehen die Familienernährer aus.

Haushalt ist nicht mehr gleich Familie. Familien und Haushalte treten auseinander: Familienmitglieder wirtschaften seltener in einem Haushalt und leisten seltener für einander Unterhalt. Es gibt eine Zunahme an „Nichtfamilienhaushalten“ (Singles, Doppelverdienerpaare ohne Kinder). Familienunterhalt und gegenseitiger Einstand wird politisch und gesellschaftlich strittig.

Mit der Veränderung der Haushaltsstrukturen wächst der Bedarf an Haushaltsdienstleistungen, private Hausarbeit wird in Dienstleistungsarbeit verwandelt. Der Haushalt wird zum prekären Arbeitsmarkt, was mit wachsender sozialer Ungleichheit einhergeht. So sind die „neuen Dienstmädchen“ von normaler Teilhabe ausgeschlossen: Während Automobilarbeiter in der Nachkriegszeit Autos, an deren Herstellung sie beteiligt waren, noch kaufen konnten, können sich die Haushaltsdienstleisterinnen der Gegenwart zum Beispiel niemanden leisten, der auf ihre Kinder aufpasst.

Wichtige Fragen in diesem Zusammenhang sind: Welche politische Regulierung sichert Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Haushaltsarrangements? Ist eine Regulierung durch Geld (zum Beispiel Elterngeld) oder durch haushaltsnahe soziale Dienstleistungen sinnvoller? Welche Teilhabeprobleme verdienen welche Unterstützung (zum Beispiel Lohn für Hausarbeit)?

Problemzone 3: Erosion politischer Partizipation

Im Umbruch ist keine der traditionellen Formen von politischer Partizipation aufgehoben worden, doch die etablierten politischen Rechte erleiden Substanzverluste durch

- abnehmende parlamentarische Repräsentanz der Bevölkerung,
- einen abnehmenden Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten,
- einen abnehmenden Organisationsgrad der Gewerkschaften,
- die Erosion der dualen betrieblichen und tariflichen Interessenvertretung (zunehmend mehr Beschäftigte werden nicht mehr durch einen Betriebsrat vertreten und arbeiten ohne Flächentarifvertrag).

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement bietet keinen funktionalen Ersatz für abnehmende politische Partizipation, da die Quoten ehrenamtlichen Engagements stagnieren und das Engagement in der Regel auf den sozialen Nahbereich und Freizeitangelegenheiten beschränkt bleibt.

Problemzone 4: Wachsende Bildungsungleichheit – ein Umwandlungsfaktor wird prekär
Die Schwelle für Bildungsteilhabe steigt:

- Die „bürgerliche Grundbildung“ wird neu definiert, Hauptschule und mittlere Qualifikationsniveaus werden entwertet.
- Die betriebliche Einstellungspraxis entwertet mittlere Bildungsabschlüsse, verdrängt gering Qualifizierte und weist formal gering Qualifizierten einen Status als „nicht ausbildungsfähig“ zu.

Die gegenwärtige Bildungsexpansion und der Umbruch im überkommenen Bildungssystem vollzieht sich ohne Bildungsreform:

- Das stark segmentierte Bildungssystem (dreigliedriges Schulsystem, strikte Trennung höherer Schulbildung, duales Berufsausbildungssystem) verstärkt die Ungleichheit der Teilhabechancen und produziert viele „unversorgte“ junge Erwachsene ohne Schulabschlüsse.
- Das Bildungssystem entfernt sich gleichermaßen von Ökonomie und Lebensweise. Denn:
 - Die Halbtagschule unterstellt die Hausfrauenehe und passt nicht mehr zu den neuen Lebensweisen.
 - Das duale System der Berufsausbildung verliert für die Qualifikationsversorgung der Betriebe an Bedeutung (statt dessen Rekrutierung von Arbeitskräften vom Arbeitsmarkt, aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, aus überbetrieblichen Ausbildungsverbünden). 40 Prozent der Jugendlichen beginnen ihre Berufsausbildung im Übergangssystem, wodurch sich ihre Chancen nicht verbessern.

- Etwa ein Viertel der Kinder und Jugendlichen bis 25 Jahre hatte 2005 einen Migrationshintergrund. Damit verbunden sind Tendenzen der Segregation und Sprachprobleme. Eine wichtige Frage ist dabei, wie das Bildungssystem mit ethnischer Inhomogenität umgeht.

Gefährdung

Warum ist es bei der Bewertung der Teilhabe des Einzelnen so wichtig, nach den Gefährdungen zu fragen?

- Der Begriff der Gefährdung kann als vermittelnde Kategorie dienen, da er den Bereich markiert, in dem das Scheitern am gesellschaftlich „normalen“ oder „prägenden“ Teilhabemodus beginnt. Dadurch können die verschiedenen Ausprägungen sozialer Ungleichheit, Armut und Reichtum, an das Geschehen in der „Mitte“ der Gesellschaft, an den Normfall ihres Funktionierens angebunden werden, statt sie als Extremzustände oder als bloße gesellschaftliche „Unfallfolgen“ zu isolieren.
- Der Ausgrenzungsdiskurs hat ein begriffliches Manko durch seine Grundannahme, es gäbe ein „Dinnen“ und ein „Draußen“. Doch selten fällt jemand vollkommen aus der Gesellschaft heraus. Zu Prekarität gehört vielmehr, *in* bestimmten sozialstaatlichen Teilsystemen ausgegrenzt zu werden (zum Beispiel in der Fürsorge oder im „Übergangssystem“ der Berufsbildung).
- Aus forschungspragmatischer Sicht empfiehlt es sich, zunächst von Gefährdung zu sprechen, da für wesentliche Teilhabeformen die entscheidenden Schwellen oder Punkte, an denen Gefährdung in Ausgrenzung umschlägt, mit diesem Begriff besser erfasst werden können.

Fazit

Ich werde meinen Vortrag nicht mit konkreten Empfehlungen, sondern mit einigen zusammenfassenden Bemerkungen schließen.

Bei der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell muss der Maßstab der individuellen Teilhabe zugrundegelegt werden: Denn wenn wir nicht danach fragen, welche Teilhabe Individuen und Haushalte in der Gesellschaft haben, dann bleibt die Diskussion darüber, ob die Gesellschaft auseinanderfällt, inhaltlich leer.

Meine Generation war daran beteiligt, die Bundesrepublik von Ludwig Erhard zu destabilisieren und ich glaube nach wie vor, dass das richtig war. Denn die Stabilität einer Gesellschaft ist kein Wert an sich. Man braucht einen individuellen Maßstab für eine *gute*

gesellschaftliche Entwicklung. Den normativen Maßstab des Handlungsspielraums und der Verwirklichungschancen zu wählen, ist kein bequemer Weg. Zentraler Adressat dieses Konzepts ist die Politik, die für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und für bessere Bedingungen zu sorgen hat, um die Menschen dazu zu befähigen, so leben zu können, wie sie wollen. Das bedeutet: mehr soziale Rechte auf Ressourcen und eine modernere Form der Individualisierung sozialer Sicherungssysteme, mehr Wahlrechte, mehr Beteiligungsrechte. Das Problem in unserer gesellschaftlichen Entwicklung sind nicht die persönlichen Umwandlungsfaktoren; die heute lebenden Menschen sind nicht problematischer als jene in den 1960er Jahren. Das Problem liegt eindeutig bei den gesellschaftlichen Umwandlungsfaktoren.

Ein gesellschaftliches Minimum an Teilhabe zu sichern, ein neues sozialpolitisches Minimalprogramm der Teilhabe zu realisieren, ist nicht einfach. Denn um dies zu erreichen, müssen sich sehr viele Institutionen im gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruch ändern, vor allem die Institutionen des Arbeitsmarkts, der Lohnfindung, der Bildungs- und Kompetenzvermittlung, der sozialen Sicherung und der Familienpolitik.

Ein neues Produktions- und Sozialmodell kann nicht entworfen werden. Es kann nur „gesellschaftliche Fundsache“, also Resultat eines historischen Entwicklungsprozesses sein. Man kann jedoch versuchen herauszufinden, welche Problemzonen von Teilhabe vorrangig bearbeitet werden müssen und diese Bearbeitung in Angriff nehmen. Allerdings glaube ich, dass dies nur im Streit gehen wird. Möglicherweise müssen wir ein Stück politische Desintegration und Unruhe aushalten, um diese Probleme zu lösen, wir werden sicher nicht leicht einen Konsens finden. Doch dieser Streit ist wichtig, denn im Ergebnis werden wir eine grundlegende Unterscheidung treffen können: zwischen legitimer Vielfalt der Lebensweisen, die immer mehr zunimmt, und illegitimer, politisch zu bekämpfender Ungleichheit der Chancen, an dieser Vielfalt teilzunehmen.

PANEL 1

Verschenkte Chancen? – Bildung und Ausbildung

Prof. Dr. Werner Helsper

Direktor des Zentrums für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Peter-Werner Kloas

Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH), Berlin

Dr. Stephan Schumann

Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik an der Universität Zürich

Jörg Tauss

Sprecher des Arbeitskreises Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion,
Berlin

[konnte aufgrund terminlicher Enge nicht bis zum Schluss an der Veranstaltung
teilnehmen]

Moderation:

Isabel Schayani,

MONITOR-Redaktion des WDR, Köln

Impulsvortrag

Direktor des Zentrums für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Ich möchte mit einem etwas unüblichen Auftakt beginnen und Ihnen zwei Passagen aus Interviews vorlesen. Im Rahmen eines Forschungsprojekts waren zehnjährige Schüler gefragt worden, auf welche Schule sie nach dem Ende ihrer Grundschulzeit gerne gehen würden.

Ein Kind antwortete so:

„Aber ich will Französisch machen. Da im sprachlichen Zweig. Ja, also es geht hauptsächlich darum: Sprachen. Kann man für viele Dinge gebrauchen. Und die A-Schule ist ein Europa-Gymnasium, hat Nachbarschulen in Rom und London und Paris und sogar in Dallas in Amerika. [...] Ja, wenn man gut ist, kann man auch mal als Austauschschüler irgendwo dahin. [...] Und ich hab mich auch am F-Gymnasium beworben. Das ist [...] naturwissenschaftlich und mathematisch, was mir eigentlich mehr liegen würde. Aber die haben nicht so ne gute Ausstattung wie die A-Schule. [...] Europa-Gymnasium, da hat man mehr Möglichkeiten jetzt. Und die F-Schule wäre nur ein Landesgymnasium. Ist auch nicht schlimm. Also, an den beiden hab ich mich beworben. [...] Ich hab bei beiden bestanden unter den Top 30, unter den Top 20.“

Und nun die Aussage eines anderen Kindes:

„Eigentlich wollten wir mit meinem Vater Gesamtschule. [...] Meine Schwester geht dahin, und viele aus unserer Straße, die Türken und die Deutschen [...]. Und Real wollte ich eigentlich. Eigentlich Real. Und wir dachten, wir wollten zur Real. Aber eigentlich so ... das, das schaffe ich nicht. Und darum, wir wollen jetzt ... mein Vater ... die Gesamt schaffen. Aber wegen der Krankheit ist es schlechter geworden [mit den] Noten. Und danach hat [die Lehrerin] vorgeschlagen: Hauptschule. Und danach hat mein Vater gesagt: Adam, wir sollen in die Hauptschule gehen.“



In diesen beiden Antworten zeigen sich maximale Kontraste, die ich gleich zu Beginn hervorheben möchte: Während es einmal um die feinen Unterschiede der Exzellenz im exklusiven gymnasialen Segment des Bildungssystems geht, geht es im zweiten Fall um den subjektiv als Degradierung erlebten Verweis auf die Hauptschule. Derartige Erfahrungen der Separation und Segregation sind Bestandteile der Erfahrungswelt Zehnjähriger, die nicht integrierend, sondern tendenziell desintegrierend wirken.

Aber: Wer erwartet ausgerechnet vom Bildungssystem Integration? Ich glaube, diese Frage ist sehr berechtigt. Denn: Ist die Schule, die als Institution immer noch eine Einrichtung des 19. Jahrhunderts ist, nicht gerade auf Unterscheidung ausgerichtet und darauf, die „Spreu vom Weizen“ zu trennen? Ist sie also nicht von ihrem Wesen her eine Instanz der Differenzgenerierung? Wie sollte gerade Schule in der Lage sein zu integrieren? Erwartet man hier nicht von einer Instanz, die eher das Problem mit erzeugt, gleichzeitig auch die Heilung?

Doch es gibt auch eine andere Seite. Schule birgt ja von Anfang an das Versprechen, jenseits von Stand und Klasse, jenseits von Herkunft und partikularen Bezügen allen Kindern und Heranwachsenden gleichermaßen Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Bei dieser Vorstellung befinden wir uns unmittelbar im Bereich der politischen Rechte, des Anspruchs auf Kultur und der Beteiligung an Bildung. Man könnte auch mit dem Sozialphilosophen Axel Honneth sagen: Die Schule bildet im Lebenszusammenhang von Jugendlichen jenen institutionellen Eckpfeiler, der für die Bildungssubjekte das Versprechen beinhaltet, bei allen Unterschiedlichkeiten die gleiche Achtung zu erfahren.

Diese beiden Seiten machen meines Erachtens sehr deutlich, wie groß der Spagat ist, wenn wir über den Auftrag und die Funktionen von Schule diskutieren: Schule ist nie nur inkludierend integrativ. Sie ist aber auch nie nur exkludierend desintegrativ. Sie stellt immer ein Mischungsverhältnis dar. Die Frage ist nur, in welcher Art und Weise dieses Mischungsverhältnis ausgestaltet ist, ob es mehr zur einen oder eben mehr zur anderen Seite tendiert.

Ich möchte diese Problematik nun in einer ganz knappen Diagnose und sehr selektiv unter drei Gesichtspunkten in den Blick nehmen: erstens dem Verlauf von Schulkarrieren, zweitens der Förderung von Kompetenzen und damit von Bildung und kultureller Teilhabe, sowie drittens der Funktion von Schule als wichtigem Lebensraum Jugendlicher.

Was wissen wir inzwischen über diese drei Aspekte?

Zunächst zum Verlauf von Schulkarrieren: Im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu den Ländern, die die Kinder am frühesten in verschiedene Schulformen aufteilen.

In den anderen europäischen Ländern werden in der Regel erst in der achten, neunten und mitunter auch zehnten Klasse solche Aufteilungen vorgenommen. In Deutschland ist die Bildungskarriere dagegen wie ein Parcours organisiert. Das beginnt bereits beim Eingang in das Schulsystem: Schon in dieser Phase gibt es Rückstellungsmöglichkeiten, Ausschulungen, Sonderschulzuweisungen und erste Erfahrungen des Sitzenbleibens, für Migrantenkinder im Übrigen zwei- bis dreimal so häufig wie für Kinder ohne Migrationshintergrund.

Die nächste große Hürde kommt dann in der vierten Klasse, beim Übergang in eine weiterführende Schule. Nun muss dem Kind eine bestimmte Schulart zugewiesen werden. Bei dieser Entscheidung müssen die Wünsche der Eltern, des Kindes, aber auch die Empfehlungen der Lehrer berücksichtigt werden. Diese Entscheidung hat gravierende Folgen für die weitere Schullaufbahn. Denn in Deutschland ist ein Wechsel der Schulform vor allem eine „Chance zum Abstieg“. Kinder und Jugendliche, die entsprechende Leistungen nicht erbringen und auf irgendeine Weise schulisch unpassend erscheinen, können von den Schulen in der Hierarchie der Schulformen „nach unten“ weitergereicht und schließlich an die Hauptschulen abgegeben werden, an denen sich dann die besonders „problematischen“ Jugendlichen sammeln.

Der Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen ist für den weiteren Bildungsweg eines Kindes also von großer Bedeutung. Nahezu alle, mir bekannten Studien zu diesem Thema kommen zu dem gleichen Ergebnis: An diesem Übergang werden sehr früh die entscheidenden Weichen für die Teilhabe an schulischer Bildung gestellt. Inzwischen wissen wir aber auch, dass die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schulformen in Deutschland sehr stark abhängig ist von der sozialen Lage, vom Migrationshintergrund und dem Bildungsmilieu der Familie. Eine Hamburger Studie kam zu dem Resultat, dass Kinder mit Eltern, die das Abitur besitzen, eine sechsmal größere Chance auf den Besuch eines Gymnasiums haben als Kinder mit Eltern ohne Schulabschluss. Eine jüngere Studie kommt für Bayern teilweise zu ähnlichen Ergebnissen, was die Disparitäten anbelangt.

Diese Unterschiede bestehen offensichtlich auch noch – und das erscheint mir besonders bemerkenswert –, wenn Noten und Fähigkeiten der Kinder konstant gehalten werden. Das heißt: Ein Kind aus der oberen Dienstklasse und ein Kind aus der unteren Dienstklasse sind beide gleich fähig und kompetent. Auch in diesem Fall hat das Kind aus der oberen Dienstklasse tendenziell immer noch eine etwa dreifach größere Chance, auf das Gymnasium zu wechseln.

An diesem wichtigen Übergang macht es auch keinen Sinn, nur auf die Bildungsaspiration der Eltern zu setzen. Denn häufig ist das Lehrerurteil sogar noch sozial ausglei-

chender als die Elternerwartung. Würde man einfach nur die Eltern über die Schulform entscheiden lassen, wäre das Problem also nicht gelöst, sondern es würde sich eher noch verstärken. Denn dann kommen die sozialen Differenzen und familiären Hintergründe – die sogenannten primären Ungleichheiten – besonders zum Tragen.

Auch die Prognosesicherheit des Übergangs ist nicht besonders hoch, was verschiedene Studien bestätigt haben. Ein relevanter Teil der Schüler ohne Gymnasialempfehlung, die aber dennoch auf das Gymnasium wechselten, befanden sich in der zehnten Klasse immer noch im Gymnasium. Zusammenfassend könnte man sagen: Die Prognose, welche Schulform für ein Kind geeignet ist, ist zumindest ungenau und kann langfristige Entwicklungs- und Bildungsverläufe nicht treffsicher vorhersagen.

Noch ein anderer Punkt erscheint mir in diesem Zusammenhang wichtig. Schon zehnjährige Kinder haben bereits ein feines Gespür für unser ausdifferenziertes Bildungssystem, mit einer Vorstellung von „oben“, „unten“ sowie von den verschiedenen schulischen Wertigkeiten bzw. den Rankings zwischen Schulen. Dies zeigte sich in einem Forschungsprojekt, das gegenwärtig am Zentrum für Schulforschung der Universität Halle durchgeführt wird. Die Zitate, die ich Ihnen am Anfang meines Vortrags vorgelesen habe, stammen übrigens aus dieser Untersuchung: Das erste Kind konnte sehr genau zwischen den beiden Elitegymnasien der Stadt differenzieren – das eine Gymnasium eher mathematisch-naturwissenschaftlich, das andere eher sprachlich-altsprachlich orientiert. Dagegen wurde bei dem zweiten Kind, einem türkischen Jungen aus einer sehr bildungsambitionierten Familie, etwas anderes deutlich: Der Junge will auf keinen Fall auf die Hauptschule. Für ihn ist das Ranking klar: wenigstens Realschule. Wenn das nicht geht, dann wenigstens Gesamtschule. Und wenn das auch nicht geht, dann ist das für ihn eine Degradierung und eine Erfahrung des Abgeschobenwerdens.

Die Kinder nehmen also schon im Alter von neun oder zehn Jahren sehr differenziert die in Hierarchien organisierte deutsche Schullandschaft wahr. Diese Bildungsvorstellungen gehen sehr früh in ihren Orientierungs- und Deutungshorizont ein und erzeugen ein Oben und Unten, eine Spreizung und Separierung in der Erfahrungswelt der deutschen Bildung auf Seiten der Kinder.

Ich möchte noch einen letzten Punkt zum Thema Schulkarrieren anführen. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung zeigte sich: Zahlreiche Kinder und Jugendliche bedauern, dass durch den Wechsel auf eine weiterführende Schule die Peer-Netze ihrer Grundschule zerbrechen, dass die beste Freundin, der beste Freund nun auf eine andere Schule geht. Diese Erfahrung ist teilweise auch mit Auf- und Abstiegen in der Schullandschaft verbunden. Frühere Freunde, die in der Grundschule zusammen waren, verteilen sich jetzt nicht nur auf verschiedene Schulen, sondern auch nach unterschiedlichen Hie-

rarchien in Bezug auf das Schulangebot. Auch dadurch wird ein desintegratives Moment in die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen eingeführt.

Nun zum zweiten Themenbereich, der Kompetenzentfaltung und Bildungsförderung in der Schule: Welchen Beitrag leistet die Schule dafür, dass Kinder und Jugendliche Kompetenzen entfalten, dass ihnen Bildungsmöglichkeiten eröffnet werden und damit kulturelle und lebensperspektivisch längerfristige Teilhabe? Inzwischen wissen wir, dass es in deutschen Schulen hinsichtlich der Entfaltung von Kompetenzen noch erhebliche Defizite gibt. Laut PISA-Studie liegt Deutschland in diesem Bereich zwar im Mittelfeld der OECD-Staaten. Entscheidend ist hier jedoch etwas anderes: In Deutschland ergeben sich die größten Diskrepanzen bei der Kompetenzentwicklung durch die Zugehörigkeit zur sozialen Schicht, das heißt der Kompetenzunterschied zwischen den Kindern aus dem oberen und dem unteren Viertel der Sozialstruktur ist in Deutschland so hoch wie in kaum einem anderen der untersuchten Länder.

Zudem entstehen im deutschen Bildungssystem selektionsbedingte Lern- und Bildungsmilieus. Auch dieses Phänomen ist inzwischen wissenschaftlich sehr gut untersucht und erhärtet. Was ist damit gemeint? Kinder und Jugendliche, die am Anfang der Sekundarstufe I noch relativ ähnliche Voraussetzungen in Kompetenzen und Fähigkeiten aufweisen, driften im Zuge der Beschulung an Hauptschule, Realschule und Gymnasium immer stärker auseinander. Das heißt: Je nachdem, in welche Schulform und Schule ein Kind einmündet, wird es (mit gleichen Voraussetzungen) unterschiedlich gefördert, was zu einer Spreizung auf der Ebene der Kompetenzentwicklung führt.

Hinzu kommen noch sogenannte Kompositionseffekte. In vielen Hauptschulen, teilweise auch in Gesamt- und Realschulen, gibt es besonders problembelastete Klassen. Hier konzentrieren sich Kinder und Jugendliche, bei denen sich unterschiedlichste Probleme verbinden, zum Beispiel schwierige familiäre Verhältnisse (wie Erwerbslosigkeit der Eltern), mangelnde Sprachkompetenzen oder gravierende Erfahrungen schulischen Versagens. In solchen Klassen verläuft die Kompetenzentwicklung besonders negativ. Die ohnehin schon Benachteiligten werden in speziellen Klassen zusammengefasst und erfahren dann eine weitere Bildungsbenachteiligung.

Der dritte Aspekt meines Vortrags, die Schule als Lebensraum, ist für Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung. Sie bewegen sich ja viele Jahre in einer Schule, sie verbringen dort jeden Tag viele Stunden. Für einen Schüler sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel folgende Fragen wichtig: In welcher Art und Weise kann ich diesen Lebensraum sozial positiv besetzen? Inwiefern kann ich mich damit identifizieren? Fühle ich mich dort wohl? Wie sind die sozialen Beziehungen in der Schule ausgebildet? Und wie verstehe ich mich mit den Lehrern? Treten sie mir eher als tendenziell „feindliche

Heerscharen“ entgegen oder als Förderer und Unterstützer? Gerade der letzte Punkt ist ganz entscheidend für die soziale Integrationsleistung der Schule.

Auch bei dieser Thematik stehen wir in Deutschland nicht so gut da, was zum Beispiel ein Vergleich mit der Schweiz zeigt. In verschiedenen Studien wurde herausgearbeitet, dass sich die Schüler in der Schweiz im Durchschnitt stärker mit der Schule identifizieren, dass sie sich in ihrer Schule wohler fühlen und auch die Lehrer-Schüler-Beziehung deutlich positiver einschätzen. Und für Skandinavien kann in der Tendenz von einer deutlich stärker durch Stützung, Förderung, Integration und Schülerorientierung gekennzeichneten Schulkultur gesprochen werden als etwa im deutschen Bildungswesen.

In Deutschland kann in diesem Bereich noch einiges verbessert werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass hier große Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen bestehen. So gibt es auch deutsche Schulen, die dem skandinavischen oder dem schweizerischen Modell der Schulkultur nahe kommen.

Abschließend möchte ich Ihnen noch über ein Forschungsergebnis berichten. Wir haben gerade eine Studie abgeschlossen, in der wir in einer vergleichenden Betrachtung von Schulen in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt die politischen Orientierungen von Jugendlichen im Zusammenhang mit schulischen Lernprozessen untersucht haben. Interessant war, dass eine nordrhein-westfälische Hauptschule hinsichtlich des Schulklimas bzw. der Schulkultur von den befragten Schülern am positivsten bewertet wurde und insgesamt die Hauptschulen in unserer Studie die positivsten Anerkennungsbeziehungen zwischen Lehrern und Schülern aufwiesen: Hervorgehoben wurden gute Lehrer-Schüler-Beziehungen, die Achtung der Schülerpersönlichkeit durch die Lehrer sowie ein Verzicht auf missachtende, abwertende und degradierende Haltungen. Dieses Ergebnis war für uns überraschend, denn schließlich gilt die Schulform Hauptschule im deutschen Bildungssystem als Ort der – in Anführungszeichen – besonderen Belastung und strukturellen Benachteiligung. Dass es dann gerade an solch einem stark problembelasteten schulischen Ort derartig positive Phänomene und starke integrative Tendenzen innerhalb der Hauptschulkultur gibt, kann auch als ein Hoffnungszeichen betrachtet werden.

Damit möchte ich meinen Vortrag schließen: Wenn es an einem strukturell so hoch problematischen Ort wie einer Hauptschule derartig gute Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern gibt, dann muss es auch Möglichkeiten des pädagogischen Handelns geben, selbst unter ungünstigen Bedingungen mit den dort existierenden Problemen produktiv und positiv umzugehen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das deutsche Schulsystem eher auf der Seite desintegrativer Wirkungen anzusiedeln ist und die in-

kludierenden, integrativen Tendenzen unter Strukturproblemen und strukturellen Segregationseffekten erheblich leiden. Diese strukturellen desintegrativen Wirkungen vermag pädagogische Anstrengung und Professionalität allenfalls zu mildern und tendenziell zu kompensieren, aber nicht wirklich aufzuheben.

Podiumsdiskussion

Zusammengefasst von: Dr. Angela Borgwardt

In Panel 1 wurde das Thema „Bildung und Ausbildung“ als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe diskutiert. Im Zuge des Strukturwandels zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft werden zunehmend höhere Qualifikationen erforderlich. Bildungsdefizite bergen deshalb die



Gefahr, dass Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und auf vielfältige Weise gesellschaftlich ausgegrenzt werden.

Legt man als Maßstab ein hochwertiges Bildungssystem zugrunde, das in Schule und Ausbildung Chancengleichheit und Inklusion für alle garantiert, bestehen im deutschen Bildungssystem aber nach wie vor Defizite, insbesondere soziale Ungleichheiten: So ist ein starker Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft erkennbar bzw. es gibt erhebliche Benachteiligungen von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schul- und Ausbildungsabschluss ist nach wie vor hoch. Angesichts der gestiegenen Qualifikationsanforderungen an Ausbildungs- und Berufsfähigkeit haben diese Jugendlichen kaum eine Chance, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten.

Im ersten Teil der Podiumsdiskussion stand die Frage im Mittelpunkt, welche Ausgrenzungsmechanismen im deutschen Bildungssystem dazu führen, dass Jugendliche von gleichberechtigter Teilhabe an Bildung und Ausbildung ausgeschlossen werden.

Moderatorin **Isabel Schayani** (WDR) eröffnete die Diskussionsrunde über „verschenkte Chancen in Bildung und Ausbildung“ mit einem Beispiel: Als kürzlich in einer Kölner Hauptschule ein Schulabgänger einen Ausbildungsplatz gefunden hatte, war es für die Klasse ein Anlass zum Feiern – denn er war der Einzige, der das geschafft hatte. Müssen wir uns damit abfinden, dass ein wachsender Anteil an geringqualifizierten Ju-

gendlichen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleibt? Zunächst ging es darum, wie eine solche Entwicklung verhindert werden kann.

Welche Reformen im Bildungssystem sind dringend notwendig?

Angesichts der von Prof. Helspers dargestellten Mängel des deutschen Bildungssystems wurde zunächst diskutiert, welche Reformen notwendig wären. Was könnten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tun, um die Integration im Bildungssystem zu verbessern? Warum, so Schayani, werde eigentlich – trotz schlechter Ergebnisse – an der frühen Selektion der Kinder und den verschiedenen Schulformen weiter festgehalten?



Für **Jörg Tauss**, den bildungs- und forschungspolitischen Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion, liegt die Antwort klar auf der Hand: Die frühe Selektion der Kinder im Bildungssystem und die Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Schulformen stütze sich in Deutschland auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Diese bildungspolitischen Erwartungen würden das Wahlverhalten der Bürger beeinflussen – entsprechend sei die Politik der Parteien ausgerichtet. Allein die Unterstellung der CDU im NRW-Wahlkampf, die SPD wolle eine Einheitsschule einführen, habe zu den schlechten Wahlergebnissen der SPD erheblich beigetragen. Deshalb richte sich seine Hoffnung in dieser Frage nicht auf politische

Mehrheiten, sondern auf die demografische Entwicklung, die viele der angesprochenen Probleme lösen würde: Durch den Rückgang der Schülerzahlen in den nächsten Jahren werde es zwangsläufig eine Zusammenführung von Schulen geben, somit zunehmend weniger Schulen und an vielen Orten dann auch nicht mehr drei Schultypen. Tauss wies darauf hin, bewusst pointiert zu argumentieren, um Diskussionsanreize zu setzen. Es sei natürlich klar, dass man nicht *nur* auf die Demografie setzen könne, die nicht *alle*, aber doch immerhin einige Probleme des gegenwärtigen Bildungssystems beseitigen werde.

Auf diese zugespitzte Position kamen Einwände. Nach Auffassung von **Prof. Helsper** wäre es ein Disaster, in dieser Frage auf die Demografie zu setzen. Ein grundlegender Um-

strukturierungsprozess des Bildungssystems müsse bewusst gestaltet werden. Wenn man sich nur auf den Faktor Demografie verlasse, würden Schulen unter dem Druck realer Bedingungen völlig unvorbereitet zusammengeführt – mit zahlreichen Problemen als Folge. Es sei im Gegenteil dringend notwendig, diese Entwicklung im Rahmen einer gezielten Schul- und Bildungsentwicklung politisch zu steuern.

Auch **Dr. Peter-Werner Kloas** vom Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) betonte die Notwendigkeit, die Folgen der demografischen Veränderungen auf das Bildungssystem rechtzeitig politisch auszugestalten. Schon heute zeige sich, welche Gefahren darin liegen, wenn politische Entscheidungen von demografischen Erwägungen abhängig gemacht werden: So würden in vielen Bundesländern aufgrund der knappen öffentlichen Haushalte vorzeitig Lehrerstellen gestrichen, um Kosten zu sparen, legitimiert durch die Erwartung rückläufiger Schülerzahlen. Doch diese Lehrer würden aktuell noch dringend gebraucht, unter anderem für die Umsetzung der dringend notwendigen Schulreformen.

Dr. Kloas artikuliert sein Unverständnis darüber, dass man mit der notwendigen Reformierung des deutschen Bildungssystems noch kaum einen Schritt weitergekommen sei, obwohl die Befunde seit Jahren klar auf dem Tisch liegen (zum Beispiel durch die Ergebnisse der PISA- und OECD-Studien).

Hier widersprach der Bildungsforscher **Dr. Stephan Schumann**. Zum einen seien die Befunde über das deutsche Bildungssystem keineswegs klar und kausal eindeutig. Viele Studien würden in Querschnittsmessungen nur die konkreten Leistungsstände an einem „Tag X“ messen. Belastbare, repräsentative Ergebnisse über die Wirkung pädagogischer Prozesse – inwiefern diese bestimmte Kompetenzentwicklungen fördern oder behindern – lägen hingegen deutlich seltener vor. Außerdem sei als Folge von Leistungsuntersuchungen oft der Effekt festzustellen, dass die Ergebnisse mit wachsender Anzahl der Untersuchungen immer besser werden. Lehrer würden zum Beispiel unter wissenschaftlicher Beobachtung häufig ihr Verhalten verändern. Zudem werde die PISA-Studie häufig instrumentalisiert, wenn zum Beispiel manche Arbeitgeber die Resultate als Beweismittel benutzen, um ganz allgemein die mangelnden Fähigkeiten der Jugendlichen zu belegen. Schumann machte auch auf die Diskrepanz zwischen Noten und Leistungsstand der Schüler aufmerksam. Inzwischen sei klar, dass Noten kein objektives Abbild der eigentlichen Leistung sind. Dennoch würden auf dem Ausbildungs- und Stellenmarkt die Noten eine viel größere Rolle spielen als der tatsächliche Leistungsstand der Jugendlichen.

Zum geringen Umsetzungstempo der Reformen bemerkte Schumann, dass man erst am Anfang stehe und die notwendigen Veränderungen nicht in wenigen Jahren zu erzielen wären. Es würde mindestens 15 bis 20 Jahre dauern, bis nachhaltige Effekte spürbar werden.

In Bezug auf notwendige Reformen waren sich die Vertreter aus Wirtschaft und Politik in zwei Punkten einig: Das Prinzip der frühen Selektion sollte aufgegeben und die individuelle Förderung verstärkt werden. Zudem müsse der Schwerpunkt auf möglichst frühe Förderung verlagert werden, die am besten schon im Kindergarten ansetzen sollte. **Jörg Tauss** und **Dr. Kloas** kritisierten es als Fehlentwicklung, dass im Nachhinein viel Geld für Fördermaßnahmen ausgegeben wird, um die Fehler der Schule zu „reparieren“ und im Bildungssystem gescheiterte Jugendliche in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. Als weitere Reformen nannte Kloas den Ausbau von Ganztagschulen mit einem „vernünftigen inhaltlichen Angebot“, eine praxisorientiertere Aus- und Weiterbildung der Lehrer sowie eine stärkere Unterstützung der Lehrkräfte durch Experten und Kooperationspartner.

Als großes Problem wurde benannt, dass sehr viele Kinder und Jugendliche nicht mehr ausreichend an Bildung und Ausbildung teilhaben können, weil sie ohne erforderliche Fähigkeiten und Kompetenzen aus dem Bildungssystem entlassen werden. Bestimmte Gruppen von Jugendlichen sind vom Problem mangelnder Teilhabe besonders stark betroffen: Jugendliche aus sozialen Problemlagen und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Als sehr problematisch erweist sich inzwischen die Schulform Hauptschule.

Eine wesentliche Ursache hierfür sieht **Dr. Kloas** in der frühen Selektion des deutschen Bildungssystems. Die frühzeitige Sortierung der Schüler nach Leistung in verschiedene Schultypen führe in Hauptschulen zu „homogenen Gruppen“, in denen sich soziale und andere Probleme konzentrieren: So entstehe eine „Ballung von abgehängten Jugendlichen“ ohne Teilhabemöglichkeiten. **Prof. Helsper** verwies in diesem Zusammenhang auf den „Kompositionseffekt“ in Hauptschulen: Benachteiligte Jugendliche würden noch einmal dadurch benachteiligt, dass sie unter äußerst schwierigen Lernvoraussetzungen innerhalb schwieriger Klassen lernen müssten. Dadurch ergebe sich eine Kumulation verschiedener Benachteiligungen. Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es nicht unbedingt eine große Strukturreform. Schon durch eine bewusst gestaltete Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen könne man eine Teilintegration anstreben und gleichzeitig der Tatsache gerecht werden, dass heute mindestens ein Realschulabschluss unerlässlich ist, um Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu haben. Dies sei realpolitisch durchaus möglich; allerdings sei es notwendig, diesen Prozess langfristig vorzubereiten und durch Maßnahmen im Rahmen von Schul- und Unterrichtsentwicklung gezielt zu flankieren.

Angesprochen wurde auch die mangelnde Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Sie stellt eine besonders große bildungspolitische Herausforderung dar, da sich in dieser Gruppe unterschiedlichste soziale Problemlagen und systematische Be-

nachteiligungen im Bildungssystem konzentrieren. Unter den Jugendlichen ohne Schul- und Ausbildungsabschluss, bei den Geringqualifizierten und in Hauptschulen ist der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders hoch, das heißt sie sind von Ausgrenzungsrisiken besonders stark bedroht.

Dazu merkte **Prof. Helsper** an, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund differenziert zu betrachten sind, zum Beispiel müsse nach Geschlecht, sozialer Lage, Bildungsorientierung der Eltern und ethnischer Herkunft unterschieden werden. Natürlich seien Migranten im deutschen Bildungssystem nach wie vor in Bezug auf Bildung gravierend benachteiligt. Doch die PISA-Studie habe auch etwas anderes gezeigt: Wenn die Faktoren „sozialer Hintergrund“ und „Sprache in der Familie“ herausgenommen werden, seien keine gravierenden Unterschiede zu deutschen Schülern mehr feststellbar, die allein auf den Migrationshintergrund zurückzuführen sind. Entscheidend sei vielmehr, dass zum Migrantenstatus soziale Problemlagen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse hinzukommen und sich mit ihm „verklammern“, was die Probleme in spezifischen Migrantenmilieus weiter verstärkt. Letztlich seien auch die Begriffe „Migranten“ und „Migration“ viel zu ungenau. Er verwies auf das Phänomen der Transmigration (Migranten, die nicht in einem Land bleiben), auf die Unterschiede der 1., 2. und 3. Migrantengeneration, den Typus des hoch qualifizierten, „modernisierten“ Migranten und die verschiedenen Ethnien. Die jeweilige Beteiligung der genannten Gruppen am Bildungssystem sei sehr unterschiedlich. Der Begriff „Migranten“ umfasse unterschiedliche Milieus mit jeweils anderen sozialen Lagen, die über Bildungsbeteiligung entscheiden und zu sehr unterschiedlichen Bildungsergebnissen führen. Deshalb müsse genau differenziert werden, um die Ursachen der Benachteiligungen herauszufinden.

Jörg Tauss unterstrich, dass man es sich angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft noch weniger leisten könne, junge Menschen nicht ausreichend auszubilden, da der Fachkräftebedarf zunehmen und die Qualifikationsanforderungen weiter steigen werden.

Wie können die Reformen vorangetrieben werden?

Dr. Kloas plädierte für einen „Pakt für Bildung“, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen, Bund und Länder zusammenarbeiten. Wenn es um die substanziellen Chancen eines Menschen gehe, müssten gleiche Ausgangspositionen gegeben sein. Ziel müsse deshalb sein, dass im Bereich der Bildung in allen Bundesländern die gleichen Rahmenbedingungen gelten. Es sei doch nicht akzeptabel, dass Schüler aus bestimmten Ländern nach der gleichen Schulzeit in ihren Leistungen ein bis anderthalb Jahre im Hintertreffen sind. Nach Auffassung von Kloas liegt in der „Kleinstaaterei“ im Bildungswesen ein Grundproblem.



Der Verband des deutschen Handwerks suche nach Partnern für diesen Bildungspakt, der auf Bundesebene, bei anderen Wirtschaftsverbänden und bei den Gewerkschaften bereits Rückhalt gefunden habe. Kloas beklagte jedoch die fehlende Bereitschaft der Länder zur Zusammenarbeit.

Dr. Schumann widersprach der Auffassung, die föderale Struktur behindere ein leistungsfähiges Bildungssystem: Die Zuständigkeit der Länder für Bildung sei nicht das alles erklärende Problem. Als Gegenbeispiel nannte er die Schweiz, die als Inbegriff des föderalen Staats dennoch deutlich bessere Bildungsergebnisse erziele.

Jörg Tauss unterstützte die Idee eines „Pakts für Bildung“ und erinnerte daran, dass beim „Forum Bildung“ schon einmal ein solcher Ansatz verfolgt wurde. Er sei optimistisch, dass in gemeinsamer Anstrengung das Notwendige erreicht werden könnte.

Der zweite thematische Schwerpunkt der Podiumsdiskussion galt den Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Dr. Stephan Schumann referierte aus Sicht eines Bildungsforschers über den Übergang zwischen allgemeinem und beruflichem Bildungssystem.

Impulsvortrag

Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik an der Universität Zürich

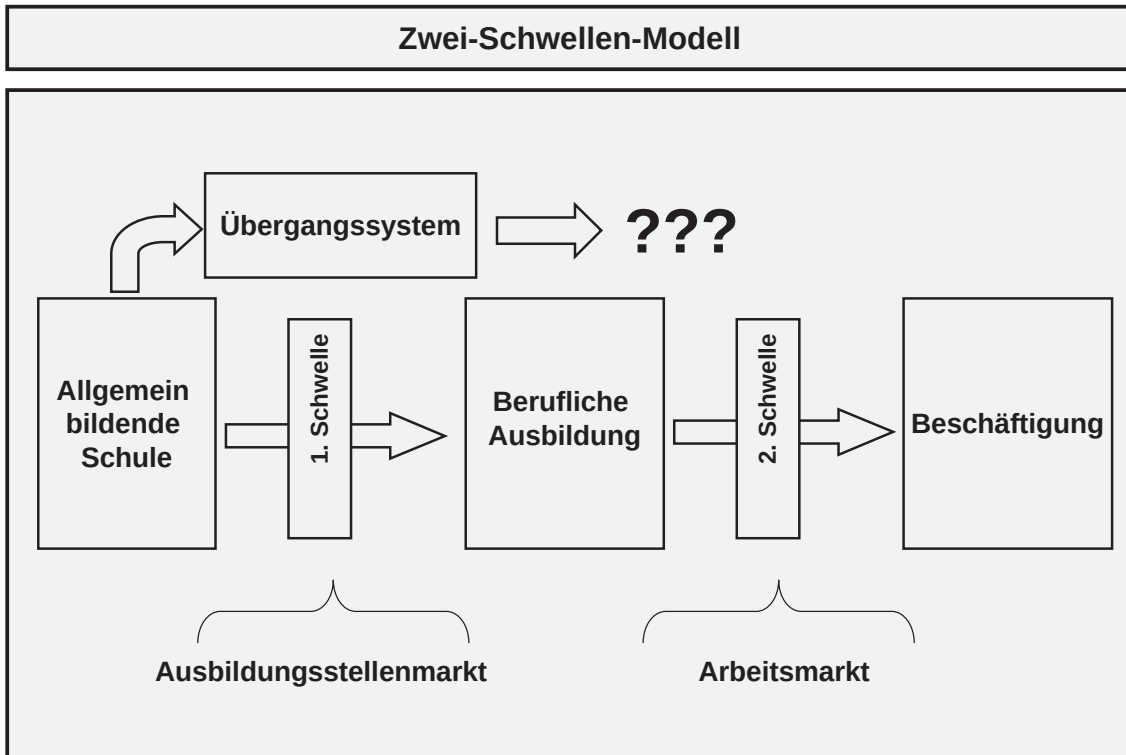
In meinem Vortrag möchte ich Ihnen Befunde wissenschaftlicher Studien vorstellen, die den Übergang zwischen dem allgemeinen Bildungssystem und dem beruflichen Bildungssystem betreffen. Zunächst werde ich einiges über die Rahmenbedingungen sagen, die diesen Übergang beeinflussen. Anschließend werde ich mich mit den Forschungsergebnissen genauer beschäftigen. Unser tatsächliches Wissen ist hier nämlich im Vergleich zu dem, was wir zu wissen glauben, defizitär. Schließlich soll die Frage beantwortet werden, bei welchen Gruppen die Integration – hier in eine berufliche Ausbildung – besonders schlecht gelingt.



In der einschlägigen Forschung wird häufig auf das sogenannte Zwei-Schwellen-Modell zurückgegriffen. Als „erste Schwelle“ wird der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung bezeichnet, als „zweite Schwelle“ der Übergang von der beruflichen Ausbildung in eine Beschäftigung.

Die idealisierte Normalbiografie sieht folgendermaßen aus: Man geht zur Schule, erwirbt einen Schulabschluss, dann absolviert man eine Ausbildung und findet anschließend eine möglichst berufsadäquate Beschäftigung, ohne irgendwelche Unterbrechungszeiten dazwischen. Wir wissen natürlich, dass für einen großen Teil der Bevölkerung dieses Modell schon heute nicht mehr lebbar ist und in Zukunft für immer weniger Menschen lebbar sein wird. Dennoch kann das Modell als Orientierung dienen.

Der wesentliche Faktor an der ersten Schwelle ist der Ausbildungsstellenmarkt, in dem es zudem Rückkopplungseffekte vom Beschäftigungssystem gibt. Darüber hinaus hat sich an dieser ersten Schwelle ein ganzes System von kompensatorischen Maßnahmen herausgebildet. Immer wieder ist der Effekt zu beobachten, dass Jugendliche lange Zeit auf dieser ersten Schwelle verbleiben oder in diesem Übergangssystem permanent Schleifen drehen. Zum Übergangssystem gehören dabei insbesondere Maßnahmen der



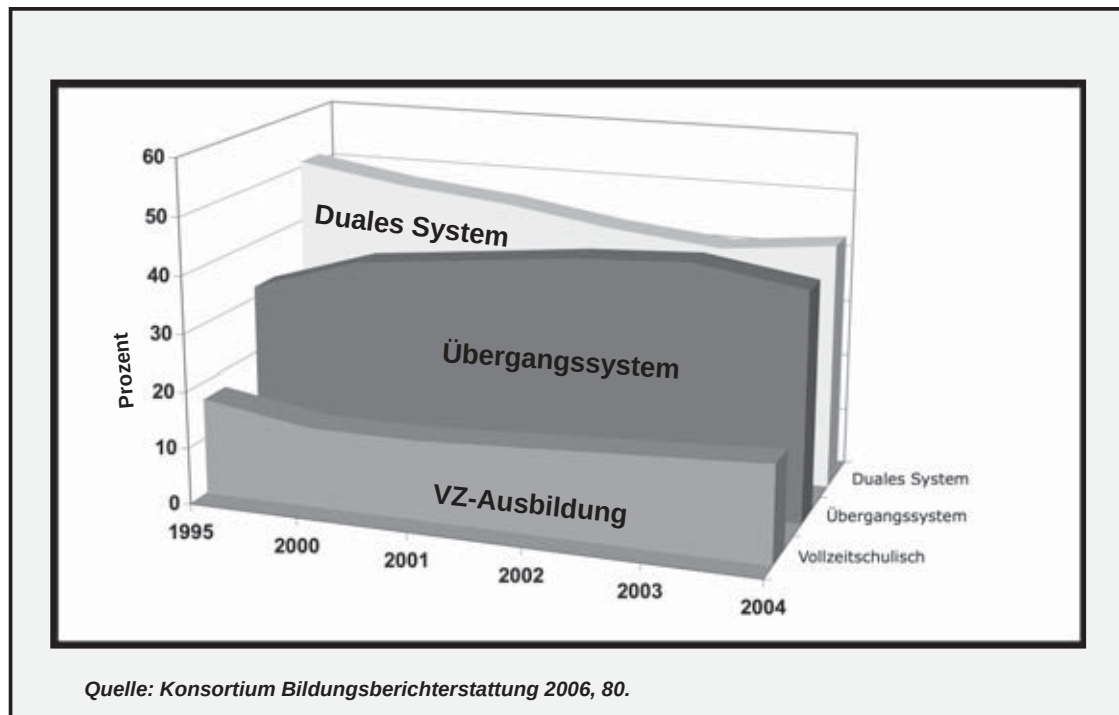
Berufsvorbereitung oder Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsgrundbildungsjahre, einjährige Berufsfachschulen etc. Alle diese Maßnahmen führen praktisch nicht zu einem vollqualifizierten Berufsabschluss und sind in der Regel strukturell isoliert im Berufsbildungssystem platziert, das heißt ohne formalisierte Anbindung an berufliche Ausbildungsgänge.

Um diesen Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung zu verstehen, muss man sich klar machen, dass dieses sogenannte Übergangssystem inzwischen ein beträchtliches Ausmaß angenommen hat: Heute befinden sich über eine halbe Million Jugendlicher darin. Das duale System der beruflichen Ausbildung, in dem betriebliche Ausbildung und staatliche Berufsschule kombiniert werden, ist entsprechend zurückgegangen.

Häufig wird behauptet, dass dieses Übergangssystem keine besonders große Effektivität habe, doch wir wissen eigentlich relativ wenig über diesen ganzen Bereich. Seit kurzem liegen zu dieser Frage allerdings erstmals vergleichsweise belastbare Ergebnisse für Deutschland vor.

Das duale System gilt in Deutschland nach wie vor als Kernelement des Berufsbildungssystems. Doch angesichts der Tatsache, dass der Anteil dieses Modells – gemessen an den Zahlen der Jugendlichen im Berufsbildungssystem – inzwischen unter 50 Prozent liegt, wird der Bedeutungsverlust sichtbar. Wichtig ist, dass innerhalb dieses dualen

Relative Verteilung der Neuzugänge im Berufsbildungssystem 1995-2004



Systems noch eine ganze Reihe von parallelsystemischen Angeboten vorliegt: Hier sind insbesondere die außerbetrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsgänge zu nennen, die den betrieblichen Ausbildungsstellenmarkt erheblich entlasten. Außerdem haben wir noch die sogenannten vollzeitschulischen Ausbildungen, denen ebenfalls eine große Bedeutung im Hinblick auf die Kapazitätsdeckung zukommt.

Was liefert uns die Forschung an Befunden zur ersten Schwelle? Auf einige Aspekte möchte ich hinweisen: Die deutsche Lebensverlaufsstudie zeigt, dass sich diese erste Schwelle im Verlauf der letzten 35 Jahre stark verbreitert hat. Auf Jahre umgerechnet könnte man sagen, dass sich der Übergang an dieser Schwelle um zweieinhalb Jahre verlängert hat. Konkret bedeutet das eine Erhöhung des durchschnittlichen Eintrittsalters in eine berufliche Ausbildung um zweieinhalb Jahre auf 19 Jahre. Für diese Entwicklung gibt es natürlich auch Gründe, die nicht unbedingt auf die Verschlechterung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zurückzuführen sind.

Wichtige Ursachen sind die zunehmende Abiturientenquote und die Verlängerung der Pflichtschulzeit in der Sekundarstufe I. Eine bedeutende Rolle spielt aber auch die Ausweitung der Zwischenlösung, zu denen zum Teil auch die letzten Schuljahre im allgemeinbildenden Schulsystem gezählt werden können. Jugendliche am Ende ihrer Pflichtschulzeit haben die Wahl, entweder noch ein Schuljahr anzuhängen oder mit einer Berufsvor-

Die „Verbreiterung“ der ersten Schwelle

Ein Indiz: Seit 1970 Zunahme des durchschnittlichen Eintrittsalters in eine berufliche Ausbildung um 2,5 Jahre auf rund 19 Jahre.

Gründe:

- 1. Zunahme der Abiturientenquote im Ausbildungssystem**
- 2. Verlängerung der Schulzeit im Sekundarbereich I**
- 3. Ausweitung der Zwischenlösungen (Übergangssystem)**
- 4. Zunahme der Dropout-Quote (beruflichen Bildungsgänge)**
- 5. Verstärkte Aufnahme von weiteren Ausbildungen**



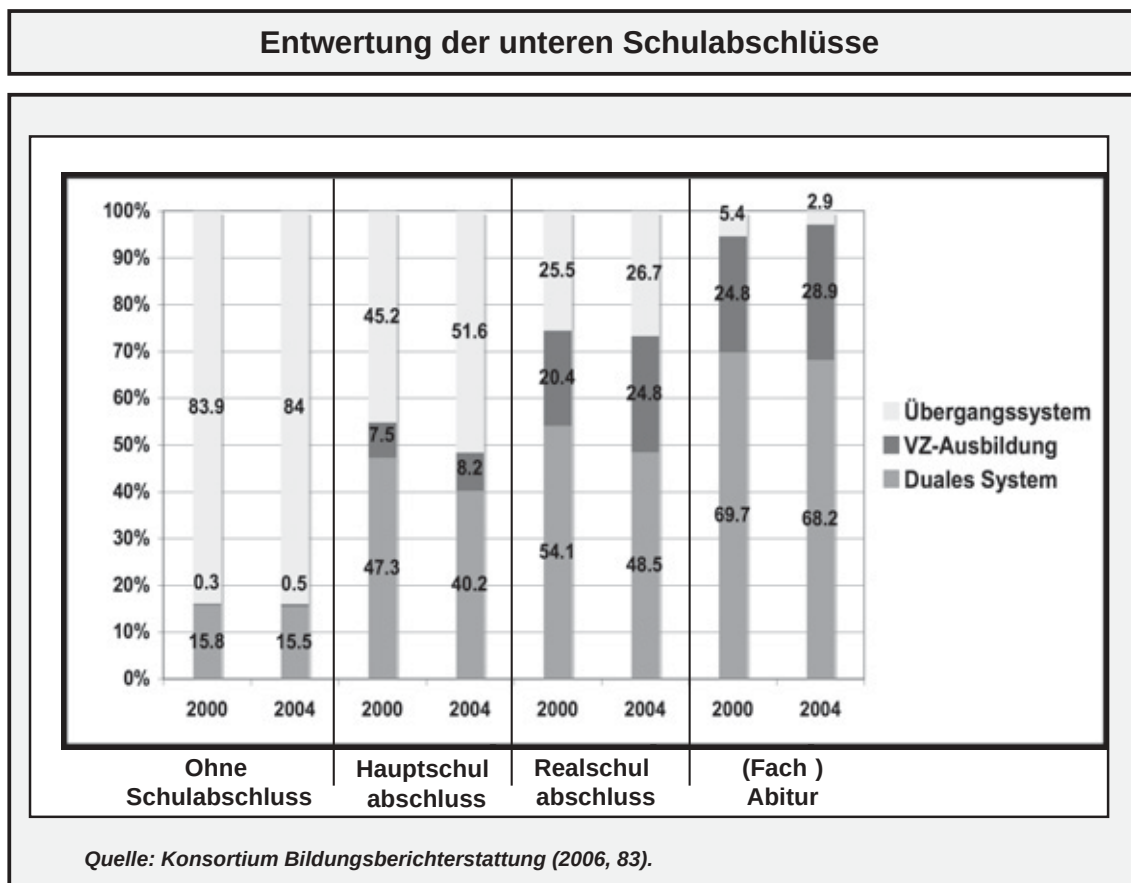
Relative Zunahme von diskontinuierlichen und nichtlinearen (Aus-)Bildungsverläufen

bereitung zu beginnen, wenn sie keinen Ausbildungsplatz bekommen. Viele Jugendliche nutzen dabei die Möglichkeiten, in ihrer Schule zu verbleiben, um möglichst einen allgemeinbildenden Schulabschluss zu erwerben, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Hinzu kommt eine erhebliche Zunahme der so genannten „Drop-out-Quote“, das heißt eine gestiegene Anzahl Jugendlicher, die berufliche Bildungsgänge vorzeitig verlassen. Diese Ausbildungsabbrüche haben in den letzten fünfzehn Jahren erheblich zugenommen, sie liegen mittlerweile bundesweit bei fast 30 Prozent. Insgesamt liegt die Abbruchquote in der beruflichen Ausbildung bei ungefähr einem Viertel. Über die anderen Bildungsgänge im Übergangssystem liegen relativ wenige Ergebnisse vor, so dass man die Quote hier nicht genau bestimmen kann. Gestützt auf unsere eigenen, allerdings nicht repräsentativen Untersuchungen vermute ich aber, dass die Drop-out-Quote – gerade bei Berufsvorbereitungsmaßnahmen – oft bei 30, manchmal sogar auch bei 40 bis 50 Prozent liegt. Das ist an sich schon ein großes Problem, doch es kommt noch etwas anderes hinzu: Wenn die Jugendlichen einen Bildungsgang mitten im Schuljahr, zum Beispiel im April, verlassen, haben sie keine direkte Anschlussmöglichkeit, weil die nächste Ausbildung, wenn sie denn eine bekommen würden, erst wieder im Spätsommer beginnt. Auch der Übergang in andere Bildungsgänge ist oftmals verwehrt. So bleibt ihnen faktisch oft nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit oder ungelernter Erwerbstätigkeit.

Schließlich ist eine erheblich verstärkte Aufnahme von weiteren Ausbildungen festzustellen. Die Deutsche Lebensverlaufsstudie hat gezeigt, dass von den 33-Jährigen – allerdings der Kohorte von 1964 – 40 Prozent nach einer ersten abgeschlossenen Ausbildung eine weitere aufgenommen haben, was eigentlich ja nicht in der Intention dieses Systems liegt. Zwei Fünftel nehmen eine weitere Ausbildung auf und über 30 Prozent beenden sogar eine zweite Ausbildung.

Gerade die Punkte drei bis fünf machen deutlich, dass es eine Zunahme von diskontinuierlichen und nichtlinearen Verläufen in diesem Übergangsbereich gibt.

Festzustellen ist außerdem eine starke Entwertung der unteren Schulabschlüsse, wieder bezogen auf die drei Sektoren: duales System, vollzeitschulische Ausbildung und Übergangssystem. Ich möchte besonders auf den Bedeutungsverlust des Hauptschulabschlusses aufmerksam machen.



Gerade für Hauptschüler hatte das duale System in den letzten dreißig Jahren eine erhebliche Integrationskraft, die jedoch zunehmend verlorengegangen ist. Insbesondere der Hauptschulabschluss stellt inzwischen kein wirkliches Berechtigungszertifikat mehr dar, um eine Erstausbildung zu beginnen; Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss gehen

daher vermehrt in das Übergangssystem über. Wir haben inzwischen einen klaren Cut zwischen dem so genannten mittleren Bildungsabschluss, ehemals Realschulabschluss, und den darunterliegenden Abschlüssen, insbesondere dem Hauptschulabschluss, wobei die Jugendlichen ohne Schulabschluss wiederum besonders betroffen sind.

Eine aktuelle Studie ist das Übergangspanel des Deutschen Jugendinstituts, in dem bundesweit die Bildungswege von Hauptschülern an der ersten Schwelle untersucht wurden. Diese Jugendlichen hatten 2003/2004 ihr letztes Pflichtschuljahr und wurden zu zwei Zeitpunkten befragt: das erste Mal direkt nach ihrem Schulabschluss im Herbst und das zweite Mal ein Jahr später im Jahr 2005. Unterschieden wurde nach vier Kategorien, in denen die Jugendlichen verbleiben können: Ausbildung, Schule, Berufsvorbereitung, Unversorgtheit.

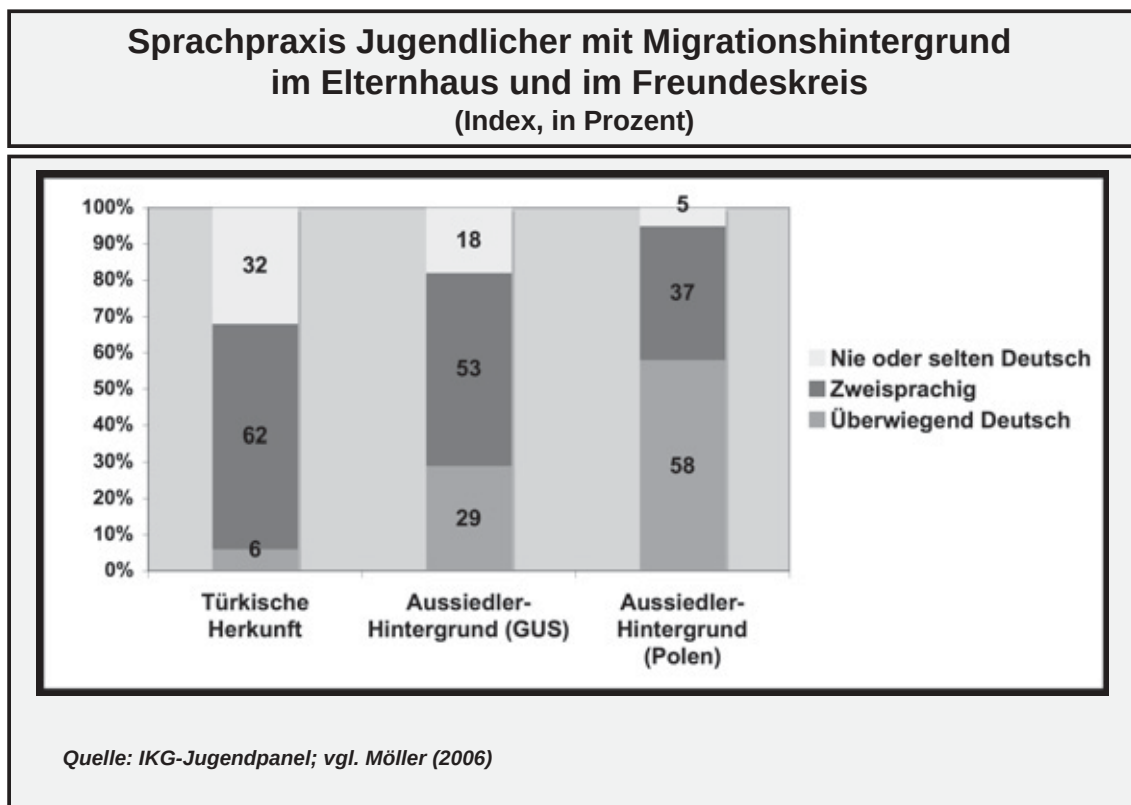
(Aus-)Bildungswege von Hauptschülern an der ersten Schwelle (N=1.722, in Prozent)								
Letztes Pflichtschuljahr: 2003/2004	November 2004				November 2005			
	Ausbildung	Schule	Berufsvorbereitung	Unversorgt Job	Ausbildung	Schule	Berufsvorbereitung	Unversorgt Job
Gesamt	26	35	26	9	43	29	13	9
Ohne Migrationshintergrund	35	29	22	10	52	22	13	9
Mit Migrationshintergrund	20	39	29	8	36	35	14	8
Türkische Herkunft	18	38	32	8	34	35	13	10
Aussiedler-Hintergrund	20	38	33	5	40	28	18	8
In der Türkei geboren	7	52	29	7	30	39	9	15
Aussiedler - nicht in Dt. geboren	19	40	34	5	41	28	17	8

Quelle: DJI-Übergangspanel; Reissig et al. (2006)

Das Ergebnis ist: Von der Gesamtzahl der 1.700 Schüler, die befragt wurden, ist es nur 26 Prozent gelungen, direkt im Anschluss an die Pflichtschule in eine berufliche Ausbildung einzumünden. Ein Jahr später sind es nur etwas mehr als 40 Prozent. Ein großer Teil verbleibt entweder in der Schule oder geht in eine Berufsvorbereitung über. Schule umfasst hier aber auch schulische Bildungsgänge, zum Beispiel an Volkshochschulen oder

an einer Berufsschule, die zu einem allgemeinbildenden Schulabschluss führen. (Dass sich die Prozentwerte nicht auf 100 addieren, liegt daran, dass kleinere Kategorien wie Zivildienst und Praktika nicht erfasst wurden.)

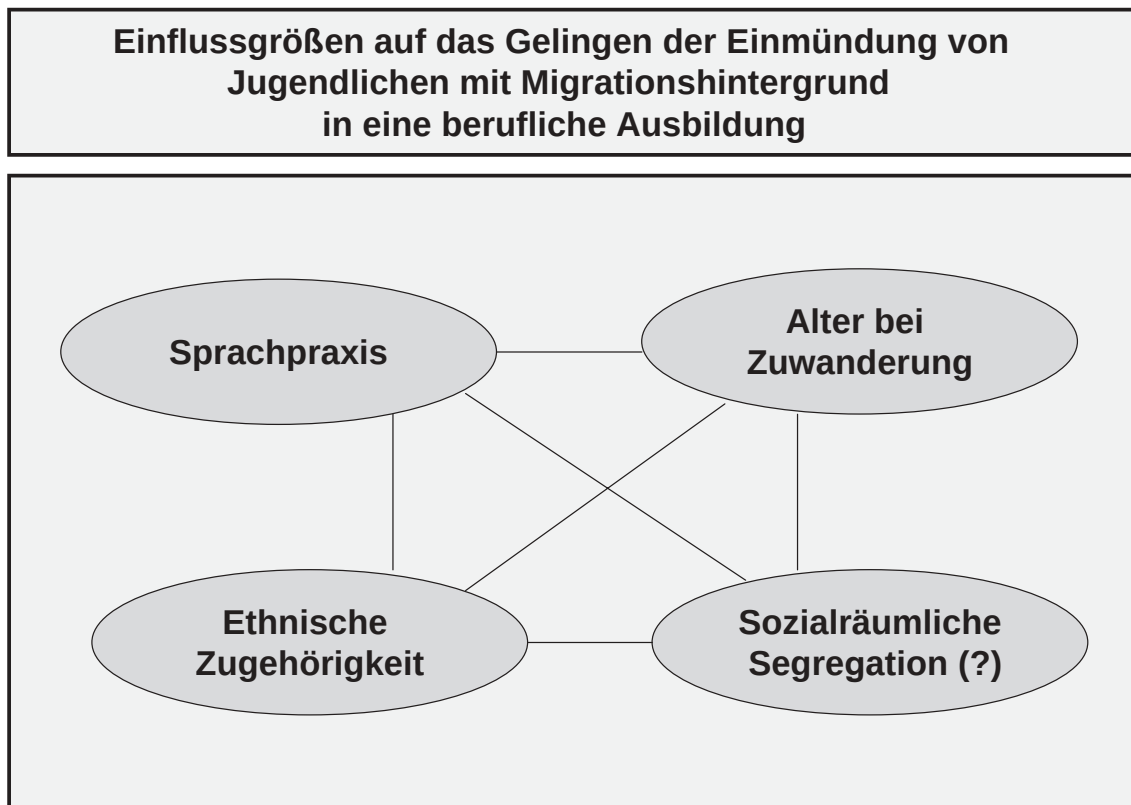
Differenziert man die Ergebnisse nach dem Migrationshintergrund, so wird deutlich, dass Hauptschülern ohne Migrationshintergrund die Integration in eine berufliche Ausbildung wesentlich besser gelingt. Jugendliche mit Migrationshintergrund verbleiben vorzugsweise entweder in der Schule bzw. in anderen schulischen Bildungskontexten oder in der Berufsvorbereitung. Der Übergang in eine Phase der Unversorgtheit, das heißt Arbeitslosigkeit, Ausbildungslosigkeit oder Job, spielt in dem kurzen Zeitfenster der Untersuchung noch keine allzu große Rolle. Das wird erst im weiteren Verlauf markant zunehmen, was auch die Lebensverlaufsstudie zeigt.



Unterscheidet man bei den Jugendlichen weiter nach türkischer Herkunft oder nach Aussiedlerhintergrund, werden für das erste Jahr keine gravierenden Unterschiede deutlich. Doch im zweiten Jahr ist zu erkennen, dass es den Aussiedlern offensichtlich besser gelingt, sich in eine Ausbildung zu integrieren, obwohl sie sich in der Regel kürzer als die türkischen Jugendlichen in Deutschland aufhalten.

Berücksichtigt man weiter das Geburtsland, das heißt Jugendliche, die im Ausland – entweder in der Türkei oder in der ehemaligen Sowjetunion, respektive Polen – geboren

wurden, so sind insbesondere für die in der Türkei geborenen Jugendlichen sehr niedrige Werte in Bezug auf die Aufnahme einer Ausbildung beobachtbar. Nur sieben Prozent von ihnen gelang es, sich im Anschluss an die Hauptschule in eine Ausbildung zu integrieren. Ein sehr großer Teil verbleibt entweder in schulischen Kontexten oder in der Berufsvorbereitung. Dieses Ergebnis macht darauf aufmerksam, dass die Gruppe der Migranten eine erhebliche Binnendifferenzierung aufweist.



Auch das Bielefelder IKG-Jugendpanel zeigt, dass die Sprachpraxis der Jugendlichen und der Kompetenzstand bezüglich der Verwendung der deutschen Sprache einen erheblichen Erklärungswert haben. Unterscheidet man nach der Sprachpraxis von türkischen Jugendlichen und Jugendlichen mit Aussiedler-Hintergrund in ihrem Alltag, zeigt sich folgendes Ergebnis: Nur sechs Prozent der Jugendlichen mit türkischem Hintergrund sprechen im Alltag überwiegend Deutsch, ein großer Teil spricht entweder Deutsch und eine andere Sprache, ein Drittel ausschließlich eine andere Sprache, zum Beispiel Türkisch oder Russisch. Die Sprachpraxis bei Aussiedler-Jugendlichen ist, zumindest was die Verwendung der deutschen Sprache anbetrifft, deutlich günstiger. Von den polnischen Jugendlichen sprechen sogar fast 60 Prozent in ihrem Alltag nur Deutsch.

Sieht man einmal von den generellen Faktoren ab, die den Übergang an der ersten Schwelle beeinflussen, machen die Untersuchungsergebnisse deutlich, welche Fakto-

ren für Jugendliche mit Migrationshintergrund von entscheidender Bedeutung sind: Die Sprachpraxis hat einen hohen Erklärungswert, dann die ethnische Zugehörigkeit, ein zunehmend in den Fokus der Forschung rückender Aspekt. Hinzu kommt das Argument aus der Deutschen Lebensverlaufsstudie, dass das Lebensalter bei Zuwanderung eine große Rolle spielt: Je später ein Jugendlicher zuwandert, desto geringer sind seine Chancen auf eine Integration in eine berufliche Ausbildung. Ein letzter Punkt, allerdings mit einem Fragezeichen versehen, ist die Frage der sozialräumlichen Segregation. Je höher der Anteil von Migranten in einem bestimmten Stadt- oder Landgebiet ist, desto geringer sind die Chancen des Übergangs in eine entsprechende Ausbildung.

In der Regel haben wir eine „Komposition der Effekte“. Ein wichtiger Punkt ist, dass die genannten Faktoren oft miteinander zusammenhängen und sich noch weiter multiplizieren.

Fortführung der Podiumsdiskussion

Im Anschluss wurde darüber diskutiert, mit welchen Maßnahmen der Übergang zwischen Schule und Ausbildung effektiver gestaltet werden könnte.

Aufgrund der Unterschiedlichkeit von Problemen beim Übergang von Schule zu beruflicher Ausbildung gibt es inzwischen eine große Vielfalt von Maßnahmen, um Jugendliche in dieser Phase zu unterstützen. **Isabel Schayani** bemerkte, es habe sich offensichtlich eine ganze „Übergangsindustrie“ gebildet, die sich um Hilfe für die Jugendlichen bemüht. Damit stelle sich aber die Frage, inwieweit diese Maßnahmen den Übergang in das Arbeitsleben tatsächlich effektiv verbessern.

Worin liegen die Defizite bisheriger Berufsvorbereitungsmaßnahmen, wie können Verbesserungen erreicht werden?

Dr. Kloas verwies auf die Vielfältigkeit der Ursachen, warum Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Wichtige Faktoren seien mangelnde schulische Qualifikation, Sprachschwierigkeiten, soziale Probleme, ein fehlendes regionales Angebot für bestimmte Ausbildungsgänge. Deshalb seien grundsätzlich verschiedene Maßnahmen notwendig, um die Jugendlichen zielgruppenorientiert auf die Ausbildung vorzubereiten.

Das Grundproblem gegenwärtiger Berufsvorbereitungsmaßnahmen ist aus seiner Sicht, dass sie fachlich nicht einheitlich geregelt sind und die verschiedenen Bildungsträger ihre Angebote unabhängig voneinander entwickeln: Am Ende erhält der Jugendliche ein Zeugnis, dass ohne einheitlichen Qualitätsmaßstab nur eine begrenzte Aussagekraft

haben kann und keine bestimmten fachlichen Qualifikationen garantiert. Ein solches Zeugnis bietet dem Betrieb keine zuverlässige Basis, um die Leistungsfähigkeit des Jugendlichen und seine Berufseignung zu beurteilen; es lässt offen, ob ein Jugendlicher für den konkreten Ausbildungsplatz tatsächlich geeignet ist. Deshalb sollten sämtliche Vorbereitungsmaßnahmen unbedingt einheitlichen Standards folgen.



Wie eine solche Gestaltung praktisch aussehen könnte, illustrierte Dr. Kloas am Beispiel der sogenannten „Einstiegsqualifizierung“, die im Rahmen des Ausbildungspakts entwickelt wurde. Dabei handelt es sich um eine Art „gelenktes Langfristpraktikum“ zwischen 6 und 12

Monaten, das für eine berufliche Ausbildung qualifizieren soll. Zielgruppe sind besonders Jugendliche mit erheblichen Vermittlungsschwierigkeiten (zum Beispiel „Altbewerber“, die nach ihrem Schulabschluss bereits einige Jahre Maßnahmen und Warteschleifen durchlaufen haben und dadurch immer schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben). Grundlage der Vorbereitung sind Qualifizierungsbausteine, die direkt aus den Anforderungen des Ausbildungsgangs abgeleitet sind: Die Jugendlichen lernen über mehrere Monate bestimmte Fähigkeiten, die für die anschließende Berufsausbildung qualifizieren und auch später zeitverkürzend angerechnet werden können. Im Vergleich zu anderen Maßnahmen zeige dieser betriebliche Ansatz gute Ergebnisse: Etwa 60 Prozent der Jugendlichen werden vom Betrieb in eine Ausbildung übernommen. Ein ergänzendes Zertifikat der Kammern, dass diese Bausteine aus beruflichen Anforderungen entwickelt wurden und klare Bezüge zur Ausbildungsordnung aufweisen, soll die Chancen der Jugendlichen bei Bewerbungen weiter erhöhen. Dr. Kloas betonte, dass der Zentralverband des deutschen Handwerks stark auf diese betriebsnahe Entwicklungsperspektive setzt; mittlerweile würden pro Jahr schon 20.000 Betriebe eine solche Einstiegsqualifizierung anbieten.

Aufgrund dieser positiven Erfahrungen plädierte er auch dafür, die Übergangsphase in die berufliche Ausbildung möglichst früh zu beginnen, das heißt sie stärker mit der Schulzeit zu verzahnen: Hauptschüler könnten zum Beispiel im letzten Schuljahr zwei Tage pro Woche zur Ausbildungsvorbereitung in einen Betrieb gehen, der mit der Schule koo-

periert. Ähnlich wie die Qualifizierungsbausteine in der betrieblichen „Einstiegsqualifizierung“ sollten auch die Berufsvorbereitungsangebote der verschiedenen Bildungsträger modular aufgebaut, gleichartig strukturiert und zielgenau auf die fachlichen Anforderungen ausgerichtet werden. Nur so könne der Betrieb später beurteilen, welche konkreten Fähigkeiten der sich bewerbende Jugendliche in dieser Phase erworben hat. Eine bundesweit gleiche Strukturierung der verschiedenen Ausbildungen und Qualifizierungen ist seiner Ansicht nach unerlässlich.

Dr. Schumann bezeichnete den Ansatz der „Einstiegsqualifizierung“ zwar als prinzipiell richtig – grundsätzliche Probleme im Übergang könnten damit jedoch nicht gelöst werden: Die Betriebe würden aus betriebswirtschaftlichem Interesse möglichst ausbildungsfähige Jugendliche übernehmen, mit der Folge, dass sie sich bei solchen Maßnahmen gewissermaßen von den „schlechten Jugendlichen“ noch einmal die besten abschöpfen. Die Übriggeblieben blieben dauerhaft ausgegrenzt und ohne berufliche Perspektive. Implizit machte Schumann hier deutlich, dass nur mit nicht-selektiven Qualifizierungsmaßnahmen auch für diese besonders benachteiligten Jugendlichen Bildungschancen erreicht werden können. Die wissenschaftliche Auswertung von modular organisierten Qualifizierungsmaßnahmen hätte zweierlei gezeigt: Einerseits wirkt sich die Unterteilung des Curriculums in Module zwar positiv auf die Motivation der Jugendlichen aus, doch andererseits werden die dabei erworbenen Zertifikate außerhalb des Bildungsträgers bisher fast nie für die reguläre Berufsausbildung anerkannt.

Auch sei es zunächst ein guter Vorschlag, die Praxisphase in die Schule vorzuziehen. Allerdings hätten die bisherigen Projekterfahrungen (wie zum Beispiel Praxisklassen in Hauptschulen) große Probleme bei der Umsetzung gezeigt: Zum einen sei die Qualität mancher Bildungsträger sehr niedrig gewesen; dies sei unter anderem auf den vorrangig kostenorientierten Vergabemodus von BA-Fördergeldern zurückzuführen, der Bildungsträgern mit einem qualitätvollen Konzept und höheren Kosten wenig Chancen ließ. Zum anderen bestehe aber auch die Gefahr, dass Jugendliche durch solche Maßnahmen in einen verhängnisvollen Kreislauf geraten, der sie dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausschließt; die Praxisphase am Ende der Pflichtschulzeit werde dann gewissermaßen zum Einstieg in eine „Maßnahmen-Karriere“.

Angesprochen wurde auch die relativ hohe Zahl an Ausbildungsabbrüchen: Was kann getan werden, um die Auflösung von Ausbildungsverträgen zu reduzieren?

Prof. Helsper betonte, dass es sehr hilfreich sei, wenn Jugendliche schon während der Schulzeit Erfahrungen in der beruflichen Praxis sammeln könnten. Viele Jugendlichen hätten zum Beispiel angesichts der abstrakt-distanzierten Lerninhalte der Schule Motivationsprobleme. Deshalb wäre es vorteilhaft, schon in der Schulzeit den „Ernstcharakter von fakti-

schen Arbeits- und Nützlichkeitsprozessen“ kennenzulernen. Gerade für viele Hauptschüler sei die praktische Nützlichkeit der Tätigkeit mental sehr wichtig (möglich wäre zum Beispiel ein Werkstatt-Tag ab Klasse 7 oder eine Anknüpfung an polytechnische Konzepte).



Ganz ähnlich argumentierte **Dr. Kloas**. Zunächst wies er darauf hin, dass im Handwerk etwa 25 Prozent der Ausbildungsverträge gelöst würden, was aber vor allem auf die schwierige wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren mit zahlreichen Betriebs-schließungen und Insolvenzen zurückzuführen sei. „Echte“ – das heißt ersatzlose – Ausbildungsabbrüche gäbe es im Handwerk nur zwischen sieben bis acht Prozent, die meist aus einer falschen Berufswahl resultierten und deshalb durch eine verbesserte Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen reduziert werden könnten. Zwar gebe es eine überwältigende Informationsflut zu beruflichen Themen, doch könne persönliche Anschauung und Erfahrung durch nichts ersetzt

werden. Bei Praxismaßnahmen wie zum Beispiel Schülerpraktika müsse aber unbedingt auf eine angemessene Dauer und ausreichende Vor- und Nachbereitung geachtet werden. Im Ideal sollte eine „Einstiegsqualifizierung“ schon während der Schulzeit als „Teilzeitmodell“ eingebracht werden, zum Beispiel indem ein Schüler während der letzten beiden Schuljahre in einem Betrieb bereits Einblicke in bestimmte Ausbildungsbausteine erhält. Diese Maßnahme könnte mit einem Zertifikat abgeschlossen werden, in dem der Betrieb bestätigt, in welchem Bereich der Absolvent schon Teilkompetenzen hat.

Prof. Helsper ergänzte: Da man es hier in der Regel mit Jugendlichen zu tun habe, die vielfach problembelastet seien, müsse die Vermittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten im Zusammenhang mit psychosozialen Fragen gesehen werden. Um gute Ergebnisse zu erzielen, müsste die fachlich-handwerkliche Ausbildung im Betrieb mit sozialpädagogischer Betreuung verbunden werden.

Welche konkreten Maßnahmen könnten ergriffen werden, um den besonders problematischen Gruppen von Jugendlichen ohne Schulabschluss und Ausbildung eine Perspektive zu geben?

Dr. Kloas nannte als Möglichkeit die „Nachqualifizierung“: In einer Art „Bestandsaufnahme“ müssten zunächst die vorhandenen Kompetenzen und Potenziale des Jugendlichen individuell festgestellt werden, um dann die berufsbezogenen Defizite mit entsprechenden Qualifizierungsbausteinen zielgenau beheben zu können. Auch bei prekären Arbeitsverhältnissen und für An- und Ungelernte sei eine systematische Qualifizierung von großer Bedeutung, um über eine externe Prüfung einen formalen Bildungsabschluss erhalten zu können. Peter-Werner Kloas betonte, dass auch in handwerklichen Berufen gut qualifizierte und leistungsstarke Jugendliche gefragt seien, zumal auch in diesem Bereich die Ansprüche an Kompetenzen



gestiegen sind. Die Wirtschaft könne die Probleme gering Qualifizierter nicht alleine lösen, sondern nur in gemeinsamer Anstrengung aller Bildungsinstitutionen.

Im Rahmen der anschließenden **Diskussion mit dem Publikum** wurde insbesondere die Frage thematisiert, inwieweit viele Probleme im Bildungssystem Folgen grundsätzlicher Anpassungsprobleme an übergeordnete Entwicklungen sind, vor allem der Anforderungen von Globalisierung und des Strukturwandels zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Angesichts dieser umfassenden Veränderungen müssten Kinder und Jugendliche in der Schule stärker dazu befähigt werden, in Gruppen zu arbeiten, soziale Kompetenzen zu erlernen und komplexe Zusammenhänge zu erfassen. Das Bildungssystem müsse nicht nur berufliche Anforderungen erfüllen, sondern es der jungen Generation eben auch ermöglichen, ihre Zukunftschancen selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen und die Entwicklung der Gesellschaft mitzubestimmen.

Prof. Helsper bestätigte die große Bedeutung der Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems an neue gesellschaftliche Entwicklungen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts sei diese Problematik als „Paulsen-Effekt“ bekannt: Dieser besagt, dass die Schule immer den kulturellen, technologischen und wissenschaftlichen Innovationen hinterherhinkt, wobei diese Verzögerung mit beschleunigter Innovationsrate zunehme. Er stimme auch zu, dass es in der Schule – neben der Vermittlung von fachlichen Kompetenzen und Wissensbeständen – viel stärker als bisher um die Vermittlung von Fähigkeiten wie selbstständi-

ges, sozial interaktives und exploratives Lernen gehen müsse. Dies sei allerdings nicht über Schulstrukturmaßnahmen zu erreichen, sondern nur über die Qualitätsentwicklung des Unterrichts. Auch wenn Aspekte der Reformpädagogik schon vereinzelt umgesetzt werden (zum Beispiel Bielefelder Laborschule), seien die neuen Lern- und Unterrichtsformen im deutschen Schulsystem noch viel zu wenig verankert. Um diese Entwicklung zu befördern, müsste man die Kinder und Jugendlichen aber auch viel stärker an den Lernprozessen beteiligen.

In der Schlussdiskussion wurde vom Publikum die Frage aufgeworfen, welche konkreten Gegenmaßnahmen Politik und Wirtschaft planen, um zu verhindern, dass immer mehr Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen und damit in Gefahr sind, in Langzeitarbeitslosigkeit ohne Perspektive zu geraten. Zudem wurde betont, dass das Bildungssystem nicht nur umstrukturiert werden müsse, sondern dass es auch mehr Mittel (an den richtigen Stellen) benötige. Außerdem wurde die Befürchtung artikuliert, dass das Bildungssystem und die Bildungsinhalte zu sehr an den Kriterien der Wirtschaft ausgerichtet werden: Es dürfe bei allem nicht vergessen werden, dass Bildung erheblich mehr umfasse als nur die Vermittlung der notwendigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt.

PANEL 2

Vernachlässigte Potenziale? – Arbeit und Beschäftigung

Dr. Christine Bergmann

Mitglied des Ombudsrats „Grundsicherung für Arbeitssuchende“, Berlin; ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Gustav A. Horn

Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Heinrich Tiemann

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin

Prof. Dr. Ulrich Walwei

Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

Moderation:

Dr. Ursula Weidenfeld

Stellvertretende Chefredakteurin, Der Tagesspiegel, Berlin

Impulsvortrag

Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

Bevor ich mit meinem Vortrag beginne, möchte ich ein paar einführende Bemerkungen vorausschicken: „Vernachlässigte Potenziale? – Arbeitsmarkt und Beschäftigung“, so lautet das Thema im zweiten Panel der heutigen Konferenz. Dieses Thema ist hoch relevant für den Arbeitsmarkt, auf dem Humanressourcen in nennenswertem Umfang brachliegen. Ich nenne nur ein paar Stichworte: eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, „verdeckte Arbeitslosigkeit“ von nicht arbeitslos gemeldeten Personen, unterproportionale Beschäftigtenquoten bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern sowie unterwertige Beschäftigung. In all diesen Bereichen gibt es vernachlässigte Potenziale. Wir sprechen bei diesem Thema also über ein sehr breites Feld.

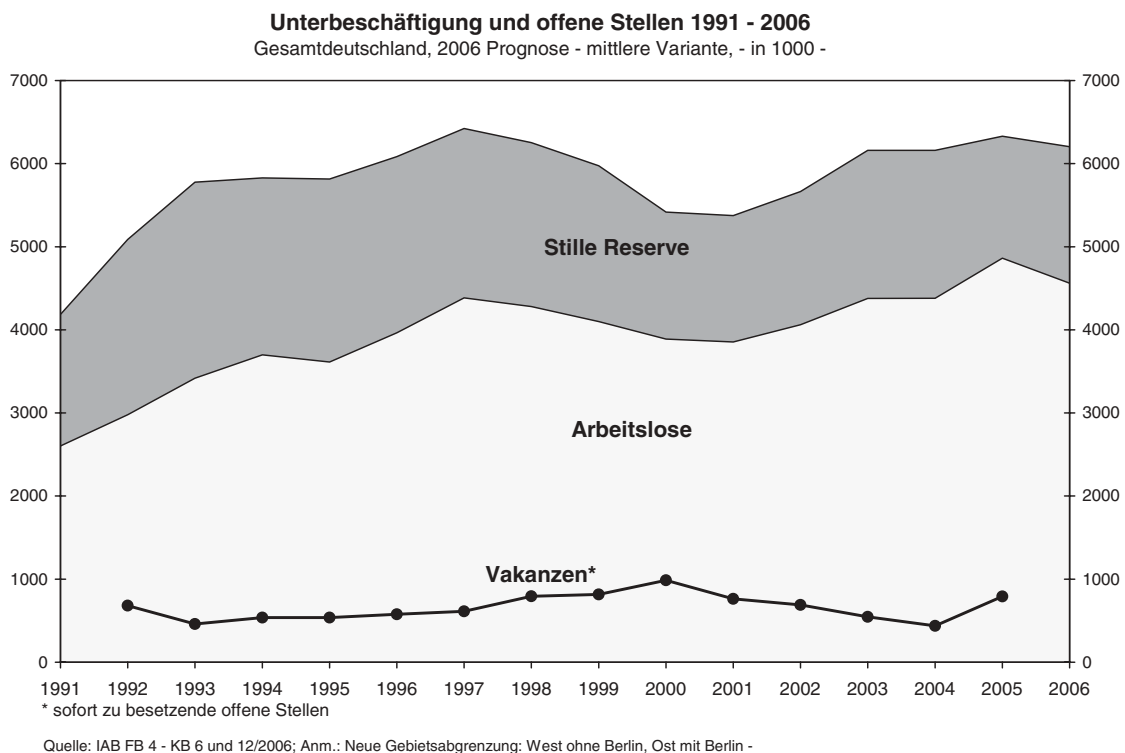


Ich möchte meinen Vortrag folgendermaßen strukturieren: Zunächst werde ich kurz die Krise am Arbeitsmarkt beschreiben, um deutlich zu machen, welche Potenziale auf der globalen Ebene vernachlässigt werden. Anschließend möchte ich auf einen wichtigen Punkt genauer eingehen: Unabhängig von den Krisenerscheinungen ist die Arbeitsmarktentwicklung durch fortlaufende Wandlungsprozesse gekennzeichnet, über die Herr Bartelheimer heute Morgen schon gesprochen hat. In diesem Teil meiner Ausführungen sollen die spezifischen Potenziale deutlich werden. Dann werde ich cursorisch auf die Arbeitsmarktreformen eingehen und – mit Blick auf die vorher beschriebenen Potenziale – danach fragen, was von Seiten der Politik getan worden ist: War das notwendig? Ist das hinreichend? Damit möchte ich aus meiner Sicht die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarktreformen aufzeigen. Am Ende wage ich noch einen etwas perspektivischen Blick: Ich möchte im Kontext von wirtschaftlichem Strukturwandel, Globalisierung, technischem Fortschritt und demografischer Entwicklung aufzeigen, wie groß der Handlungsdruck heute schon ist. Viele Dinge, die wir jetzt als Zukunftsfragen diskutieren, sind

eigentlich schon Realität und bedürfen schon aktuell einer Umsteuerung. Auch hier sind noch einige Potenziale zu erschließen.

Mein Ausgangspunkt ist die anhaltende Arbeitsmarktkrise. Heute Morgen sind in Nürnberg die neuesten Zahlen genannt worden: Die registrierte Arbeitslosigkeit ist weiter zurückgegangen und es ist – saisonbereinigt – ein Anstieg der Erwerbstätigkeit sowie der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen festzustellen. Auch gibt es gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der offenen Stellen – selbst der nicht geförderten Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

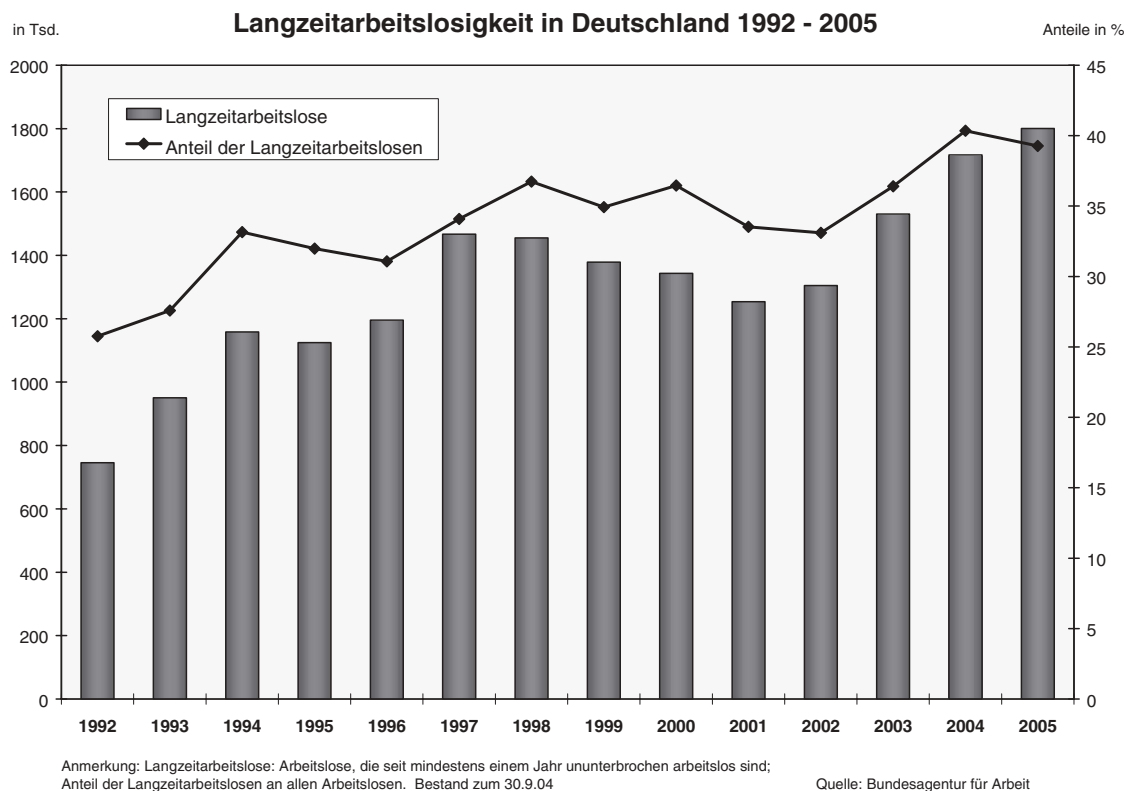
Das klingt doch zunächst recht verheißungsvoll. Aber man sollte genauer hinsehen und danach fragen, auf welchem Niveau sich diese Entwicklung abspielt. Zudem haben wir es gegenwärtig mit einem konjunkturellen Hoch zu tun und viele Institute bezweifeln, dass sich diese Tendenz im Jahr 2007 einfach so fortsetzen wird. Die Arbeitsmarktkrise ist auf jeden Fall weiterhin präsent. Deshalb werde ich nun die verschiedenen Aspekte der Arbeitsmarktkrise detaillierter betrachten. Was sind die wichtigsten Punkte?



Der erste Punkt ist die anhaltend hohe *Unterbeschäftigung*. Um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu beurteilen, betrachten wir nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern beziehen auch die sogenannte „Stille Reserve“ mit ein. Das sind zum Beispiel Teilnehmer in Bildungsmaßnahmen, Vorruheständler oder Menschen, die es aufgegeben haben, einen Arbeitsplatz zu suchen. Wir gehen davon aus, dass in Deutschland insgesamt ungefähr

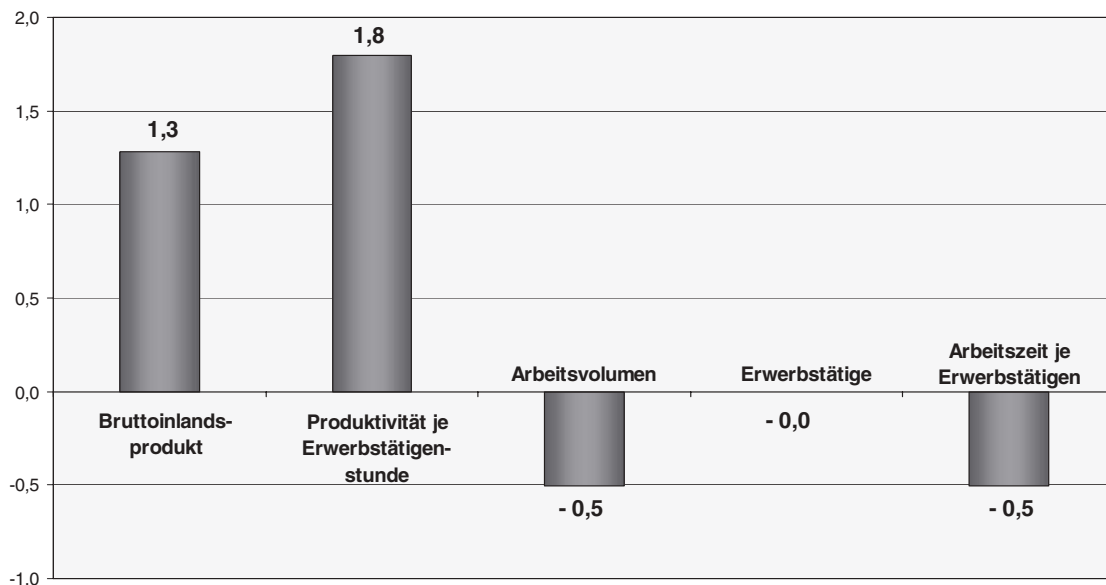
sechs Millionen Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen. Diese Zahl blieb in den letzten Jahren relativ konstant, ungeachtet der Einführung von Hartz IV. Bei den jetzigen aktuellen Verbesserungen am Arbeitsmarkt können wir beobachten, dass die „Stille Reserve“ bei rückläufiger registrierter Arbeitslosigkeit wieder etwas steigt. Die im Vergleich zur Unterbeschäftigung deutlich geringere Zahl der Vakanzen auf dem Arbeitsmarkt, die wir in unserer Erhebung ermittelt haben, macht deutlich, dass es in Deutschland in nennenswertem Umfang an Arbeitsplätzen fehlt. Nach wie vor.

Der zweite wichtige Punkt, auf den ich aufmerksam machen möchte, ist die *Verfestigung* und *ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit*. Seit der Wiedervereinigung ist ein Aufbau der Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen – in absoluten Zahlen, aber auch als relativer Anteil an allen Arbeitslosen. Unter den SGB-II-Empfängern sind sehr viele Langzeitarbeitslose. Es gibt ungefähr 750.000 Personen, die länger als fünf Jahre keine Beschäftigung hatten. Dabei handelt es sich um einen richtig harten Kern von Arbeitslosen, den wir noch genauer betrachten werden.



Der dritte Punkt betrifft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Nach der Wiedervereinigung war das Wirtschaftswachstum in Deutschland relativ schwach, man könnte sogar von einer *Wachstumsschwäche* sprechen. Im Ergebnis könnte die Erwerbstätigenentwicklung seit 1991 mit einer Art „schwarzen Null“ charakterisiert werden: Es gab also

**Durchschnittlich-jährliche Wachstumsraten wichtiger Makroindikatoren
für den Arbeitsmarkt 1991-2004**

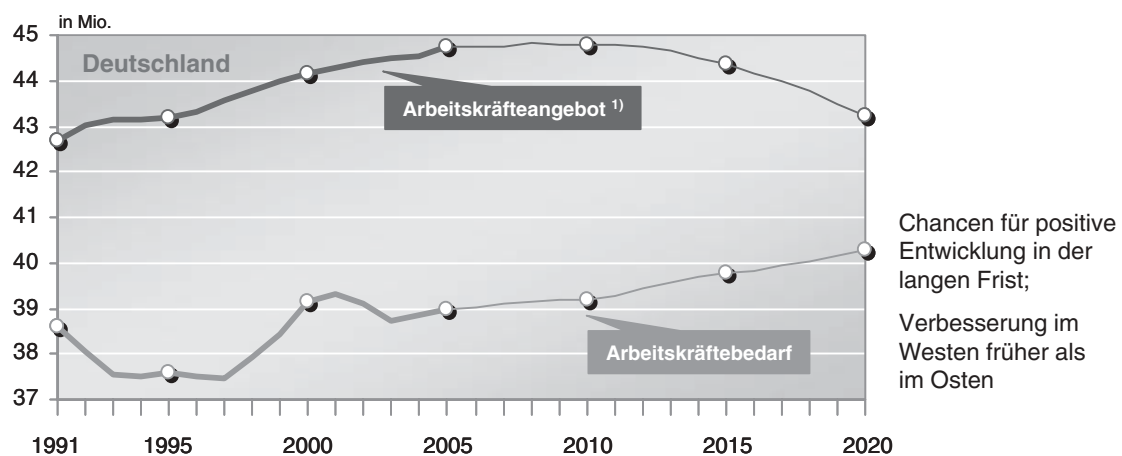


Quelle: IAB-Berechnungen

keinerlei Beschäftigungsdynamik, was die Lösung der Arbeitsmarktprobleme natürlich nicht gerade erleichtert hat.

Was ist bis 2020 zu erwarten? Ich kann die Projektionen unserer Untersuchungen nicht im Einzelnen darlegen, aber die Methodik verdeutlichen: Auf der einen Seite prognostizieren wir das Arbeitskräfteangebot – das ist die Zahl der Personen, die ein Erwerbsinteresse hat – und auf der anderen Seite den Arbeitskräftebedarf – das ist der Bedarf an abhängig Beschäftigten und Selbstständigen. Unsere Schätzungen auf der Bedarfsseite beruhen auf einem makroökonomischen Projektionsmodell.

Gesamtdeutsche Arbeitsmarktbilanz bis 2020



1) Variante mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 200 000 Personen

Quelle: IAB-Kurzbericht Nr. 24/2005

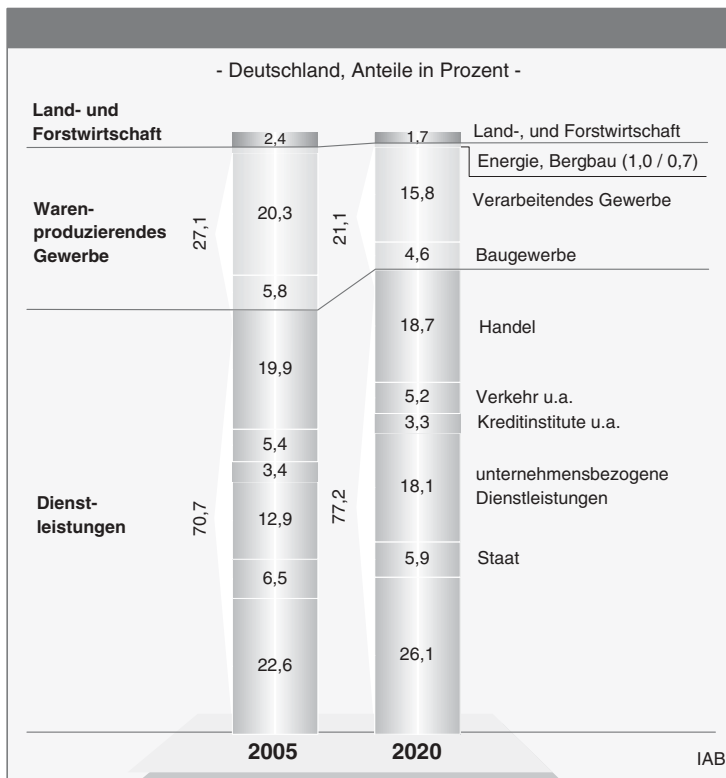
Die Schere zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage scheint sich zumindest am Ende des Projektionszeitraums zu schließen. Gleichwohl wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren noch sehr hoch sein – allerdings unter Status-quo-Bedingungen. Das ist ganz wichtig, denn in dieser Projektion wird das Handeln von Politik nicht berücksichtigt. Doch ich möchte zwei Aspekte anführen, die gleich „Wasser in diesen Wein schütten“.

Der erste Aspekt betrifft die Seite des Arbeitskräfteangebots. In Kürze werden wir einen Bericht publizieren, der sich damit beschäftigt, welche Auswirkungen die Rente mit 67 Jahren auf das Arbeitskräfteangebot hat. Ein Ergebnis dieses Berichts ist, dass es diesen Rückgang, zumindest auf der Angebotsseite, bis 2020 nicht geben wird, weil mehr ältere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Das muss kein Problem sein; nicht, dass Sie mich an dieser Stelle missverstehen. Ich halte ein späteres Renteneintrittsalter aus vielerlei Gründen für wichtig, unter anderem aufgrund der steigenden Lebenserwartung. Ein solcher Schritt ist politisch richtig, um Zeichen zu setzen. Aber man muss dennoch sehen, dass dadurch eine gewaltige Herausforderung für die Beschäftigungspolitik in den nächsten Jahren entsteht.

Der zweite Aspekt betrifft die Bedarfsseite. In diesem Ansatz wird unterstellt, dass Angebot und Nachfrage auch in den nächsten fünfzehn Jahren zusammenpassen werden, dass es in diesem Bereich keinerlei Friktionen gibt. In der vorherigen Podiumsrunde ist jedoch einiges gesagt worden, was an dieser Annahme zweifeln lässt und nahelegt, dass wir mit Schwierigkeiten der Rekrutierung rechnen müssen. Denn wir lassen Bildungspotenziale im wahrsten Sinne des Wortes brachliegen. Wir schicken bildungsarme Jugendliche auf den Arbeitsmarkt, was hoch problematisch ist. In diesem Ansatz wird aber vorausgesetzt, dass sich das Problem des Mismatches zwischen Angebot und Nachfrage nicht vergrößert.

Ich will Ihnen jetzt im Parforceritt ein paar Befunde zeigen, die grundsätzliche Wandlungsprozesse in der Gesellschaft verdeutlichen, aber auch klar machen, welche Punkte man berücksichtigen sollte, wenn man Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt erreichen möchte.

Hier sehen wir die sektorale Entwicklung der Beschäftigung bis zum Jahr 2020. Die wesentliche Botschaft: Die Tertiärisierung der Wirtschaft wird sich fortsetzen, das heißt das Waren produzierende Gewerbe und auch die Land- und Forstwirtschaft verlieren weiter an Bedeutung. Der Dienstleistungsbereich wird durch Outsourcing-Prozesse weiter wachsen und auch längerfristig ein wesentliches Potenzial darstellen. Im Laufe dieses Prozesses trennt sich das Waren produzierende Gewerbe von Dienstleistungen und kauft diese von externen Anbietern ein. Allerdings werden nicht alle Dienstleistungsbereiche stark zunehmen. Unserer Projektion zufolge werden vor allem unternehmensbezogene und

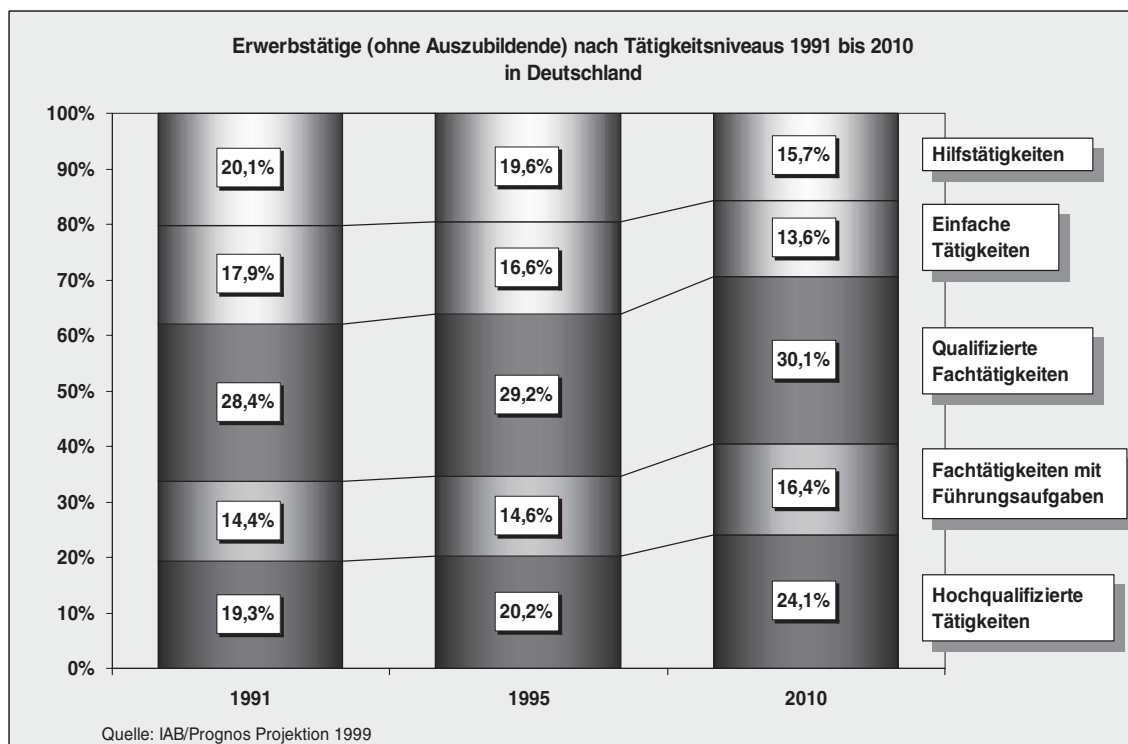


Quelle: IABKurzbericht Nr. 12/2005

personenbezogene Dienstleistungen wachsen, nicht die traditionellen Dienste wie Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen.

Nun zur volkswirtschaftlichen Entwicklung, die mit weiter wachsenden Qualifikationsanforderungen einhergehen wird. Die Defizite des Bildungssystems, die heute Morgen diskutiert wurden, führen allerdings zu Fehlentwicklungen, so dass ein künftiger Mangel an Höherqualifizierten absehbar ist. Hinzu kommt, dass aufgrund des gesellschaftlichen

Alterungsprozesses ab 2020 einen massiver Rückgang von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit einsetzen wird. So wird es z.B. sehr große Probleme geben, die erforderlichen Fachkräfte bereitstellen zu können.



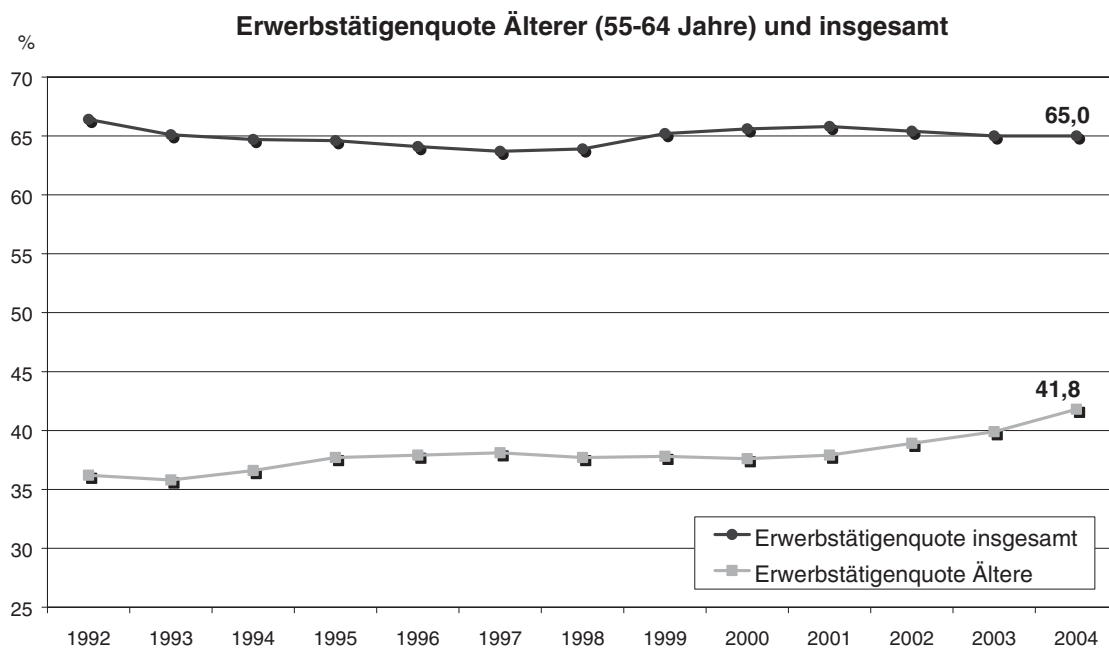
Des Weiteren gibt es massive Unterschiede in Bezug auf die Beschäftigungsanteile von Männern und Frauen. Zwar haben Frauen ihre relative Position am Arbeitsmarkt verbessert, in „Köpfen“ gemessen; diese Angleichung relativiert sich aber, wenn die Volumina mit berücksichtigt werden, insbesondere die Arbeitszeiten. Auch hier gibt es noch erhebliche Potenziale, die nicht ausgeschöpft sind.

Beschäftigungsanteile von Männern und Frauen 1991 und 2004

Deutschland insgesamt				
		1991 in %	2004 in %	Veränderung 1991/2004 in %-Punkten
Anteil an den Beschäftigten	Männer	55,9	51,3	- 4,6
	Frauen	44,1	48,7	+ 4,6
Anteil am Arbeitsvolumen	Männer	61,7	59,0	- 2,7
	Frauen	38,3	41,0	+ 2,7

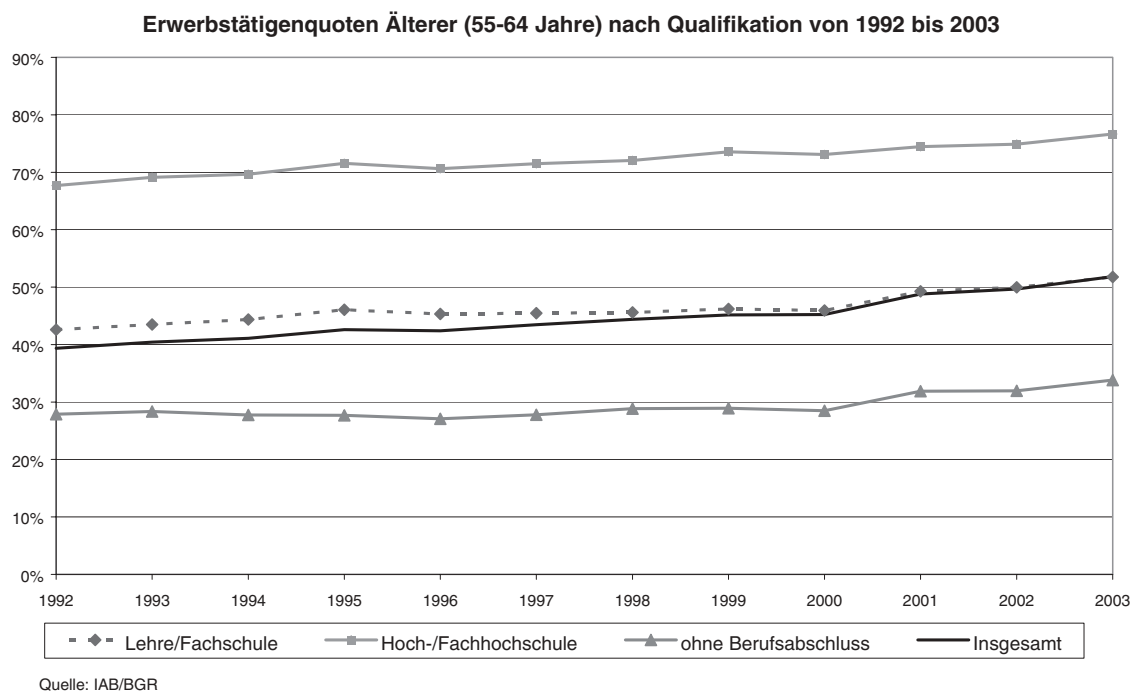
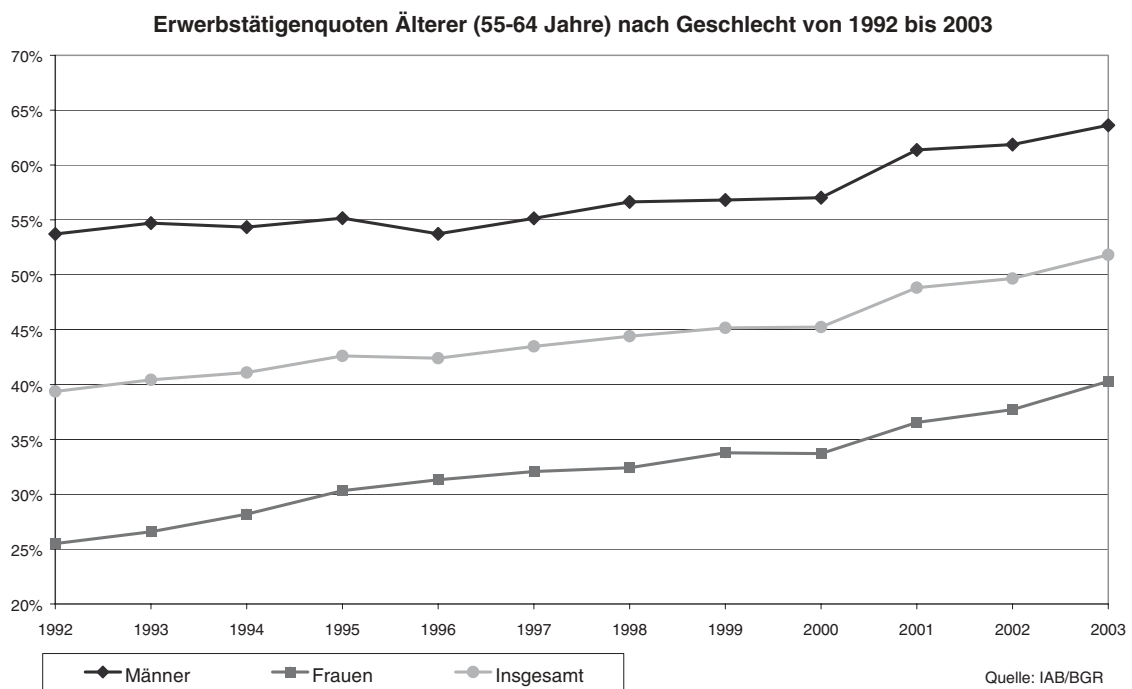
Quelle: Arbeitszeitrechnung; IAB-FB4

Zur Erwerbsbeteiligung von Älteren haben wir eine Reihe von internationalen Vergleichen gemacht.



Quelle: Employment in Europe 2005

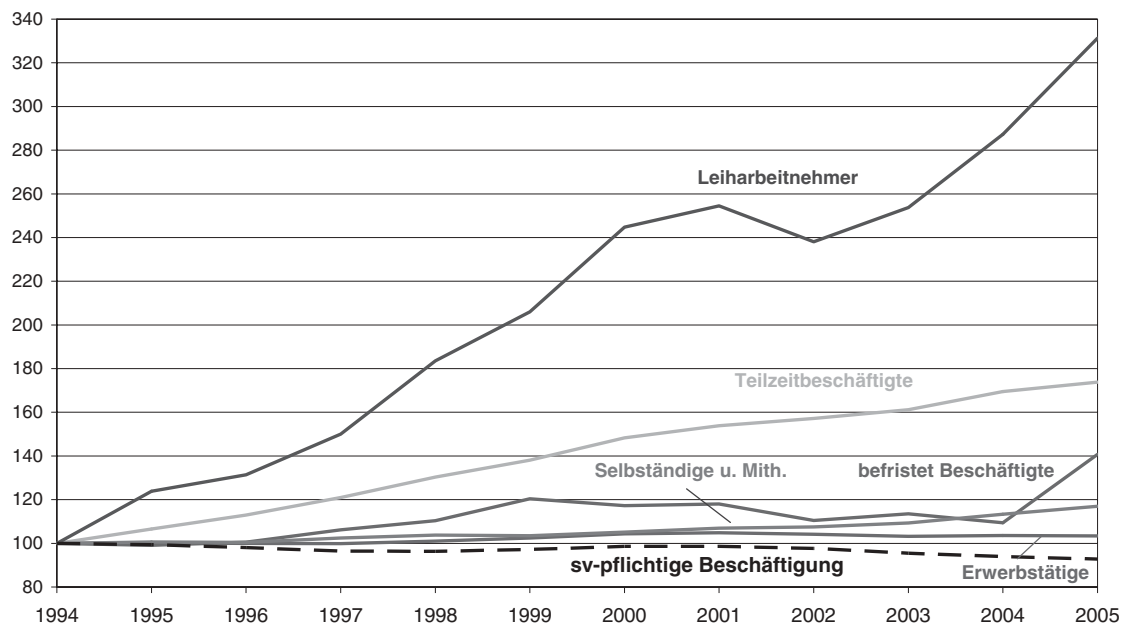
Hier ist zumindest in den letzten Jahren eine aufwärtsgerichtete Entwicklung festzustellen. Das ist ein Hoffnungszeichen. Die Erwerbstätigenquote von Älteren hat sich zwar erhöht, doch ihr Abstand zur Gesamterwerbsquote ist relativ hoch; auch im internationalen Vergleich ist dieser Abstand sehr groß. Das macht Deutschland in diesem Bereich zu einem Problemfall. Bei genauerer Betrachtung kann man feststellen, dass insbesondere bei den Frauen – gemessen an der Gesamtquote – die Erwerbstätigenquote deutlich unterproportional ist. Hier sind offenbar auch noch tradierte Erwerbsmuster zu berücksichtigen.



Ein krasses Ergebnis unserer Untersuchungen möchte ich besonders hervorheben: Die Erwerbstätigenquote von Älteren ist überhaupt niedrig, doch bei Personen mit niedriger Qualifikation (ohne Berufsabschluss) ist sie noch niedriger. Bei Akademikern liegt sie dagegen im Bereich der Erwerbstätigenquote für alle Altersgruppen. Dieser Befund ist ein Hinweis darauf, dass Bildung im Erwerbsleben trägt und dass es sich lohnt, am Anfang zu investieren und dann entsprechend kontinuierlich am Humankapital zu arbeiten.

Entwicklung der Erwerbsformen 1994 - 2005

- Indices, 1994 = 100 -



Quelle: IAB

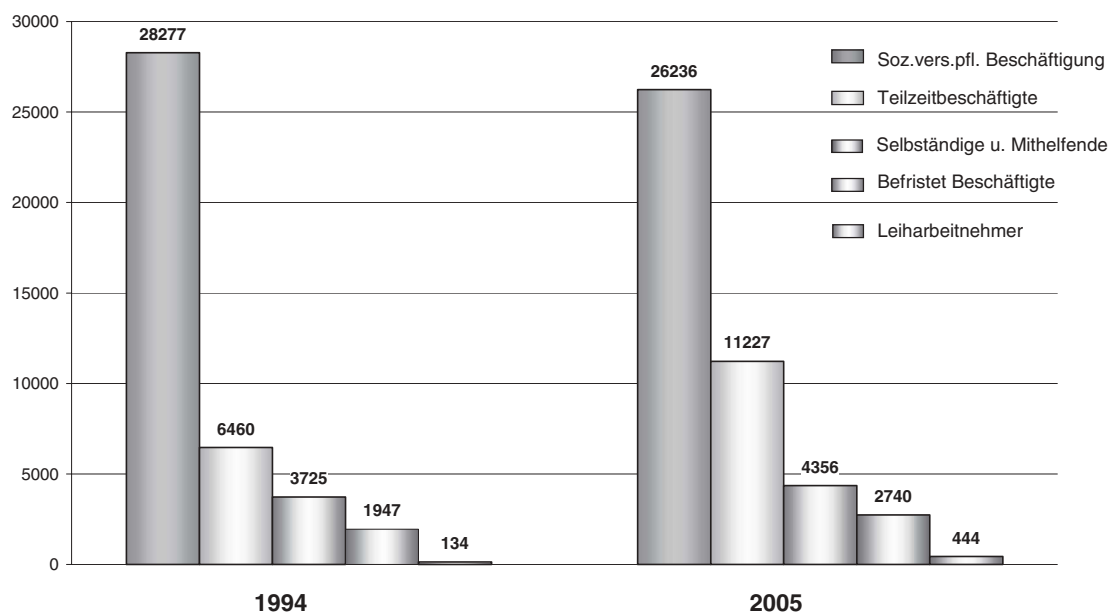
An dieser Stelle ist es interessant, die Entwicklung der Erwerbsformen zwischen 1994 bis 2005 nachzuvollziehen. Der Begriff der Erwerbstätigkeit umfasst eine große Vielfalt von Beschäftigungsformen. Unser besonderes Interesse gilt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dabei handelt es sich im Übrigen um eine der wenigen Beschäftigungsformen, deren Anteil – im Vergleich zu den Selbstständigen, den befristet Beschäftigten, den Teilzeitbeschäftigten und den Leiharbeitnehmern – gesunken ist. Die Beschäftigungsformen mit dem größten Wachstum sind – relativ gemessen – die Leiharbeit, gefolgt von Teilzeitbeschäftigungen.

Diese Tendenz relativiert sich aber, wenn wir die absoluten Zahlen betrachten. Bei den Leiharbeitnehmern bewegt sich dieses Wachstum auf einem sehr geringen Niveau, der größte Anstieg bei den atypischen Erwerbsformen ist auf jeden Fall im Bereich der Teilzeitbeschäftigung festzustellen. In nennenswertem Umfang hat hier in der jüngeren Vergangenheit auch die geringfügige Beschäftigung beigetragen. Im Haupterwerb sind

das 1,2 Millionen mehr seit 1999; und im Zuge der kürzlich durchgeführten Reformen hat es noch einmal im Nebenjob einen Anstieg von 700.000 auf 1,8 Millionen gegeben.

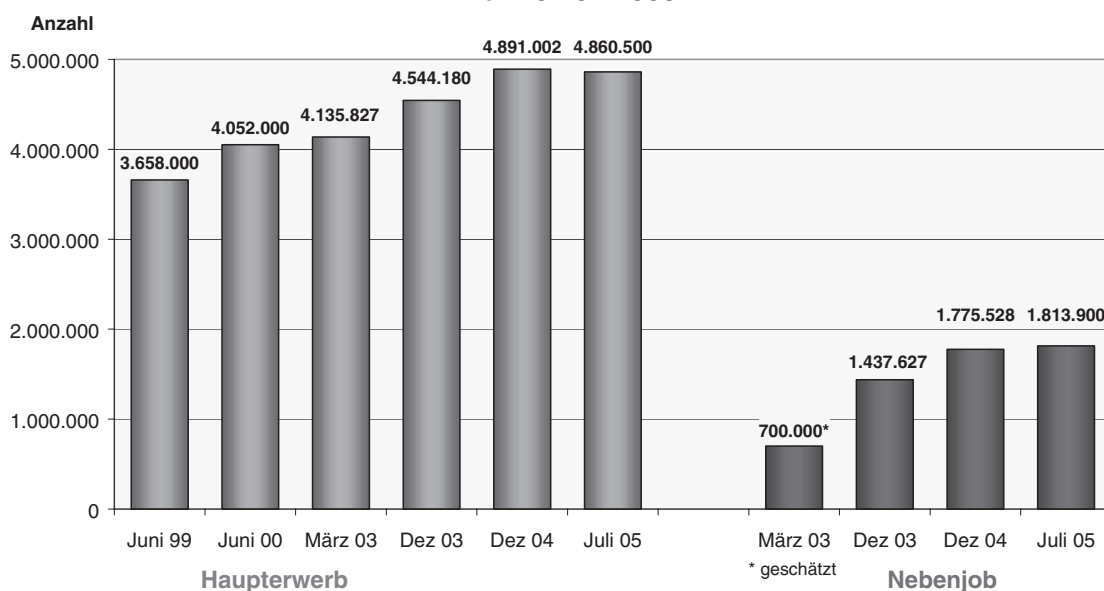
Entwicklung der Erwerbsformen 1994 und 2005

- in 1000 -



Quelle: IAB

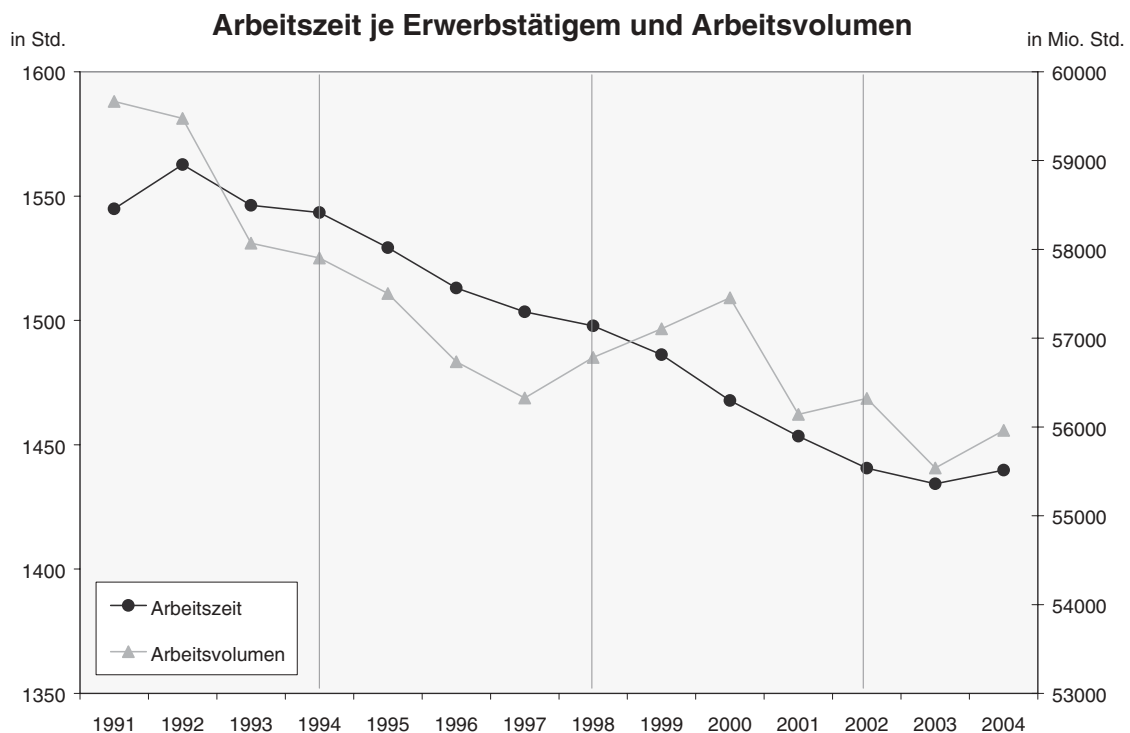
Entwicklung der Mini-Jobs seit der gesetzlichen Neuregelung zum 01.04.2003



Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA

Auch Teilzeitbeschäftigung umfasst ein breites Spektrum an Beschäftigungsverhältnissen. Aber die geringfügige Teilzeitbeschäftigung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass zumindest bei den Haupterwerbstätigen noch Arbeitszeitreserven schlummern.

Wenn man über verschenkte Potenziale nachdenkt, sollte man auch die Arbeitszeit je Erwerbstätigem mit einbeziehen: In einer längerfristigen Betrachtung von 1991 bis heute zeigt sich, dass wir gegenwärtig eine Art Trendwende erleben. Das Arbeitsvolumen insgesamt ist zwar tendenziell rückläufig, aber darin spiegelt sich ein gewisser konjunktureller Zyklus. Ich möchte nun Ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeitszeit je Erwerbstätigen lenken.



Quelle: IAB-FB4, Dez. 05

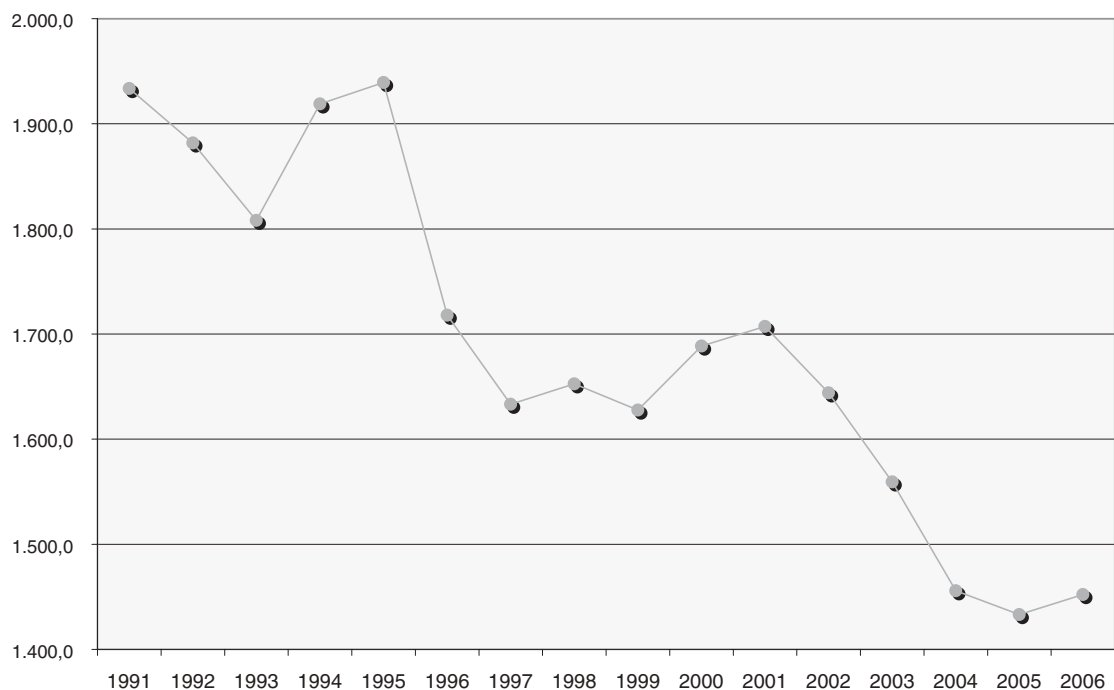
In der jüngeren Vergangenheit hat eine Entwicklung eingesetzt, in der sich die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten erhöht. Zwei Aspekte sind dabei zu berücksichtigen: Zwar wächst die Teilzeitbeschäftigung noch weiter, aber auch die Arbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten nehmen wieder zu. Deshalb gibt es hier einen kompensierenden Effekt.

Bei den Überstunden als wichtige Arbeitszeitkomponente ist ganz klar zu sehen: Das Volumen der bezahlten Überstunden hat seit 1991 deutlich abgenommen, was natürlich vor allem auf die Arbeitszeitflexibilisierung zurückgeht.

Bei der Entlohnung zeigt sich, dass niedrig entlohnte Beschäftigung in Deutschland zugelegt hat. Bei den Vollzeitbeschäftigten liegt die Niedriglohnschwelle nach internationalen Konventionen bei zwei Dritteln des Durchschnittslohns. Das sind 20.660 Euro im Jahr und 1.700 bis 1.800 Euro im Monat. In Gesamtdeutschland liegen 18 Prozent, in Westdeutschland 16 Prozent der Arbeitnehmer in Vollzeitbeschäftigung unterhalb die-

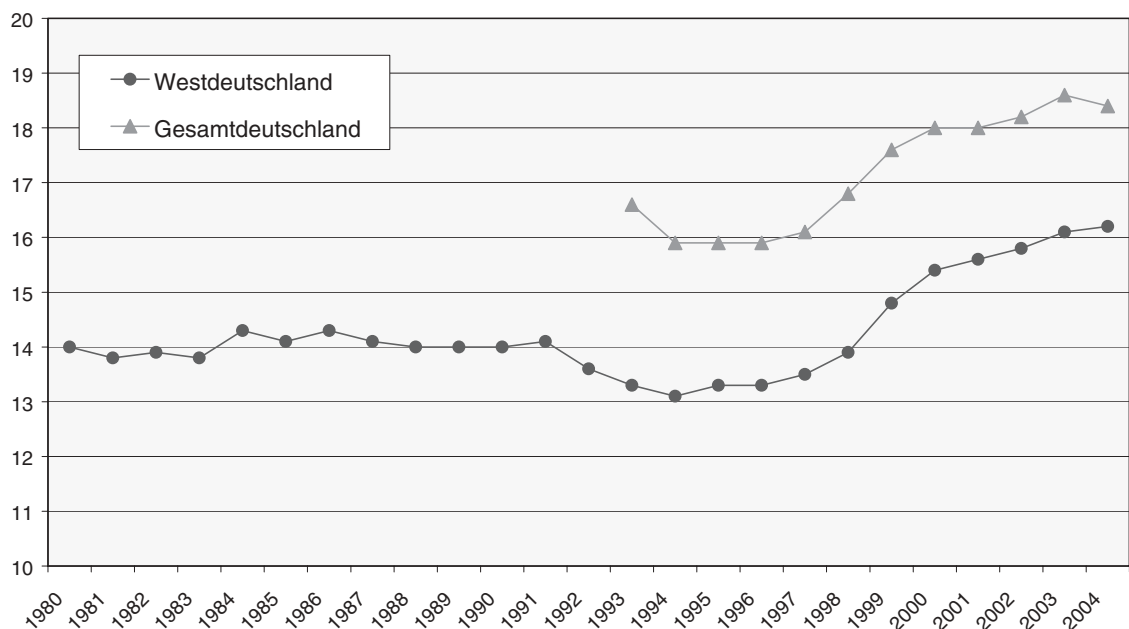
in Mio. Std.

Volumen der bezahlten Überstunden in Deutschland 1991 - 2006



Quelle: IAB-FB4

Entwicklung der relativen Größe des Niedriglohnsektors¹⁾ - in Prozent aller Vollzeitbeschäftigten -



1) Die Niedriglohnschwelle ist hier definiert als der Bruttotagesverdienst, der zwei Drittel des Medianlohns entspricht. Umgerechnet auf einen Jahresverdienst lag die Niedriglohnschwelle in Gesamtdeutschland für Vollzeitbeschäftigte im Jahre 2004 bei rund 20.660 €.

Quelle: Berechnungen des IAB (Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstatistik)

ser Schwelle. Insgesamt hat der Anteil der Arbeitnehmer, die unterhalb dieser Schwelle entlohnt werden, zugenommen. Es ist wichtig, diesen Niedriglohnbereich nicht mit Armut gleichzusetzen, da in dieser Untersuchung der Haushaltskontext nicht berücksichtigt wurde. Um festzustellen, inwieweit hier wirklich ein Problem vorliegt, müssten Haushaltsuntersuchungen durchgeführt werden. Denn es gibt ja zum Beispiel auch niedrige Zweitverdienste, die in das Haushaltseinkommen einfließen.

Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße im 1. Halbjahr 2005

(Basis: Beschäftigte aller Betriebe, Anteilswerte in %)

Betriebsgröße	Deutschland insgesamt	West-deutschland	Ost-deutschland
1 bis 4 Beschäftigte	17	16	22
5 bis 9 Beschäftigte	23	22	28
10 bis 49 Beschäftigte	23	22	27
50 bis 249 Beschäftigte	21	20	26
250 und mehr Beschäftigte	21	20	24
Insgesamt	21	21	26

Quelle: IAB-FB6

Die Beteiligungen an Weiterbildungen liegen ungefähr bei einem Fünftel aller Beschäftigten in Betrieben, was angesichts der absehbaren Herausforderungen des Arbeitsmarkts nicht sehr hoch ist. In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren quantitativ zu wenig getan.

Bei der Anzahl der Ausbildungsbetriebe ist eine aufwärts gerichtete Entwicklung festzustellen. Insgesamt hat die Zahl der Ausbildungsplätze jedoch abgenommen. Natürlich spielt hier die Konjunktur eine wichtige Rolle. In wirtschaftlich schwächeren Zeiten sind Unternehmen viel vorsichtiger. Aber auch der Strukturwandel hat gebremst: Die Bereiche, die traditionell stark ausgebildet haben, schrumpfen. Und die Wachstumsbereiche haben bisher noch nicht in großem Umfang ausgebildet und zum Teil auch eine ganz andere Nachfragestruktur, die viel stärker auf Akademiker zielt.

Ausbildungsleistung der Betriebe 2000 - 2004

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	2004	2000	2004	2000
Anteil der ausbildungs berechtigten Betriebe an allen Betrieben	58,4%	60,3%	49,1%	51,4%
Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben	31,2%	29,7%	26,2%	26,1%
Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben	53,5%	49,2%	53,4%	50,8%

Quelle: IAB-Betriebspanel; FB6-Hartung

Zum Thema Arbeitsmarktreformen möchte ich Folgendes anmerken: Wie hat Politik eigentlich auf die Ausgangsproblematik reagiert? Welche Ziele wurden mit den Arbeitsmarktreformen verfolgt?

- Eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts,
- höhere Arbeitsanreize für Erwerbslose durch stärkeres Fordern, verbunden mit weniger großzügigen Transferleistungen: Hartz IV, Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, stärkere Mitwirkungspflichten, Sanktionen,
- eine Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, dazu gehören zum Beispiel Aspekte wie Hartz IV, mehr private Anbieter, aber auch eine Reform der Bundesagentur für Arbeit.

Die Bundesregierung hat umfassende Evaluationsstudien in Auftrag gegeben, an denen auch das IAB beteiligt war. Ohne hier weiter ins Detail zu gehen, möchte ich nun die wesentlichen Stoßrichtungen der Arbeitsmarktreform aus unserer Sicht übergreifend einstufen.

- Flexibilisierung des Arbeitsmarkts: Hier sehen wir relativ wenig Niveaueffekte für die Beschäftigung. Es ist aber hervorzuheben, dass sich diese Flexibilisierung in zweierlei Hinsicht auswirkt. Zum einen haben die Reformen sehr stark auf mehr Möglichkeiten in Richtung atypischer Beschäftigung gesetzt: Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Förderung von Selbstständigkeit. Dadurch wurde der Wandel der Erwerbsformen stark beschleunigt. Nun ist zu entscheiden, ob man dies will oder nicht, weil das natürlich Folgen für reguläre, insbesondere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen hat. Soweit erst einmal der Befund. Doch welche Konsequenz ergibt sich daraus? Zunächst einmal: Wir können über diese Erwerbsform Brücken bauen.

Die Einstiegsschwelle für Arbeitslose hat sich verändert. Die Durchlässigkeit des Arbeitsmarkts hat sich an manchen Stellen erhöht. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob es tatsächlich eine Brücke oder eben nur eine Sackgasse ist. Genau auf diesen Punkt kommt es an, wenn man die Reformen am Ende beurteilen möchte. Die bisher vorliegenden Evaluationen geben auf diese Frage noch keine eindeutige Antwort. Klar ist, dass sich die Durchlässigkeit erhöht hat. Aber es gibt dafür auch einen Preis, insbesondere zu Lasten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Vielleicht müsste stärker bei der Flexibilität und Kostenbelastung angesetzt werden, um nicht einer Erosion der regulären Beschäftigung Tür und Tor zu öffnen.

- Weniger großzügige Transferleistungen: Das ist ein sehr sensibles Thema. Denn dadurch verringern sich die Lohnansprüche von Personen. Solch eine Maßnahme ist sehr ambivalent. Denn einige ziehen sich dadurch komplett zurück und werden im Grunde letztlich auch dafür bestraft, dass sie dem Arbeitsmarkt eher fern sind. Die davon Betroffenen empfinden das überhaupt nicht als Hilfe oder Motivation; das Gegenteil ist der Fall. Es gibt aber natürlich auch Gruppen, bei denen die Reduzierung von Transferleistungen durchaus sinnvoll sein kann – zum Beispiel bei einem Langzeitarbeits-



losen, der eine falsche Suchstrategie verfolgt. Der Rückgang der Lohnersatzleistungen kann bei Einzelnen zu einer höheren Motivation führen, sich eine Beschäftigung zu suchen und vielleicht auch erst einmal eine niedrig entlohnte Beschäftigung aufzunehmen. Dieses Prinzip lässt sich an einem Gang zum Arzt verdeutlichen: Manchmal muss es zunächst schlechter werden, ehe es besser wird. Ich sehe dennoch die Ambivalenz einer solchen Maßnahme und die damit verbundene Aufgabe, die soziale Balance zu wahren.

- Eine besser aufgestellte Arbeitsmarktpolitik: Natürlich kann eine solche Neuausrichtung beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage hilfreich sein – wenn denn dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird. Das ist natürlich ganz entscheidend. Eine verbesserte Arbeitsmarktpolitik kann dazu beitragen, dass es weniger Friktionen gibt, dass

die beträchtliche Such-Arbeitslosigkeit abnimmt oder offene Stellen schneller besetzt werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre muss man aber auch klar sagen: Man darf keine überzogenen Erwartungen haben. Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiges Ausgleichsinstrument, aber sie ist eben nicht dazu in der Lage, ein globales Beschäftigungsdefizit zu beheben.

Zum Abschluss möchte ich meine Überzeugung betonen, dass bei den Arbeitsmarktreformen einiges getan wurde, was richtig war. Es hat ein Paradigmenwechsel in Richtung aktivierende Arbeitsmarktpolitik stattgefunden, auch wenn dies mit vielen Problemen verbunden ist – ich habe das heute angedeutet. Und es ist klar, dass ein substanzieller Abbau der Arbeitslosigkeit nur über deutlich mehr Beschäftigung funktionieren kann.

Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

- Ergebnisse vorliegender Evaluationsstudien (1) -

ABM

- **insgesamt negativ**, Verzögerung der Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Wirkung auf Beschäftigungsfähigkeit nicht eindeutig; Hinweise auf positive Struktureffekte

Förderung beruflicher Weiterbildung

- Verkürzung der Laufzeit von Maßnahmen und Rückgang der Anzahl an Maßnahmen
- **insgesamt positive** Wirkung durch schnellere Integration in den regulären Arbeitsmarkt

Auf welche längerfristigen Perspektiven wird es in Zukunft aus meiner Sicht ankommen? Ein wichtiger Punkt ist: Die Arbeitsmarktp Probleme, die wir heute haben, sind ganz andere als die Probleme von Morgen. Das gegenwärtige globale Arbeitsplatzdefizit wird sich gewiss nicht weiter fortsetzen. Mit ziemlicher Sicherheit wird es jedoch einen verstärkten Bedarf für gut ausgebildete und hoch qualifizierte Arbeitskräfte geben. Aus der Perspektive des Arbeitsmarkts wird der Bedarf in diesem Bereich zukünftig riesengroß sein. Wenn man es also nicht schafft, Bildung und Ausbildung in Deutschland grundlegend zu reformieren, werden gewaltige Mismatch-Probleme entstehen, die sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Dann ist man schnell in einem Teufelskreis. Aus diesem Grund halte ich es für eine Kardinalfrage, ob das Bildungssystem früh-

zeitig entsprechend gestaltet werden kann. Der Fachkräftemangel darf möglichst erst gar nicht in nennenswertem Umfang entstehen. Aber wir haben ihn schon heute in manchen Regionen und in einigen beruflichen Sparten.

Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

- Ergebnisse vorliegender Evaluationsstudien (2) -

Eingliederungszuschüsse

- **insgesamt positiv**, um 20% bis 50% höhere Chance auf ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Vermittlungsgutscheine, Beauftragung Dritter gem. § 37 SGB III

- **kein nachweisbarer Effekt** auf die Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt
- geringe Integrationserfolge bei Männern und in Ostdeutschland durch Beauftragung mit der gesamten Vermittlung

PSA

- **insgesamt negativ**, Verzögerung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt

Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

- Ergebnisse vorliegender Evaluationsstudien (3) -

Existenzgründungen (Überbrückungsgeld und Ich-AGs)

- **insgesamt positiv**: zwar im Zeitablauf nachlassende, aber deutliche Reduktion des Arbeitslosigkeitsrisikos
- besondere Förderung von Frauen und Langzeitarbeitslosen
- Hinweise auf Missbrauch und Mitnahmeeffekte

Mini-/Midi-Jobs

- Anstieg um 125.000 (Midi-Jobs) bis Mitte 2004 bzw. 1,8 Mio. (Mini-Jobs) bis Mitte 2005
- **Probleme**: keine Brücke in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Hinweise auf Verdrängung anderer Beschäftigungsverhältnisse durch Mini-Jobs

Ein anderes Problem sind die wettbewerbsschwächeren Arbeitnehmer. Das ist die andere große Herausforderung, längerfristig ist sie sogar die größte beschäftigungspolitische Herausforderung. Auch über dieses Thema kann man lange streiten. Meines Erachtens wäre es sehr wichtig, am Abgabenkeil anzusetzen, der zwei Negativeffekte hat: Er verringert nicht nur die Beschäftigungsanreize von Unternehmen, sondern auch die Arbeitsanreize von Arbeitnehmern. Es sollte nicht darum gehen, die Transferleistungen noch weiter zu reduzieren, sondern es sollte beim Nettolohn angesetzt werden, um vor allem existenzsichernde Beschäftigung aufzubauen. Dadurch könnten auch mögliche Armutsrisiken und teure Sonderprogramme vermieden werden.

Zum Schluss möchte ich noch an die Notwendigkeit erinnern, mit gezielten Strategien quantitative und qualitative Personalreserven zu erschließen. Sind das nicht genau die Potenziale, um die es geht? Im Grunde müssen alle diese Aufgaben schon heute angegangen werden, denn es geht in vielerlei Hinsicht um einen langfristigen Mentalitätswandel. Zum Thema Bildung brauche ich nicht mehr viel zu sagen, darüber haben wir heute Morgen schon vieles gehört. Wichtig ist auch eine gesicherte Kinderbetreuung, die mehr Wahlfreiheit ermöglichen sollte, gerade in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Dann das Thema längere Lebensarbeitszeit, das ich am Anfang schon kurz angesprochen habe. Und natürlich das Thema Integration, vor allem hinsichtlich der Personen mit Migrationshintergrund. Schließlich muss man auch das Zuwanderungsthema angehen, insbesondere gezielte Zuwanderung, die ein sehr wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument ist. Dieses Land muss attraktiv sein für die klügsten Köpfe der Welt. Dies sollten wir auch in den Diskussionen, die wir über dieses Thema führen, viel stärker berücksichtigen.

Podiumsdiskussion

Zusammengefasst von: Dr. Angela Borgwardt

Arbeitslosigkeit ist mit einem gravierenden Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe verbunden. Für den Einzelnen ist dies nicht nur mit wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit, sondern auch mit Ausgrenzungserfahrungen und Sinnverlust verbunden. Die negativen Fol-



gen mangelnder Integration hat aber auch die Gesellschaft zu tragen: zum einen durch hohe Kosten für unterhaltssichernde Transferleistungen in Kombination mit sinkender volkswirtschaftlicher Produktivität und geringerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, zum anderen durch gesellschaftliche Spaltungstendenzen aufgrund der wachsenden sozialen Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungsgruppen.

In der nun folgenden Podiumsdiskussion stand die Frage im Zentrum, welche Maßnahmen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ergreifen müssen, um zu verhindern, dass im Zuge dieser Entwicklung bestimmte Teile der Bevölkerung dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden.

Was konnte mit den Arbeitsmarktreformen schon erreicht werden, welche Probleme bestehen weiter?

Nach Prof. Walweis sachlicher Analyse der wichtigsten Segregations- und Desintegrationstendenzen am deutschen Arbeitsmarkt initiierte Moderatorin **Dr. Ursula Weidenfeld** einen Perspektivwechsel: Wie hat die Bevölkerung die bisherigen Arbeitsmarktreformen (Hartz-IV-Regelungen bzw. die Grundsicherung für Arbeitslose (ALG II)) aufgenommen?

Dr. Christine Bergmann, die 2005/2006 dem „Ombudsrat – Grundsicherung für Arbeitssuchende“ angehörte, berichtete von ihren Erfahrungen. Aufgabe des Ombudsrats war, die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) kritisch zu beglei-

ten, Mängel aufzudecken und aus der praktischen Erfahrung Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Dabei zeigten sich, so Dr. Bergmann, zwei Hauptprobleme der Betroffenen im Umgang mit Hartz IV: Viele hatten Probleme mit dem Ausfüllen der Formulare oder konnten den Bescheid nicht verstehen – die Kommunikation zwischen der Verwaltung und ihren „Kunden“ funktionierte also nicht. Den anderen großen Teil machten Einwände und Beschwerden gegen versagte oder gekürzte Leistungen aus.

Bei ihren Gesprächen mit den Menschen vor Ort sei deutlich geworden, dass die meisten konkrete Hilfe von den Behörden erhofft hatten, um zum Beispiel einen 1-Euro-Job zu finden; niemand hätte sich über „unzumutbare Angebote“ beschwert. Auf einen Einwand aus dem Publikum, dass die Menschen nur aus purer Existenzangst solche Jobs annehmen würden, erwiderte Christine Bergmann: Selbstverständlich würde jeder lieber eine existenzsichernde, feste Arbeit als einen 1-Euro-Job annehmen, doch die meisten wären froh, überhaupt eine sinnvolle Arbeit zu bekommen und damit sozialer Ausgrenzung zu entgehen. Erwerbsarbeit bedeute auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und werde der reinen Alimentation deshalb meistens vorgezogen.

Dr. Bergmann warnte aber auch vor falschen Erwartungen: Denn die neuen Beschäftigungsformen (wie Mini- oder 1-Euro-Jobs) führen nicht unbedingt zu dauerhafter Integration in den Arbeitsmarkt. Inzwischen habe sich gezeigt, dass diese Jobs nur in wenigen Fällen zu einer direkten Brücke in den ersten Arbeitsmarkt werden. Dennoch übernehme der 1-Euro-Job für viele arbeitssuchende Menschen eine wichtige integrative Aufgabe, da er die grundsätzliche Teilhabe am Arbeitsleben sichere. Allerdings habe sie auch viel Resignation erlebt, insbesondere bei Langzeitarbeitslosen in strukturschwachen Regionen ohne wirtschaftliche Perspektive.

Dr. Ursula Weidenfeld bat Dr. Gustav A. Horn, den Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), um seine Einschätzung der aktuellen Arbeitsmarktpolitik: Im gegenwärtigen Aufschwung sei die Beschäftigungsschwelle doch zum ersten Mal wieder markant gesunken – was doch hieße, dass mehr Menschen in Beschäftigung gebracht werden könnten. In der Wirtschaftstheorie wird postuliert, dass zusätzliche Arbeitsplätze erst dann entstehen, wenn die Wirtschaft schneller wächst als die Arbeitsproduktivität zunimmt; die für diesen Effekt erforderliche Höhe des Wirtschaftswachstums wird auch als „Beschäftigungsschwelle“ bezeichnet. Dr. Weidenfeld erinnerte daran, dass man im Jahr 2000 davon ausgegangen war, dass sozialversicherungspflichtige Jobs erst zwischen 2,5 bis 3 Prozent Wachstum entstehen. Gegenwärtig steige die Beschäftigung aber schon bei zwei Prozent signifikant: Sei das nun ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik oder purer Zufall?

Wichtig sei, so **Dr. Gustav A. Horn**, zwischen zwei verschiedenen Beschäftigungsschwellen zu unterscheiden: die eine beziehe sich auf die insgesamt steigende Zahl an geleisteten Arbeitsstunden, die andere auf eine steigende Anzahl an Beschäftigten, an „Köpfen“. Tatsächlich sei in den letzten Jahren durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Beschäftigungsschwelle für „Köpfe“ auf etwa ein Prozent Wachstum gesunken, was vor allem auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs, Ich-AGs und ähnliches zurückzuführen sei. Dabei handele es sich also nicht um sozialversicherungspflichtige Arbeits-



stellen, deren Zahl sogar zurückgegangen sei. Erst in *diesem* Jahr, 2006, sei bei einem Wirtschaftswachstum von über zwei Prozent auch die Anzahl der regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wieder gestiegen – diese Schwelle liege aktuell bei etwa 1,7 Prozent Wachstum. Seiner Auffassung nach ist die Zunahme der Beschäftigung nur zum Teil auf die Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Ein Erfolg der Reformen sei aber, dass die Beschäftigungsschwellen bei Köpfen und im Arbeitsstundenvolumen leicht gesunken seien; allerdings mit der Kehrseite, dass ein geringes Produktivitätswachstum auch die Realeinkommen nur schwach wachsen lasse.

Dr. Weidenfeld merkte dazu an, dass man über ein geringes Produktivitätswachstum doch fast glücklich sein müsse, wenn man Arbeitsplätze sichern wolle. Denn bei geringem Wirtschaftswachstum führt zunehmende Produktivität durch Rationalisierung zu einem Abbau von Arbeitsplätzen.

Für **Dr. Horn** liegt das größte Problem des deutschen Arbeitsmarkts im globalen Beschäftigungsrisiko. Ein markantes Zeichen dafür sei ein „Druck von oben nach unten“ auf dem Arbeitsmarkt: Diese Tendenz zeige sich in Deutschland darin, dass im Niedriglohnssektor die Stellen mit geringen Qualifikationsanforderungen nicht nur von Geringqualifizierten, sondern zunehmend auch von Höherqualifizierten besetzt werden, die durch die fehlenden Berufsperspektiven in ihrem Segment „nach unten“ gedrängt werden. Natürlich sei das globale Beschäftigungsrisiko kein exklusiv deutsches Problem, sondern existiere in ganz Europa. Neben der Notwendigkeit nationaler Maßnahmen müsse das

Problem deshalb auch auf europäischer Ebene diskutiert und gelöst werden. Ansonsten werde eine verschärfte Konkurrenzsituation die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft verdrängen, vor allem also Jugendliche, Niedrigqualifizierte und Ältere.

Prof. Walwei machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass sich die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt – als Ausdruck eines Überangebots an Arbeitskräften – in Zukunft stark verändern werde, da die prognostizierte Entwicklung in den Jahren 2020 bis 2050 aufgrund des demografischen Wandels von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials gekennzeichnet sein wird.



Die Jahrgänge, die den Arbeitsmarkt verlassen, seien zahlenmäßig stärker als jene, die in den Arbeitsmarkt hineinkommen. Diese Tatsache wirke sich aber noch nicht auf das Arbeitskräfteangebot aus bzw. führe nicht zu einem Sinken der Arbeitslosenquote. Grund sei ein gegenläufiger, stärkerer Trend: Nach wie vor bestehe in Deutschland bei der Erwerbsbeteiligung in vielen Bereichen noch Nachholbedarf, vor allem bei Älteren und Frauen. Deshalb werde das Niveau des Arbeitskräfteangebots bis 2020 etwa gleich bleiben. Längerfristig werde das Arbeitskräfteangebot noch einmal ansteigen, dann aber aufgrund der demografischen Entwicklung definitiv sinken: Das heutige Erwerbstätigenpotenzial von 40 Millionen Menschen (bei Berücksichtigung eines Renteneintrittsalters von 67) werde sich auf 26 Millionen im Jahr 2050 reduzieren, wobei hier noch keine möglichen Veränderungen der Erwerbsbeteiligung berücksichtigt sind (zum Beispiel ein noch späteres Renteneintrittsalter).

Dieser erwartete Rückgang der Erwerbsbevölkerung sei mit Zuwanderung allein nicht zu kompensieren, da man dafür allein 500.000 Netto-Zuwanderer pro Jahr bräuchte – was für die Gesellschaft sicher nicht verkraftbar wäre. Da die Bevölkerung nicht nur weniger, sondern auch immer älter werde, altere auch das verbleibende Erwerbspersonal. Walwei warnte deshalb davor, den demografischen Wandel als Selbstläufer zu betrachten, der die Arbeitslosigkeit automatisch beseitige. Dies sei nicht der Fall, denn eine schrumpfende und alternde Gesellschaft sei weder ein Garant dafür, dass hinreichend Dienste und Güter nachgefragt werden noch dass Angebot und Bedarf an Qualifikationen zusammenpassen.

Heinrich Tiemann, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, machte zunächst deutlich, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ausdrücklich darauf ausgerichtet seien, neue Beschäftigungspotenziale zu erschließen und von Ausschluss bedrohte Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Vor allem zwei Gruppen hätten gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt besondere Teilhabeprobleme: ältere Arbeitnehmer und Jugendliche mit geringer Qualifikation.

Die Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer sei in Deutschland relativ zum europäischen Durchschnitt sehr niedrig. Im Bundesministerium habe man hier schon erste arbeitsmarktpolitische Konsequenzen gezogen und 2006 die „Initiative 50 plus“ gestartet. Mit dieser Fördermaßnahme sollen ältere Arbeitssuchende wieder in Beschäftigung gebracht werden, indem zum Beispiel Betriebe bei der Einstellung von Arbeitslosen über 50 Jahren Lohnzuschüsse erhalten können. Es sei sozial und ökonomisch von großer Bedeutung, ältere Arbeitnehmer wieder in größerem Umfang in die Erwerbsarbeit einzugliedern und zu verhindern, dass sie früh aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert werden. Im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit sei 2001 nach jahrelangen Diskussionen ein notwendiger Paradigmenwechsel eingeleitet worden. Die wesentlichen Ziele seien gewesen, ältere Arbeitnehmer und deren Qualifikationen besser zu nutzen, die Frühverrentung zu beenden und das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Vor allem die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahre 2029 (ab dem Jahrgang 1964) betrachtet Tiemann als wichtiges Signal, das die politische Agenda der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat: Nach anfänglich öffentlicher Entrüstung sei schließlich doch – angesichts sinkender Geburtenrate und steigender Lebenserwartung – eine längst überfällige Grundsatzdebatte über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Gang gekommen. Die Menschen müssten aber natürlich auch in die Lage versetzt werden, bis 67 arbeiten zu können. Tiemann nannte hierfür zwei notwendige Voraussetzungen: Erstens müsse für kontinuierliche Weiterqualifizierung von Frauen und Männern gesorgt werden. Zweitens müsse verstärkt in die Gesundheit (insbesondere am Arbeitsplatz) investiert werden. In beiden Bereichen sei aber nicht nur die Politik gefragt, sondern auch die Tarifparteien müssten hier mitwirken, zum Beispiel durch betriebliche Regelungen im Hinblick auf eine Qualifizierungspolitik oder die Qualität der Arbeitsbedingungen.

Bei Jugendlichen, die auf Dauer keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, sei die niedrige Qualifikation das Hauptproblem. Besonders alarmierend sei der hohe Anteil der Migranten an Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss (35 Prozent der Migranten, 10 Prozent der deutschen Jugendlichen). Die Ursache liege meist in mangelhaften Sprachkenntnissen als Schlüssel zur Beteiligung an der Gesellschaft. Wenn dieses Problem nicht in absehbarer Zeit gelöst werde, würde dies die Gesellschaft vor große Probleme stellen.

Soziale Desintegration reiche inzwischen über besondere Problemgruppen an den Rändern der Gesellschaft hinaus.

Permanente Qualifizierung und Weiterbildung (2. und 3. Chance) ist für Tiemann der entscheidende Faktor, um gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben bzw. das Risiko der Ausgrenzung zu minimieren.

Wie können die Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt gelöst werden?

Dr. Christine Bergmann folgte Tiemanns Auffassung, dass die Qualifizierung der Erwerbstätigen unabdingbar sei. Das Erschließen von Beschäftigungspotenzialen sei ein wichtiger Schritt zur Lösung der Arbeitsmarktkrise, insbesondere in der Gruppe der Jugendlichen bis 25 Jahre: Unter den langzeitarbeitslosen Jugendlichen hätten über 60 Prozent keine Berufsausbildung (in Berlin sogar 70 Prozent), ein Drittel hat überhaupt keinen Schulabschluss. Um die massiven Qualifikationsdefizite zu beseitigen, müsse auf allen Ebenen des Bildungssystems gleichzeitig angesetzt werden, das heißt, man müsse schon in Kita und Grundschule beginnen, nicht erst im Jobcenter ansetzen. Auch sei es sehr wichtig, Jugendliche so zu motivieren, dass sie die Hoffnung auf berufliche Beschäftigung nicht aufgeben. Exemplarisch nannte sie eine Meldung des Jobcenters im Berliner Stadtteil Neukölln, wo 75 Prozent der Jugendlichen bei der ersten Einladung in der Regel gar nicht erscheinen. Neben der Förderung von Motivation sei es zudem unverzichtbar, nach dem Prinzip des „Forderns“ mit Sanktionen zu arbeiten, die nicht nur angedroht, sondern im Ernstfall auch durchgeführt werden müssten. Eine Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen vor Ort (vor allem Job-Center, Betriebe, Schulen) sei wichtig, damit der Qualifikationsaufbau der Jugendlichen sukzessive realisiert werden kann. Denkbar wäre zum Beispiel eine Art Stufenplan, in dem die Qualifikationen zielorientiert Schritt für Schritt aufgebaut werden.

Auch **Prof. Walwei** betonte die große Bedeutung einer ausreichenden Qualifizierung der Bevölkerung, um Desintegrationstendenzen entgegenzuwirken. Deutschland habe als „Hochtechnologieland, Hochqualifikationsland, Hochlohnland“ mit anderen Gütern und Dienstleistungen auf Dauer keine Chancen. Die langfristig zu erwartende Entwicklung am Arbeitsmarkt – zunehmender Bedarf an Höherqualifizierten und abnehmender Bedarf an Niedrigqualifizierten – sei zwangsläufig. Deshalb müsse noch viel stärker als bisher in Bildung investiert werden.

Wie Prof. Walwei in seinem Vortrag dargestellt hatte, ist der Niedriglohnsektor in Deutschland in letzter Zeit zwar gewachsen, wird jedoch langfristig im globalen Zusammenhang deutlich abnehmen. Dieser Rückgang von Stellen mit geringen Qualifikations-

anforderungen ist nach Walweis Auffassung ein „säkularer Trend“ zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, so dass unbedingt neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden müssen (zum Beispiel Dienstleistungsagenturen im Bereich von Privathaushalten). Momentan gebe es noch zahlreiche Felder, in denen Schattenwirtschaft dominiere oder in denen man sich den „Luxus“ gönne, Aufgaben selber zu erledigen statt sie als Dienstleistung einzukaufen. Natürlich sei dies auch eine Funktion der relativen Preise (Güterabwägung zwischen Netto-Einkommen und Brutto-Ausgaben). Um diese notwendigen und möglichen Bereiche zu erschließen, müsste allerdings auch über die Kosten des Faktors Arbeit nachgedacht werden.

Prof. Walwei machte deutlich, inwiefern der Niedriglohnsektor eine mittelfristige Möglichkeit sein könnte, vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzte wieder zu integrieren. Der in den letzten Jahren wachsende Niedriglohnsektor habe vielfältige Ursachen: gesellschaftlicher Strukturwandel, schlechte Konjunktur, Verdrängung von Qualifizierten, abnehmende Tarifbindung in vielen Feldern, arbeitsmarktpolitische Reformen. Dieser Bereich *müsse* auch zunächst weiter zunehmen, weil ein sehr großer „Altbestand an Langzeitarbeitslosen und Grundsicherungsempfängern“ vorhanden sei, der nur sehr schwer wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden könnte. Für Prof. Walwei wären folgende Schritte hilfreich: Um diesen gering qualifizierten Personenkreis zu beschäftigen, müssten die Arbeitskosten der Unternehmen geändert werden. Da dies unter sozial verträglichen Rahmenbedingungen zu geschehen hätte, müssten Steuern und Sozialabgaben für diesen Personenkreis so abgesenkt werden, dass für den Beschäftigten Brutto- gleich Nettolohn ist, ohne dass es sich um eine unversicherte Beschäftigung handelt. Der Niedriglohnsektor müsse keine Sackgasse sein, sondern könne eine qualifizierende Heranführung an den Arbeitsmarkt sein, so Prof. Walwei. Er sehe gegenwärtig keinen anderen Weg, um die langfristig von Erwerbsarbeit ausgeschlossenen Menschen wieder zu integrieren – ansonsten bliebe nur die dauerhafte Alimentierung dieses ausgegrenzten Personenkreises.

Dr. Christine Bergmann betonte, dass Mini-Jobs und „Mehraufwandsentschädigungen“ für arbeitende ALG-II-Empfänger zwar ein wichtiger Schritt seien, das grundlegende Problem aber noch nicht lösen könnten. Sie plädierte für einen Ausbau des sogenannten „dritten Arbeitsmarkts“, der dauerhafte, öffentlich geförderte Beschäftigungen für Langzeitarbeitslose bereitstellen soll. Es sei dringend notwendig, den Menschen ohne Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt andere Formen der Beschäftigung anzubieten. So hätten zum Beispiel die Kommunen oft kein Geld, um wichtige Aufgaben erledigen zu lassen, während sie gleichzeitig Langzeitarbeitslose alimentieren. Die bisherigen Reformen hätten zwar einen guten Grundstock gelegt, doch müsse man noch weitergehen. So sei bereits praktisch eine Art „Kombi-Lohn“ geschaffen worden: und zwar mit der Möglichkeit,



die staatliche Grundsicherung für Arbeitslose mit einem Mini-Einkommen (unter anderem Mini-Job, 1-Euro-Job) oder einem regulären, unter den Regelsätzen liegenden Erwerbseinkommen zu kombinieren. Bisher würden diese Kombi-Lohnmodelle jedoch nur zufällig entstehen, wie zum Beispiel Call-Center. Es sei jedoch äußerst fragwürdig, wenn der Staat über Transferleistungen für schlecht entlohnte Jobs (in der Regel 600–900 Euro Bruttolohn bei 40–48 Wochenstunden) Call-Center subventioniert. Notwendig sei ein politisch strukturierter Kombilohn, der gezielt Bereiche vorsieht, in denen gesellschaftlich relevanter Bedarf besteht (zum Beispiel Pflege). In diesem Zusammenhang müsse natürlich auch das Thema Mindestlohn geregelt

werden, wobei Dr. Bergmann für eine nicht nur tarifliche Lösung plädierte. Sie betonte, dass der Niedriglohnbereich langfristig existenzsichernd und auch sozialversicherungspflichtig sein müsste.

Zur Frage, wie der Arbeitsmarktkrise begegnet werden sollte, äußerte sich **Dr. Gustav A. Horn** zunächst grundsätzlich: In Deutschland herrsche die Auffassung vor, man könne die Probleme des Arbeitsmarkts nur auf dem Arbeitsmarkt lösen. Dr. Horn hält diese Ansicht jedoch für einen Irrtum: Man könne die Probleme des Arbeitsmarkts mit allen arbeitspolitischen Maßnahmen nur mildern, Brücken bauen, Anreize setzen, fördern und fordern. Doch solange das globale Beschäftigungsrisiko nicht überwunden sei, führten die Brücken am Ende ins Nichts und die Anreize gingen ins Leere.

Was darunter zu verstehen ist, erläuterte Dr. Horn an den Fehlern der Vergangenheit: Die Wachstumskrise der letzten eineinhalb Jahrzehnte in Deutschland habe ihre Wurzel darin, dass die Gütermärkte nicht zur vollen Entfaltung kommen konnten. Mehrere Ursachen seien zusammengekommen: Die deutsche Vereinigung wurde ökonomisch zu einer großen Belastung, die zum Teil falsch verteilt wurde; vor allem die Sozialsysteme wurden überlastet, bis sie in Schieflage gerieten, die Sozialabgaben stiegen und es entwickelte sich ein wachsender Keil zwischen Brutto- und Nettoeinkommen. Viele Probleme, die eigentlich eine gesamtgesellschaftliche, deshalb durch Steuern zu finanzierende Aufgabe gewesen wären, seien den Sozialversicherungen und damit den Kosten von sozialversicherungspflichtigen Beschäf-

tigungsverhältnissen aufgebürdet worden. Zudem habe man häufig finanzpolitisch falsch agiert: Als sich zum Beispiel im Jahr 2000 ein jährliches Wirtschaftswachstum von drei Prozent abzeichnete, sei „fleißig auf die Bremse getreten“ worden, um eine Inflation zu verhindern – was aber die Entfaltung der Gütermärkte nachhaltig verhindere.

Heinrich Tiemann gab Dr. Horn insofern Recht, dass Arbeitsmarktp Probleme nicht nur arbeitsmarktpolitisch gelöst werden könnten; erforderlich seien auch Anstrengungen zum Beispiel in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur. Nur dann könne sich die Binnenwirtschaft und damit der Arbeitsmarkt positiv entwickeln, so dass auch die sozialpolitischen Ziele verwirklicht werden könnten. Hier seien in Deutschland mehr staatliche und private Investitionen notwendig.

Prof. Walwei und **Dr. Horn** waren sich darin einig, dass vor allem die sozialen Sicherungssysteme dringend reformiert werden müssen. Prof. Walwei sprach sich für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme aus, da dieser Schritt in



Kombination mit stärkerer Eigenvorsorge den Abgabenkeil der Arbeitskosten gegenüber dem Netto-Einkommen senken würde. Auch Gustav A. Horn befürwortete eine stärkere Steuerfinanzierung, da sie bessere Anreize schaffe und eine gerechtere Verteilung der Einheitslasten ermögliche.

Dr. Weidenfeld machte darauf aufmerksam, dass Sozialversicherungen und Altersvorsorge nach wie vor sehr stark mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen gekoppelt sind. So werde die Altersvorsorge für die vom Arbeitsmarkt dauerhaft Ausgegrenzten, aber auch für befristet Beschäftigte oder prekäre Selbstständige zunehmend zum Problem: Wie soll zum Beispiel ein Langzeitarbeitsloser für das Alter vorsorgen, wenn er vom Erwerbsprozess und damit von der Alterssicherung ausgeschlossen ist?

Heinrich Tiemann erläuterte dazu, dass das Rentensystem in Deutschland ein „Äquivalenzrentensystem“ ist, das heißt, die Höhe der Rente entspricht den früher im Aktivleben erworbenen Ansprüchen. Ein bis Anfang der 1970er Jahre in Westdeutschland typisches Phänomen sei gewesen, dass vor allem ältere Frauen, die häufig nur eine Hinterbliebenrente oder nur geringe eigene Rentenansprüche hatten, in relativer Armut

lebten. Diese Form der Altersarmut sei in den letzten Jahren verschwunden, da die heutigen Rentner überwiegend eine kontinuierliche Erwerbsbiografie und damit auskömmliche Renten haben. Angesichts der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere der Auflösung der „Normalarbeitsverhältnisse“, würden sich die Biografien der Arbeitnehmer wieder verändern: Erwerbsbiografien mit „Brüchen“ wie Arbeitslosigkeit, prekäre Selbstständigkeit, neue Arbeitsformen wie Mini-Jobs nehmen zu. Diese Entwicklung werde sich auch in geringeren Rentenansprüchen niederschlagen. In den nächsten 10 bis 20 Jahren sei dies aber noch kein Problem. Entscheidend werde sein, wie sich der Arbeitsmarkt in Zukunft insgesamt und die Beschäftigung der verschiedenen Gruppen am Arbeitsmarkt entwickeln wird. Erst dann werde sich auch zeigen, ob Altersarmut zur realen Gefahr wird. Tiemann wies weiter darauf hin, dass die Einkommen der Älteren nicht mehr ausschließlich über die Rente finanziert würden. Zukünftig kämen Einkommen aus der betrieblichen Altersvorsorge und der zusätzlichen privaten Altersvorsorge (zum Beispiel Riester-Rente) hinzu.

Dr. Ursula Weidenfeld zeigte sich verwundert, dass es in der Öffentlichkeit so wenig Widerspruch zur Riester-Rente gegeben habe. Riester habe schon damals von der zukünftigen Normalität „gebrochener Erwerbsbiografien“ gesprochen und dass man in Zukunft in verschiedenen Beschäftigungsformen, nicht mehr unbedingt in sozialversicherungspflichtigen Verhältnissen, arbeiten werde. Diese Aussagen seien mehr oder weniger hingenommen worden, man habe diese Entwicklung und die damit verbundenen Folgen kaum problematisiert. Inzwischen scheint aber doch allgemein deutlich zu werden, dass diese Arbeitsverhältnisse zum Problem werden und bis in die gesellschaftliche Mitte reichen, worauf Herr Tiemann ja hingewiesen habe.

Dr. Gustav A. Horn betonte die Verantwortung der Wirtschaft bei der Lösung der Arbeitsmarktkrise. Allerdings sei hier in den letzten Jahren eine bedenkliche Tendenz festzustellen, die mit einer starken Veränderung der Unternehmenskultur einhergehe. Früher seien Unternehmen nach Wachstumsaussichten aufgrund originär unternehmerischer Ziele beurteilt worden. Heute dagegen würden als Beurteilungsmaßstab zunehmend Kriterien der globalisierten Finanzmärkte herangezogen, denen zum Teil völlig überhöhte Renditevorstellungen zugrunde liegen, die die realen Möglichkeiten der Gütermärkte weit überschreiten. Horn skizzierte einen verhängnisvollen Mechanismus: Unternehmensleitungen werden von international agierenden Finanzinvestoren unter Druck gesetzt, eine unrealistisch hohe Rendite zu erzielen. Mit verschiedenen Methoden wird dann auf Kosten der Arbeitnehmer (betriebliche Lohnsenkung, Abbau übertariflicher Leistungen) versucht, kurzfristig eine überzogene Rendite zu erzielen. Zugleich finde ein massiver Entwertungsprozess der Arbeit gegenüber dem Kapital als Produktionsfaktor statt. Das

häufig zur Legitimation solcher Maßnahmen vorgebrachte Argument, die Arbeitskosten seien zu hoch, würde nicht tragen. Denn im internationalen Vergleich gehöre Deutschland hier keineswegs zu den Spitzenreitern; der Dienstleistungsbereich tendiere sogar schon zum Teil in Richtung Niedriglohn.

Schließlich wurde darüber diskutiert, ob die Politik angesichts globaler Märkte und internationaler Standortkonkurrenz überhaupt noch die erforderlichen Handlungsspielräume hat, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen.

Dr. Weidenfeld wandte sich an Herrn Tiemann als Vertreter der Bundesregierung, wie er die Handlungsspielräume der Politik in dieser Frage einschätzt. Nationale Politik habe doch schon angesichts der europäischen Integration nur noch begrenzte Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten: So könne die Bundesregierung zwar eine deutsche Arbeitsmarktpolitik betreiben, aber weder in Fragen der Geldpolitik noch der Handelspolitik souverän entscheiden. Praktisch stünden der Bundesregierung eigentlich keine Instrumente mehr außer Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik zur Verfügung.

Heinrich Tiemann zeigte sich hier optimistisch. Seiner Ansicht nach sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Staats durchaus vorhanden. Es gäbe zahlreiche Parameter, wo staatliche Politik auf die Wettbewerbssituation und sozioökonomische Lage im jeweiligen Land Einfluss nehmen könne, zum Beispiel im Bereich Bildung und Forschung, im Einsatz von Arbeitskräften oder im Umgang mit randständigen Gruppen am Arbeitsmarkt. Er denke nicht, dass – abgesehen von der Währungspolitik – der Staat heute weniger wirksame Handlungsmöglichkeiten habe als früher. Auch die Föderalismusreform könne entscheidend dazu beitragen, die staatliche Handlungsfähigkeit insgesamt zu stärken. Die staatlichen Ebenen müssten ihre Möglichkeiten aber nutzen.

In der **Diskussion mit dem Publikum** spielte die Frage der Handlungsmöglichkeiten nationaler Politik ebenfalls eine wichtige Rolle: So wurde Skepsis geäußert, ob die Politik angesichts der durch Globalisierung und EU-Integration eingeschränkten nationalen Gestaltungsspielräume überhaupt noch angemessene Steuerungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt hat. Auch wurde vermutet, dass der Staat früher bessere Möglichkeiten und effektivere Instrumente hatte, um in die Prozesse am Arbeitsmarkt einzugreifen.

Ein anderer Punkt war die Integration der älteren Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungszahl der Älteren sei von 1999 bis heute schon nennenswert erhöht worden, von 39 auf Mitte 40 Prozent: Ist hier noch mit einer weiteren Zunahme zu rechnen? Nach **Prof. Walwei** ist das Lissabon-Ziel, 50 Prozent der älteren Beschäftigten bis 2010 in den Arbeitsmarkt zu integrieren, nur bei einer stärkeren Wirtschaftsdynamik zu erreichen. Eine wesentliche Bedingung sei aber auch, dass die Arbeitnehmer ihre Beschäftigungsfä-



higkeit stärken und sich entsprechend weiterqualifizieren. Entsprechende Anreize und Möglichkeiten müssten noch geschaffen werden; auch die Unternehmen hätten die Aufgabe, die Fähigkeiten und Eigenschaften älterer Arbeitnehmer nicht nur verbal zu schätzen, sondern bei

betrieblicher Weiterbildung und bei Einstellungen auch entsprechend zu handeln.

Zum Abschluss wurde angesprochen, ob der „Arbeitsgesellschaft“ nicht auf Dauer die Arbeit ausgehe. Natürlich sei grundsätzlich genug Arbeit da, so ein Diskussions Teilnehmer; entscheidend sei jedoch, dass neue Beschäftigungsmöglichkeiten in wachsenden Wirtschaftsbereichen erschlossen werden.

PANEL 3:

Verlorene Bindungen?

– Familiäre und außerfamiliäre Strukturen

Prof. Dr. Hans Bertram

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Mikrosoziologie; Vorsitzender der
7. Familienberichtskommission des Deutschen Bundestages

[Kerstin Griese, MdB

Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
(Teilnahme zugesagt, war wegen einer kurzfristig anberaumten Bundestagsabstimmung
jedoch verhindert.)

Barbara Stolterfoht

Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Berlin

Heike Zirden

Projektleiterin „dieGesellschafter.de“ im Rahmen der „Aktion Mensch“, Bonn

Moderation:

Bernd Schüler, Freier Journalist, Vorstandsmitglied des Patenschaftsprogramms biffy
Berlin – Big Friends for Youngsters e.V., Berlin

PROF. DR. HANS BERTRAM

Impulsvortrag

Institut für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Vorsitzender der 7. Familienberichtskommission des deutschen Bundestages

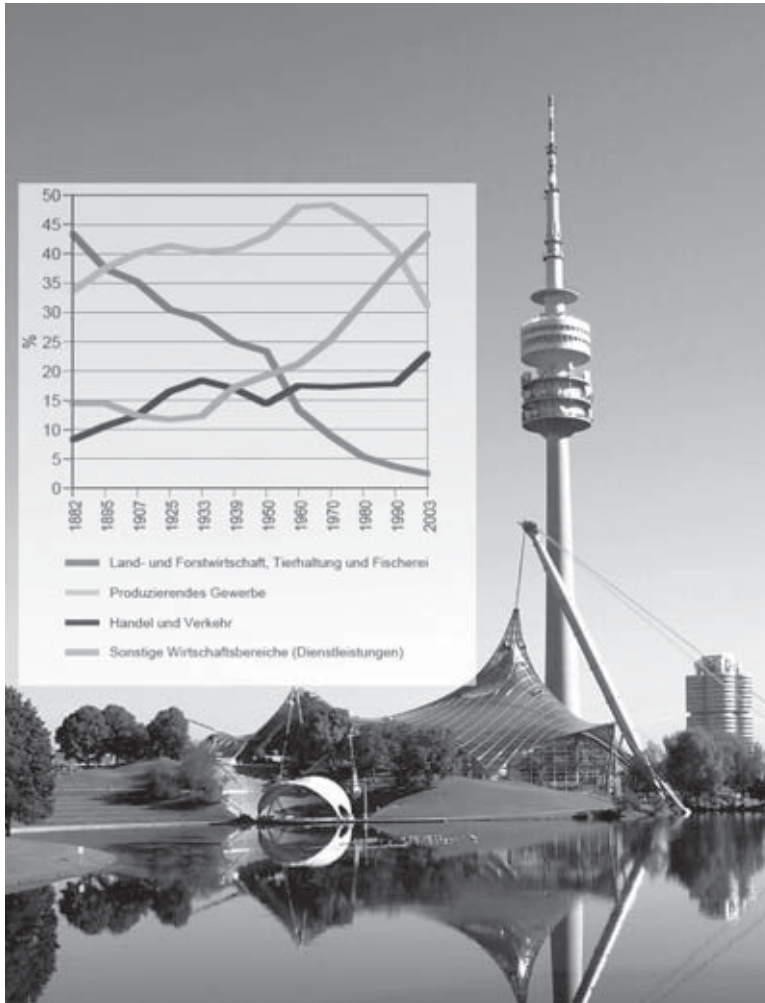
In meinem heutigen Vortrag möchte ich deutlich machen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten mit Herausforderungen konfrontiert sein werden, die sich schon einmal vor über 150 Jahren in anderer Weise abgezeichnet haben. Und ich möchte kurz darstellen, wie man



– möglicherweise – mit diesen Herausforderungen umgehen kann.

Zunächst zur Frage, wie die Zukunft der ökonomischen Basis der Bundesrepublik aussehen wird. Auf diesem Bild sehen Sie im Hintergrund ein zylinderartiges Hochhaus, das eine bayrische Automobilfabrik beherbergt. In dieser Automobilfabrik werden Autos produziert, von denen kein Auto, das diese Fabrik verlässt, dem andern gleicht. Es handelt sich also um eine industrielle Produktion, die hoch individualisiert ist. Das hat ganz erhebliche Konsequenzen für die Beschäftigungsstruktur innerhalb dieser Fabrik, weil man plötzlich viel weniger Bandarbeiter braucht, die Gleichförmiges tun. Dafür braucht man aber sehr viel mehr Leute, die in der Distribution tätig sind, sehr viel mehr Designer, sehr viel mehr Leute, die sich mit der Kommunikation und der Interaktion mit den Kunden beschäftigen. Das heißt, auch die industrielle Produktion in der Bundesrepublik ist einem Individualisierungsprozess in der Produktionsstruktur unterworfen, was auch für die Arbeitszeiten eine ganz erhebliche Bedeutung hat.

Dazu ein Beispiel: Wenn Sie ein Softwareprogramm schreiben, dann können Sie es nicht unbedingt von 8 bis 16 Uhr schreiben, denn Sie sind vielleicht nachts um 2 Uhr besonders kreativ. Also muss Ihnen die Möglichkeit gegeben werden, dass Sie nachts um 2 Uhr dieses tun können und nicht morgens um 8 Uhr im Büro sein müssen. Auch im Kern der industriellen Güterproduktion sind demnach Individualisierungsprozesse zu beobachten.



Vor der Automobilfabrik sehen Sie den Fernsehturm. Als dieser Turm gebaut wurde, konnte sich noch keiner vorstellen, dass eine ganze Industrie entstehen würde, die im Grunde genommen keine materiellen Güter verkauft, sondern Kommunikation: ein völlig neuer Produktionszweig, der zwar auch industriell organisiert ist, aber nicht mehr etwas wirklich Handfestes verkauft. Der Produktionszweig Kommunikation hat sich völlig neu neben den anderen Produktionszweigen entwickelt und ist stark expansiv.

Auch im Bereich der Freizeit zeigt sich, dass man heute hier nicht mehr ohne Technik auskommt. Zum Teil handelt es sich sogar um anspruchsvolle Hochtechnologie, was das Dach des Münchner Olympiageländes meines Erachtens sehr gut dokumentiert. Das gilt aber auch für andere Dinge in diesem Bereich: Wenn Sie beispielsweise einmal eine große Firma besuchen, die Schuhe zum Laufen herstellt, werden Sie feststellen, wie komplex diese Produkte inzwischen geworden sind.

Ein entscheidendes Element der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist, dass in der industriellen Produktion und in den damit zusammenhängenden Bereichen erhebliche Individualisierungsschübe stattgefunden haben, mit denen man umgehen muss.

Ich habe in dieses Foto eine Grafik über die Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche eingefügt. Wir sehen, 1882 gab es etwa 35 Prozent Beschäftigte in der Industrie. Es hat bis 1970 gedauert, bis 50 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt waren. Das heißt, wir haben gut 100 Jahre gebraucht, um die Industriegesellschaft zu entwickeln. Wir haben aber nur etwa 25 Jahre gebraucht, um diese Industriegesellschaft gründlich zu destruieren. Was den Anteil der in der Industrie Beschäftigten an-

geht, befinden wir uns nun wieder ungefähr auf dem Niveau, an dem Karl Marx darüber nachdachte, wie die Situation des Arbeiters in der Industriearbeit zu gestalten sei.

An dieser Entwicklung wird deutlich: Der Transformationsprozess von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft hat sich in Deutschland offensichtlich relativ schnell und dramatisch vollzogen. Und nun eine Feststellung, die möglicherweise im Widerspruch zu den Aussagen meiner Vorredner steht: Ich denke, die Bundesrepublik hat den Übergang verhältnismäßig gut geschafft – zumindest was den ökonomischen Teil angeht. Von der Industrie ist zwar häufig die Klage zu hören, dass bei uns alles so furchtbar und schlecht sei. Doch man muss ganz klar sehen, dass in Deutschland in 25 Jahren der Übergang von einer klassischen Industriegesellschaft in eine sehr moderne Industriegesellschaft ganz gut bewältigt wurde. Das wird besonders im Vergleich mit England deutlich, wo praktisch der gesamte industrielle Sektor verschwand und – brutal gesagt – durch einen Handelskapitalismus ersetzt wurde. In Deutschland ist davon auszugehen, dass die industriellen Kerne auf Dauer weiter bestehen bleiben.

Diese Tendenz findet sich auch in den neuen Bundesländern, in denen sich keinesfalls irgendein Handelskapitalismus entwickelt. Vielmehr bilden sich dort langsam – und das ist das Spannende – solche industriellen Kerne heraus. Das gilt zum Beispiel für Dresden, aber auch für Leipzig.

Nichtsdestotrotz mussten alle Länder zunächst einen Rückgang der industriellen Produktion durchmachen. Jetzt kommt ein schönes Zitat, das angeblich auf Bill Clinton zurückgeht: *It's stupid, it's economy*. Warum erzähle ich Ihnen das? Weil der Wandel familiärer Lebensformen in unserer Gesellschaft sehr viel mit dem ökonomischen Wandel zu tun hat.

Sie können diesen Zusammenhang an der Grafik eines amerikanischen Kollegen nachvollziehen. Die Amerikaner können sich bei der Erhebung von Daten viel glücklicher schätzen als wir, weil sie seit 1790 den Zensus haben. Das bedeutet, sie konnten seit 1790 im Abstand von zehn Jahren kontinuierlich beobachten, was in ihrer Gesellschaft vor sich geht. Dagegen gibt es bei den Daten in Deutschland durch unsere problematische historische Vergangenheit immer irgendwelche Brüche, so dass wir diese Entwicklungen nicht so gut darstellen können. In dieser Grafik kann man sehen, dass parallel zum Aufstieg der Industriegesellschaft auch jene Lebensform zugenommen hat, die wir als Familie der Industriegesellschaft oder auch manchmal als traditionelle Familie bezeichnen. Diese Form der Familie ist gekennzeichnet durch eine klare Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit des Mannes. Der entscheidende Punkt ist hier, dass sie den gleichen Aufstieg erlebt hat wie der Anteil der Industriebeschäftigten: Diese Entwicklungen verlaufen völlig parallel. Dagegen ist die Familie der Farmgesellschaft zurückgegangen; die

Farmerfamilie, die um 1790 noch 70 Prozent der Lebensformen ausmachte, ist inzwischen fast ganz verschwunden.

Mit dem beginnenden Rückgang der industriegesellschaftlichen Familie entstehen neue Familientypen. Eine amerikanische Studie kam zu dem Ergebnis, dass der heute dominante Familientyp in den USA zwei Kernelemente hat: erstens das Paar, das beide in der ökonomischen Verantwortung für die Familie sieht und zweitens das Modell des Alleinerziehenden. Diese beiden Kerne einer neuen Familienstruktur haben sich demnach parallel zur gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung herausgebildet.

Betrachtet man die entsprechenden Zahlen ab 1950 für Deutschland, kann man feststellen, dass wir in Bezug auf diese Entwicklungen den Amerikanern immer etwa zehn Jahre hinterherhinken. Etwa ab 1970 bricht das bei uns in ähnlicher Weise ab.

Diese Entwicklungen haben für das Thema, über das ich heute ausführlicher sprechen möchte, nämlich „Fürsorge“, eine ganz erhebliche Bedeutung. Meine amerikanische Kollegin Arlie Hochschild – die in ihrem Buch *Die zweite Schicht* die Frage der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und der Berufstätigkeit untersuchte – hat diesen Prozess unter der Frage der „Fürsorge für andere“ analysiert. Sie stellt fest: In der Industriegesellschaft gab es im Grunde genommen ein sehr luxuriöses Modell der Fürsorge. Man ging davon aus, dass ein Teil der Gesellschaft, nämlich der weibliche Teil, für die Fürsorge zuständig ist, und der männliche Teil für die Erwerbsarbeit. Sie nennt diese gesellschaftliche Aufteilung das „traditionelle warme Modell“, um deutlich zu machen, dass in dieser Gesellschaft offensichtlich in sehr großem Umfang Zeit organisiert wurde, die der Fürsorge für andere galt.

Wir stehen heute vor folgendem Problem: Im Zuge der ökonomischen Entwicklung wird das klassische Modell zunehmend durch ein neues Modell ersetzt, in dem Fürsorge nicht mehr zwangsläufig geschlechtsspezifisch organisiert ist. Nun stehen wir also vor der Frage, wie wir Fürsorge anders organisieren können. Zwei Antworten sind möglich:

Die eine Antwort bezieht sich auf den Markt. Wir können Fürsorge käuflich organisieren. Wir brauchen nicht lange darüber nachzudenken, was es bedeutet, wenn wir Fürsorge über den Markt regeln: Es wird systematisch Ungleichheit produziert. Der Markt ist schlicht und einfach dafür da, Ungleichheit zu erzeugen.

Er ist schließlich ein wettbewerbsförmiges System, dem immanent ist, dass sich diejenigen im Marktgeschehen durchsetzen, die besonders effizient sind. Arlie Hochschild fragt ganz zu Recht, ob wir denn in einer modernen Gesellschaft leben möchten, in dem auch der Bereich der Fürsorge für andere marktförmig organisiert ist. Sie sagt sehr klar, dass sie das nicht für sinnvoll hält und bringt zwei theoretische Argumente. Das erste Ar-

gument lässt sich mit dem amerikanischen Wort „care“ sehr schön verdeutlichen. Wenn wir im Deutschen über Fürsorge sprechen, dann denken wir immer an Fürsorgeverbände oder Ähnliches, während in dem Wort „care“ etwas steckt, das mit unserem Thema sehr viel zu tun hat. „Care“ meint: Ich bin bereit, mich an jemand anderen zu binden, weil ich zu ihm eine Liebesbeziehung habe, und in dieser Liebesbeziehung bin ich bereit, etwas für ihn zu tun. Dieses Element der Liebe, das auch in dem deutschen Wort „Caritas“ steckt – das aber leider bereits durch einen großen Wohlfahrtsverband besetzt ist –, ist im deutschen Wort „Fürsorge“ nicht enthalten. Hochschild meint aber, dass „care“ nur dann entstehen kann, wenn solche Bindungen zu anderen entwickelt werden und man bereit ist, in jemand anderen etwas zu investieren – und zwar ohne zu hoffen, dass man von ihm etwas zurückbekommt. Es ist also keine reziproke Beziehung, sondern es ist die Bereitschaft, für jemand anderen etwas zu tun, ohne von vornherein zu glauben, dass dieses von der anderen Person tatsächlich honoriert wird.

Mit solchen Thesen haben Ökonomen in der Regel große Schwierigkeiten, da sie häufig mit Opportunitätskosten argumentieren. Aber es gibt auch Ökonomen wie Nancy Fraser, lange Zeit führende Theoretikerin der Feministischen Ökonomie. Sie hat deutlich gemacht, dass es auch in einer ökonomischen Argumentation sehr sinnvoll sein kann, eine solche Betrachtungsweise der Sorge für andere ohne Reziprozitätserwartung einzunehmen.

Noch einmal zum ersten Argument: Wir können Fürsorge nicht marktmäßig organisieren, weil wir dann möglicherweise genau dieses Element der Bindung an andere verlieren. Denn Marktförmigkeit führt zu Ungleichheit. Für eine Gesellschaft ergibt sich daraus die Frage, ob man dies akzeptieren soll. Fast alle Theoretiker der Soziologie, ganz egal, ob konservative Autoren wie James Coleman oder eher linke Autoren wie Claus Offe, sind sich in einem Punkt einig:

Moderne Gesellschaften können eigentlich nur funktionieren, wenn die Möglichkeit für „care“ – sie benutzen den Ausdruck „Sozialkapital“ – hinreichend vorhanden ist. Wir brauchen also auch diesen Teil der modernen Gesellschaft. Doch es bleibt die Frage: Wie können wir das organisieren?

Ich möchte zunächst auf einige Probleme hinweisen.

Das erste Problem: Wir haben keine Zeit für Fürsorge mehr, insbesondere in den modernen Berufen. Ich beziehe mich bei dieser Aussage auf relativ harte demografische Fakten, die auch in anderen Ländern zu beobachten sind. In den klassischen Berufen – zum Beispiel Landwirt, Industrie- und Werkzeugmacher, Heizungs- und Lüftungsbauer – ist die Zahl der Menschen mit Partnerschaften und Kindern relativ hoch. Je mehr man sich in der Berufsskala hinsichtlich der Qualifikation nach oben bewegt, desto weniger

Partnerschaften und Kinder sind festzustellen. Ganz oben befinden sich die Publizisten, die zu 40 Prozent in der untersuchten Altersgruppe partnerlos und zu 70 Prozent kinderlos sind. Fast alle Menschen in den modernen Berufen – seien es Softwareentwickler, DV-Beratungsleute und Ähnliches – haben offensichtlich diese Zeit für „care“ und feste Bindungen sehr viel weniger. Es gibt hier also einen klaren Zusammenhang.

In Bezug auf die weiblichen Reproduktionsraten bedeutet das: Wenn es in unserer Gesellschaft noch ganz viele Landwirtinnen gäbe, hätten wir kein demografisches Problem. Denn sie reproduzieren sich immer noch mit der Rate 2,3 – trotz hoher Arbeitszeitbelastung. Je näher man sich aber zu den modernen Berufen bewegt – weit unten stehen zum Beispiel die Geschäftsführerinnen –, desto niedriger ist die Nettoreproduktionsrate, auf 1.000 Frauen kommen inzwischen nur noch 800 Geburten. Wenn sich diese Frauen entscheiden, in eine solche Position aufzusteigen, dann bleiben sie in der Regel also kinderlos. Diesen Zusammenhang spiegelt auch das politische System wider. Die Ursache liegt aber nicht in der Veränderung einzelner Menschen, sondern in den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses.

Während der Industriegesellschaft haben sich alle Klassiker der Gesellschaftstheorie – Marx, Hegel, Tocqueville – mit der Frage auseinandergesetzt, wie auch in einer Industriegesellschaft Fürsorge für andere organisiert werden kann. Hegel hat sich für das klassische Modell, das wir heute noch haben, sehr stark gemacht. Tocquevilles Modell beruhte auf einem Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Partnern zugunsten eines dritten Schwächeren, nämlich der Kinder; hier sind die Eltern lediglich „care-taker“ der Kinder und nicht Keimzelle der Gesellschaft.

Ich will auf diese unterschiedlichen Ansätze nicht weiter eingehen, sondern einen Aspekt betonen: Zu Beginn der Industrialisierung gab es eine massive Auseinandersetzung über die Möglichkeit, Fürsorge in einer Industriegesellschaft zu organisieren. Im Unterschied dazu diskutieren wir heute – leider – viel zu wenig über diese Frage, weil wir sie eher als ein technisches Problem betrachten. Tatsächlich ist es aber eine wichtige Grundsatzenscheidung, wie in modernen Gesellschaften neben der ökonomischen Entwicklung auch die soziale Entwicklung neu organisiert werden kann.

Das gleiche Problem zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in Schweden: Hebammen oder Erzieherinnen in Schweden bekommen viele Kinder, während zum Beispiel Sozialwissenschaftlerinnen relativ wenig Partnerschaften und Kinder haben. Die Muster sind also ähnlich, doch es gibt einen wesentlichen Unterschied:

In praktisch allen europäischen Ländern ist dieses Phänomen – trotz ähnlicher Entwicklung – nicht so stark ausgeprägt wie in Deutschland. Nun kommt der erste Erklä-

rungs- und Lösungsversuch. Betrachtet man die wöchentliche Arbeitszeit von Paaren, wird deutlich, dass die Bundesrepublik keineswegs ein „Freizeitpark“ ist. Paare arbeiten zu 50 Prozent mehr als 80 Stunden pro Woche. Wir werden hinsichtlich der Arbeitszeit nur von den Amerikanern überboten, die noch mehr Stunden arbeiten, während in Schweden, den Niederlanden und selbst im Vereinigten Königreich die Arbeitszeit von Paaren geringer ist.

Damit ist bereits ein wichtiger Punkt genannt: Offenbar wird die erforderliche Zeit für Fürsorge dann ein Problem, wenn die Zeit der Präsenz am Arbeitsmarkt hoch ist. Leider wird in den Debatten über Arbeitszeitverlängerung und Ähnliches nur selten thematisiert, wie eine solche Entwicklung mit Fürsorge vereinbart werden kann. Aber es gibt zum Glück Ausnahmen. Als es um die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte von 41 auf 42 Stunden ging, wurde entschieden, dass Väter bzw. Mütter diese Arbeitszeiterhöhung dann nicht mitmachen müssen, wenn ein Kind unter zwölf Jahren zu versorgen ist. Auch in manchen Gewerkschaften werden inzwischen solche Überlegungen angestellt. Denn es ist eine entscheidende Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die notwendige Zeit für Fürsorge vorhanden ist. Es ist völlig klar: Wenn beide Partner voll in das Erwerbsleben integriert sind, fehlt ihnen die Zeit für andere.

Jetzt könnte man dieses Problem einfach lösen, indem man wieder ins alte Familienmodell zurückkehrt: „ab in die 50er Jahre“. Dieser Weg ist jedoch durch den Wandel unserer Gesellschaft verbaut.

Werfen wir nun einen Blick auf die einzelnen Bundesländer im Hinblick auf Transfer Einkommen, Erwerbstätigkeit und Unterhalt durch Angehörige im Zeitraum 1991 bis 2003.

Man kann sehen, dass in allen Bundesländern die Erwerbstätigkeit von Frauen an Bedeutung gewonnen hat und der Anteil der Frauen, die von Angehörigen leben, deutlich zurückgegangen ist. Interessanter ist allerdings, dass die staatlichen Transferleistungen für Frauen deutlich angestiegen sind. Der Rückgang der Unterstützung durch Angehörige ist also nur teilweise durch zunehmende Erwerbstätigkeit ersetzt worden. Diese Tendenz zeigt sich auch in den neuen Bundesländern: 1991 waren etwa 35 Prozent von Transfer Einkommen abhängig, heute etwa 41 Prozent, wobei ungefähr die Hälfte dieser Zunahme auf den Rückgang der Unterstützung durch Angehörige zurückzuführen ist.

Um diesen Befund noch einmal zu verdeutlichen: Bei der weiblichen Bevölkerung zwischen 35 und 45 Jahren zeigt sich der wesentliche Unterschied zwischen Ost und West nicht im Anteil der erwerbstätigen Frauen: In diesem Alter schwanken die Erwerbsquoten zwischen 58 und 71 Prozent. Die entscheidende Differenz zwischen alten und neuen Bun-

desländern zeigt sich vielmehr im Anteil derjenigen, die noch im traditionellen Modell leben. Dieser Anteil wurde aber nicht durch zunehmende Erwerbstätigkeit ersetzt, sondern durch zunehmende staatliche Transfereinkommen.

Betrachten wir exemplarisch ein Bundesland: In Sachsen leben heute etwa 51 Prozent aller Frauen von staatlichen Transfereinkommen und nur noch 19 Prozent vom eigenen Erwerbseinkommen. Entgegen aller Hoffnungen führen die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse also nicht dazu, dass es einen nahtlosen Übergang vom klassischen Modell in das Modell der „dual earner“ gibt. Offensichtlich schiebt sich der Staat als Instanz dazwischen, indem Transfereinkommen an die Stelle von Erwerbseinkommen treten.

Aus diesen Ergebnissen wird deutlich: Eine große Herausforderungen bei der Weiterentwicklung des neuen Modells besteht darin, die Frage zu klären, wie Arbeit in einer modernen Gesellschaft verteilt werden soll. Die ökonomische Selbstständigkeit eines Paares setzt voraus, dass entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sind. Es ist völlig klar, dass dieser Prozess nicht nahtlos funktioniert, sondern mit immensen Friktionen verbunden ist. Denn das, was in der Logik dieses modernen Modells liegt – beide Partner sind am Arbeitsmarkt präsent und haben gleichermaßen Zeit für Fürsorge –, bricht sich offensichtlich schon daran, dass nicht hinreichend Präsenz am Arbeitsplatz möglich ist. Das gilt für Männer wie für Frauen. In Berlin sind in dieser Altersgruppe von 35 bis 45 Jahren inzwischen mehr Frauen erwerbstätig als Männer, weil es in Berlin mehr Arbeitsplätze für Frauen als für Männer gibt.

Wir haben also ein großes Problem. Dieses neue Modell, das Hernandez beschrieben hat, setzt auch eine bestimmte ökonomische Grundstruktur voraus, nämlich eine egalitäre ökonomische Basis der Familie, die aber noch nicht vorhanden ist. Zurück in das alte traditionelle Familienmodell funktioniert aus zwei Gründen nicht. Erstens: Das Einkommen eines Einzelnen reicht heute in der Regel nicht mehr aus, um eine Familie zu managen. Zweitens: Die Möglichkeiten des ökonomischen Fortschritts in der Bundesrepublik waren im Wesentlichen überhaupt nur durch die Integration der Frauen in diese neuen Bereiche möglich.

Würde beispielsweise eine große deutsche Bank in Frankfurt am Main entscheiden, dass alle Frauen zu Hause bleiben sollen, dann müsste diese große deutsche Bank schließen, weil ungefähr 55 Prozent der dort Beschäftigten weiblich sind.

Ein Weg zurück wäre also nur möglich, wenn wir auf das ökonomische Niveau der 1950er Jahre zurückgingen und das auch könnten – was ich allerdings bezweifle und außerdem für hoch problematisch hielte.

Das erste Problem ist, glaube ich, deutlich geworden.

Das zweite Problem in Bezug auf Bindung und Fürsorge will ich am Beispiel Berlins aufzeigen. Große Städte leiden unter einer Tendenz, die mein Kollege Klaus Peter Strohmeier als „doppelte Polarisierung“ bezeichnet hat. Wir können auf der einen Seite feststellen, dass in den großen Städten wie Berlin jedes Jahr etwa 6.000 Kinder unter sieben Jahren auswandern – und die „falschen“ Eltern mitnehmen, nämlich die sogenannten Besserverdienenden, die mit ihren Kindern die Stadt verlassen und sich im Umland ansiedeln. Auf der anderen Seite wandern etwa 4.000 Kinder in die Städte ein, die Eltern mit Migrationshintergrund mitbringen – das gilt nicht nur für Berlin, sondern praktisch für alle Großstädte. Es findet also ein enormer Prozess der Entdifferenzierung statt.



Die Folge daraus ist, dass in den großen Städten Polarisierungstendenzen entstehen, weil die Eltern, die auswandern, und die Eltern, die zuwandern, sich an unterschiedlichen Orten konzentrieren. An Berlin lässt sich das sehr schön zeigen: Ostberlin hatte – historisch gesehen – eigentlich nie eine ausländische Population. Inzwischen ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund auch in den östlichen Bezirken sehr hoch, weil die Zuwanderer aus Osteuropa dort vom Sozialamt in die entsprechenden Sozialwohnungen eingewiesen werden. Die Reproduktionsrate liegt in diesen Gebieten bei über zwei. Zum Vergleich: In den Stadtteilen, in denen sich überwiegend Deutsche reproduzieren, liegt die Reproduktionsrate bei eins. Die Konsequenz ist klar: Es gibt einen sehr schnellen Aufwuchs von Kindern mit nichtdeutschem Hintergrund in bestimmten Bezirken, und in anderen Bezirken haben wir fast gar keine Kinder mehr.

Mit der These der „doppelten Polarisierung“ ist Folgendes gemeint: Die Erfolgsmodelle von Lebensformen in den Städten sind nur noch das Paar oder der Single, weil die erfolgreichen Familien sich gar nicht mehr in den Städten befinden bzw. sie verlassen haben. Die Familien in den Städten sind eher „Verlierermodelle“, weil sie von Menschen gelebt werden, die in unsere Gesellschaft nicht voll integriert sind oder überwiegend von Sozialhilfe leben. Dies zeigt sich an sehr einfachen Relationen in den großen deutschen Städten: Der Anteil der Kinder unter sieben Jahren, die von Sozialhilfe leben, ist in den

großen Städten wie Hamburg, Bremen, Berlin und Essen etwa dreimal so hoch wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechen würde. In den kleineren Städten und Regionen entspricht der Anteil der in Sozialhilfe lebenden Kinder entweder ihrem Anteil an der Bevölkerung oder er ist teilweise sogar niedriger. Auch hier ist also eine enorme Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft festzustellen.

Ein anderes großes Problem: Insbesondere in den großen Städten wird ein bestimmter Teil der Bevölkerung zunehmend aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt – aus welchen Gründen auch immer.

Und das dritte Problem will ich auch noch kurz ansprechen: Seit 1961 waren immer zwischen 39 und 41 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig. Die ganz großen Verschiebungen hat es in diesem Zeitraum nicht zwischen den Erwerbstätigen und den Angehörigen gegeben, sondern zwischen den Erwerbstätigen und den Rentnern. Ein zunehmend größerer Prozentsatz von Menschen scheidet aus dem Erwerbsprozess aus, weil er älter wird. Dadurch stimmt für diese Gruppe ein wesentlicher Integrationsmechanismus unserer Gesellschaft nicht mehr: nämlich Teilhabe über Erwerbsarbeit. Je älter wir werden, desto größer wird dieser Anteil werden.

Im Grunde genommen haben wir also drei große Probleme, die zwar relativ einfach zu benennen, aber nicht ganz so einfach zu lösen sind:

- Das erste große Problem: Wir haben einen Wandel der Familienstrukturen, der eine neue Organisation von Fürsorge notwendig macht. Das ist aber nicht leicht zu organisieren, weil Arbeitsplätze fehlen und auch nicht genügend Zeit vorhanden ist.
- Das zweite große Problem: Wir erleben in Bezug auf Kinder, insbesondere in den großen Städten, ganz massive Ausgrenzungsprozesse, die naturwüchsig erscheinen, obwohl sie natürlich nicht naturwüchsig sind.
- Das dritte große Problem: Wenn wir Teilhabe nur über Erwerbsarbeit definieren, bedeutet dies notwendigerweise, dass durch das zunehmende Ausscheiden der älteren Generation aus dem Erwerbsprozess ein immer größerer Prozentsatz der Menschen von dieser Teilhabe ausgeschlossen wird.

Nun die Makro-Perspektive: Betrachtet man den Verlauf der Geldströme, kann man etwas Interessantes herausfinden, nämlich die Bereiche, in die unsere Gesellschaft am meisten investiert. Deutschland investiert ähnlich wie Frankreich viel in die Rente. Deutschland investiert auch viel in die Gesundheit – nimmt man gesetzliche und private Kassen zusammen, macht das über zehn Prozent aus.

Deutschland betreibt also einen enormen finanziellen Aufwand für Rente und Gesundheit, während andere Länder wie beispielsweise Schweden und Dänemark in diesen Be-

reichen sehr viel weniger investieren. Stattdessen investieren sie sehr viel mehr in den Arbeitsmarkt – in Dänemark gegenwärtig immerhin zehn Prozent, in Deutschland sind es dagegen nur 5,4 Prozent. Wir lösen Teilhabe über den Weg, durch Geldtransfers sehr viele Menschen sehr schnell aus dem Arbeitsmarkt zu entfernen, während zum Beispiel die Dänen offenbar viel Geld in aktive Arbeitsmarktpolitik investieren, dadurch mehr Menschen im Arbeitsmarkt halten und deswegen auch weniger in die Rente investieren müssen.

Besonders wenig investieren wir in die Kinder, nämlich 1,9 Prozent, während alle anderen Länder in diesen Bereich relativ viel investieren.

An diesen Investitionsströmen kann man bestimmte gesellschaftspolitische Entscheidungen ablesen. Wir investieren zunächst in den Besitzstand meiner Generation, das heißt, alle zerbrechen sich den Kopf darüber, dass es mir und meinen Altersgenossen auf Dauer gut geht. Dies ist heute das Grundmodell unserer Politik: Es geht vor allem darum, die Rente für die nächsten zwanzig Jahre sicher zu machen. Auch das Gesundheitssystem wollen wir für die nächsten zwanzig Jahre sicher machen. Für meine Generation ist das wunderbar, weil wir damit eine gesicherte Zukunft haben. Doch es wird eindeutig nichts in Kinder investiert. Wir sagen: Die nächste Generation soll das irgendwie hinkriegen. Wir investieren aber auch nichts in Arbeitsmärkte, um beispielsweise der jüngeren Generation eine Chance zu geben, an den Arbeitsmärkten zu partizipieren. All das sind gesamtgesellschaftliche Entscheidungen.

Die erste These, die ich daraus ableiten möchte, lautet: Wir werden den sozialen Wandel nicht schaffen, wenn wir uns nicht darüber bewusst werden, dass diese gegenwärtig laufenden Investitionsströme nicht richtig gewählt sind. Um das noch einmal an einem Beispiel klar zu machen: Die Finnen hatten Anfang der 1990er Jahre mit der gleichen sozialen Krise zu kämpfen wie wir. Sie haben daraufhin im Gesundheitsbereich fast zwei Prozent gekürzt. Im Bereich für Kinder haben sie nur 0,4 Prozent gekürzt, zudem von einem relativ hohen Niveau aus: In Finnland wird immer noch fast vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die unter sechsjährigen Kinder ausgegeben. Das ist eine völlig andere Investitionsentscheidung als in Deutschland. Und diese Frage, in was wir eigentlich investieren wollen, ist auf der obersten politischen Ebene zu entscheiden.

Fest steht: Wenn wir bei unserem Investitionsmodell bleiben, wird die Frage der Fürsorge nicht in angemessener Weise gelöst werden können.

Ich möchte nun unser familientheoretisches Modell dagegensetzen, das Zeit, Geld und Infrastruktur verbindet, denn hier liegt in meinen Augen der Schlüssel. Die erste Antwort auf unsere Probleme ist: Wir brauchen eine Neuorganisation des Lebensverlaufs, die im Grundsatz die unterschiedlichen Anforderungen an Menschen neu organisiert. Was meine ich damit?

Wir haben seit Bismarck eine klare Dreiteilung des Lebensverlaufs: Lernen, Arbeiten, Pension. Um die Frage nach „care“ in unserer modernen Gesellschaft angemessen beantworten zu können, muss die Strukturierung dieses Lebensverlaufsmusters zerbrochen werden. Es folgt die Überlegung: Wie kann ich einen Lebensverlauf so diskontinuierlich organisieren, dass die unterschiedlichen Lebensphasen miteinander verzahnt werden?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel, damit diese Vorstellung nicht so abstrakt bleibt. Im traditionellen Lebensverlaufsmuster wird beispielsweise davon ausgegangen, dass eine Frau, die nach ihrer Ausbildung mit 22 oder 23 Jahren Erzieherin ist, die nächsten 40 Jahre auch Erzieherin bleiben wird. Man könnte sich aber auch etwas anderes vorstellen: Sie bleibt fünf Jahre Erzieherin, entscheidet sich möglicherweise ein, zwei Jahre für die Betreuung eines Kindes und hat dann anschließend die Möglichkeit, zwei oder drei Jahre etwas Neues zu lernen und einen anderen Beruf anzufangen. Diese Form des Erwerbslebenszyklus findet sich auch im Konzept der EU. Man kann dieses Modell auf alle Lebenszeiten anwenden, zum Beispiel wenn jemand mit 60 Jahren feststellt, dass seine alte Mutter gepflegt und unterstützt werden muss, möglicherweise für ein halbes Jahr. Diese Zeiten sind im traditionellen Verlaufsmuster aber nicht vorgesehen.

Eine wesentliche Idee des Erwerbslebenszyklus ist es, „care“ so in den Lebenslauf einzubauen, dass die Möglichkeit des Wechsels zwischen Erwerbsarbeit, Bildung und „care“ praktisch nahtlos möglich ist. Jetzt sagen Sie vielleicht: Schöne Utopie, aber überhaupt nicht zu realisieren! – Fahren Sie einmal nach Holland, das ab dem 1. Januar 2006 den Versuch gestartet hat, dieses Modell auszuprobieren. Ich bin gespannt, wie das holländische System funktionieren wird, das in etwa so geregelt ist: Wenn man für Fürsorge oder Weiterbildung die Erwerbsarbeit unterbricht, werden diese Zeiten einfach hinten drangehängt. Das heißt, sie unterbrechen ihren Erwerbslebensverlauf nur, sie sind nur für eine bestimmte Zeit nicht erwerbstätig.

Auch in der Bundesrepublik wurde inzwischen ein solches Element eingeführt: Das einkommensabhängige Elterngeld ist genau solch ein Instrument, das lebensverlaufstheoretisch diese Möglichkeiten schafft. – Das ist *eine* Antwort.

Die zweite Antwort auf die Frage, wie „care“ organisiert werden kann: Wir müssen noch einmal darüber nachdenken, ob die in Deutschland verbreitete normative Vorstellung, dass nur ein voll-erwerbstätiger Mensch ein vollständiger teilhabender Mensch ist – alle unseren sozialen Sicherungssysteme sind auf diese Idee aufgebaut –, nicht etwas gelockert werden kann, wie es zum Beispiel die Niederländer gemacht haben. Dort bleiben die Rentenansprüche in etwa gleich, wenn man bestimmte Aufgaben reduziert, was dazu führt, dass zunehmend mehr Männer Teilzeit arbeiten – inzwischen immerhin etwa

25 Prozent. Eine gute Antwort auf die „care“-Frage besteht also aus zwei Elementen: mehr Möglichkeiten für Teilzeit und eine Neuorganisation des Lebensverlaufs.

Nun zur zweiten Frage, wie wir mit der Ausgrenzung von Kindern umgehen sollen. Transferleistungen sind in meinen Augen nicht die richtige Antwort. Die Ausgrenzung von Kindern, die ich als zweites großes Problem unserer Gesellschaft genannt habe, wird nur dann überwunden werden, wenn wir bereit sind, in den großen Städten überproportional Infrastruktur für diese Kinder zu entwickeln. Dieses Problem kann meines Erachtens nur auf diese Weise gelöst werden.

Schaffen wir das nicht, sind die Folgen absehbar: Möglicherweise bekommen diese Kinder, wenn sie noch sehr klein sind, von ihren Eltern die Fürsorge, die sie brauchen. Aber anschließend werden sie – ähnlich wie in Frankreich – in unserer Gesellschaft vor verschlossenen Türen stehen. Die Schaffung der notwendigen Infrastruktur ist nur möglich, wenn neue Modelle entwickelt werden, in denen die Freiwilligenarbeit, die Arbeit der Eltern und die Arbeit der Professionellen auf eine neue Weise kombiniert wird. Solche Ansätze gibt es zum Beispiel schon in England. Es ist völlig klar: Wenn wir hier nicht bald zu einer Lösung kommen, werden wir mit Sicherheit irgendwann französische Verhältnisse haben.

Das dritte Problem, das ich genannt habe – die mangelnde Teilhabe älterer Menschen am Erwerbsprozess –, ist auch nur durch ein Erwerbslebenszyklusmodell zu lösen, das ich Ihnen eben vorgestellt habe. Die Dreiteilung des Lebensverlaufs muss ersetzt werden durch einen flexiblen Lebensverlauf, der dem Einzelnen mehr Optionen in den unterschiedlichen Lebensbereichen gibt.

Ganz zum Schluss möchte ich Ihnen noch sagen, wo in meinen Augen den zentrale Schlüssel dieser Problemlösungen liegt: Solange Fürsorge in unseren gesellschaftlichen Bildern weiblich bleibt, solange wird sich in dieser Gesellschaft nichts ändern. Ich stelle dieses Statement ans Ende:

Auch im Familienbericht haben wir noch keine abschließende Antwort darauf gefunden, wie man diesen Prozess beschleunigen könnte. Wir haben auf Sozialisation gesetzt und darauf hingewiesen, dass die Jungen anders erzogen werden müssen. Diese Antwort ist meiner Ansicht aber zur Leerformel geworden.

Ich denke, es ist für die gegenwärtigen Sozialwissenschaften eine der größten theoretischen Herausforderungen, hier eine fundierte Antwort zu finden: Wie können wir es organisieren, dass Fürsorge auch zu einem wichtigen Teil einer erfolgreichen Männerrolle wird? Nach wie vor gibt es hier nur wenig gute Modelle.

Wir sollten uns alle der Anstrengung unterziehen, über diese Frage nachzudenken. Denn es dauert sehr lange, bis sich gesellschaftliche Rollenbilder wandeln und zu Verhal-

tensänderungen führen: So arbeiten die schwedischen Männer nach 70 Jahren Gleichstellungspolitik im Haushalt sieben Minuten pro Tag mehr als die deutschen Männer – was nicht gerade viel ist.

Podiumsdiskussion

Zusammengefasst von: Dr. Angela Borgwardt

Im Zuge des sozialen Wandels verändert sich auch die bürgerliche Familie, was sich zum Beispiel in einem Rückgang der Kinderzahl, dem Geltungsverlust der Ehe und einer Abnahme der Haushaltsgröße zeigt. Die traditionelle Familie verliert ihre Monopolstellung und wird durch



unterschiedliche Modelle ergänzt, wie nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende und „Patchwork“-Familien. Dieser Strukturwandel der Familien- und Lebensformen ermöglicht zwar individualisierte Lebenskonzepte, erfordert aber auch neue Arrangements im Zusammenleben von Partnern, Kindern und Familienangehörigen sowie zwischen Familie und Beruf.

Dabei stellt sich die Frage, wie in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft Fürsorge für andere organisiert und tragfähige soziale Bindungen hergestellt werden können.

Welche Probleme gehen mit dem Wandel der Lebensformen einher?

Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, stimmte Prof. Bertram zu, dass in Deutschland viel zu wenig in Kinder „investiert“ werde. Die gravierenden Folgen dieser Ausgrenzung von Kindern würden sich schon heute zeigen, insbesondere bei Kindern aus sozial schwachen Familien. Für die Zukunftsfähigkeit einer hoch entwickelten Gesellschaft sei es deshalb dringend notwendig, endlich die Infrastruktur für Kinder in großem Umfang auszubauen.

Ein besonders skandalöses Ausgrenzungsphänomen sei die wachsende Kinderarmut, die für die betroffenen Kinder mangelnde Teilhabe in vielen Lebensbereichen bedeute.

Eine Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum Thema „Kinder und Hartz IV“ habe als erschreckendes Ergebnis offenbart, dass es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik so viele arme Kinder gegeben habe, nämlich 1,7 Millionen. Definiert wurde der Armutsbegriff dabei über jenes Einkommensniveau, mit dem Hartz-IV-Empfänger auskommen müssen.

Statt benachteiligte Kinder zu fördern, was ein wesentlicher Auftrag eines Sozialstaats wäre, mache er es ihnen häufig nur noch schwerer. In Bezug auf Kinder seien viele Hartz-IV-Regelungen regelrecht „haarsträubend“: So sei für die Einschulung eines Kindes gerade einmal ein Betrag von 1,76 Euro vorgesehen, obwohl ein Kind zum Beispiel für Ranzen, Schreibzeug und Sportkleidung ein Vielfaches davon brauche. Barbara Stolterfoht skizzierte, wie sich diese systematische Benachteiligung von Kindern aus Hartz-IV-Haushalten im weiteren Schulbesuch fortsetzt: So können sich die betroffenen Eltern die notwendigen Schulbücher nicht leisten oder die Klassenfahrt nicht bezahlen – geschweige denn „angesagte Turnschuhe“. Stolterfoht kritisierte scharf, dass niemand ernsthaft versuche, diese massiven Ausgrenzungsprozesse zu beenden: Staat und Gesellschaft hätten doch die Aufgabe, *alle* Kinder ausreichend auszustatten, sie zu fördern und ihnen ein angemessenes Lebensumfeld zu bieten. Wenn die Gesellschaft dieses Problem heute nicht löse, werde es sie morgen teuer zu stehen kommen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband verstehe sich als Interessenvertreter der Benachteiligten, insbesondere der Kinder und Arbeitslosen, und habe deshalb diese Missstände wiederholt öffentlich gemacht. Offensichtlich sei die Gesellschaft nur mit massiven öffentlichen Protesten gegen diese unerhörte Benachteiligung zu sensibilisieren. Der Fall der Rütli-Schule in Berlin habe eines sehr deutlich gezeigt: Erst als eine Person den Mut bewies, die problematischen Zustände an der Hauptschule öffentlich zu machen, fanden in der ganzen Republik Diskussionen über das Thema statt – und es wurden Gegenmaßnahmen ergriffen.

Stolterfoht kritisierte, dass auch die Zuständigen in der Politik mehrheitlich nicht sehen oder nicht sehen wollen, in wie vielen Bereichen sich diese gesellschaftliche Vernachlässigung der Kinder vollzieht. Sie zeige sich nämlich nicht nur in der Armut, sondern auch im Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und fehlenden Angeboten frühkindlicher Erziehung und Bildung. In der gesamten Infrastruktur für Kinder zeige sich in Deutschland ein unglaublich hoher Nachholbedarf, der in seinem gewaltigen Ausmaß noch von keiner Partei erkannt und in gezielte Maßnahmenpläne übersetzt worden sei. Es sei höchste Zeit zu handeln und damit anzufangen, in den Länderhaushalten Mittel umzuschichten. Stattdessen werde weiter im sozialen Bereich gestrichen, auch in der unverzichtbaren Jugendhilfe. Dieser Prozess mangelnder Fürsorge für Kinder vollziehe sich

schleichend: Die negativen Folgen würden sich meist erst nach Jahren zeigen, wenn sie kaum noch revidierbar seien.

Für **Heike Zirden**, Leiterin des von der „Aktion Mensch“ getragenen Partizipationsprojekts „dieGesellschafter.de“, ist es ein großes Problem, wie Kinder und Jugendliche in den Medien und in der Öffentlichkeit wahrgenommen und dargestellt werden, nämlich überwiegend negativ oder defizitär: Kinder erscheinen als „Karrierebremse“, bei Leistungstests wie Pisa wird hervorgehoben, wie „schlecht“ sie im internationalen Wettbewerb abgeschnitten haben, oder aber sie sind schlichtweg „zu wenig“, um die Zukunft unserer Sozialsysteme zu tragen. Das Bild von Kindern und Jugendlichen sei in der Öffentlichkeit häufig eine einzige Problembeschreibung.



Auch Moderator **Bernd Schüler** verwies auf den großen Einfluss der öffentlich kommunizierten Bilder und Vorstellungen, die häufig notwendige gesellschaftliche Veränderungen erschweren. Prof. Bertram hatte in seinem Vortrag verdeutlicht, dass im traditionellen Familienmodell Frauen für die Fürsorge für andere (zum Beispiel Erziehung der Kinder, Pflege der bedürftigen Eltern) zuständig waren und Männer als Ernährer der Familie einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgingen. In Folge des Wandels von Familie und Geschlechterrollen, die Frauen und Männern grundsätzlich gleichberechtigt eine Teilhabe an Erwerbsarbeit und Fürsorge ermöglichen soll, müsse die familiäre Fürsorge neu organisiert und Teil der Männerrolle werden.

Tatsächlich zeige sich aber, dass im Selbstverständnis der Männer Fürsorge für andere noch eine relativ geringe Rolle spiele, so Bernd Schüler. Er berichtete von Erfahrungen des Vereins „biffy Berlin – Big Friends for Youngsters“. Um Kindern andere Bezugspersonen außerhalb der Familie zu ermöglichen, vermittelt der Verein Patenschaften: Kinder können durch gemeinsame wöchentliche Aktivitäten mit interessierten Erwachsenen eine Bindung bzw. Beziehung aufbauen. Dieses „Patenschaftsprogramm“ verstehe sich als Baustein für eine neue, verbesserte Infrastruktur für Kinder. Genau hier zeige sich aber auch sehr deutlich die von Prof. Bertram angesprochene Problematik, dass alte Familien- und Rollenbilder die Umsetzung neuer Konzepte hemmen: Un-

ter den sich engagierenden Paten seien zwei Drittel Frauen, aber nur ein Drittel Männer. Auch das traditionelle, auf „Blutsverwandtschaft“ beruhende Familienbild wirke weiter fort und erschwere die Arbeit. So werde man immer wieder bei der Vermittlung mit der Frage konfrontiert, weshalb sich denn jemand für „fremde Kinder“ engagieren sollte. Offensichtlich halte sich hier hartnäckig eine bestimmte Verantwortungshierarchie: An erster Stelle stehen Kernfamilie und Verwandtschaft, an zweiter Stelle folgen Schule und sozialstaatliche Einrichtungen. Dabei sei es doch offensichtlich, worauf auch im letzten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung explizit hingewiesen worden sei: Kinder und Jugendliche bräuchten beim Aufwachsen nicht nur Familie und Schule, sondern auch vielfältige Bindungen zu anderen Bezugspersonen.



Prof. Bertram erläuterte, dass dieses Familienbild aus einer spezifisch deutschen Denktradition resultiert: Im Kontext des Systemgegensatzes des Westdeutschlands zum Realsozialismus sei auch das Familienbild politisch thematisiert worden.

Nach wie vor dominiert nach Prof. Bertram eine soziale Auffassung von Familie, die Kindererziehung als rein private Angelegenheit betrachtet. Der Besuch von Kindergarten und Schule als staatlich geprägte Sphäre werde akzeptiert, dies ende jedoch schon bei der Ernährung der Kinder; so würden viele Eltern Wert darauf legen, dass ihre Kinder mittags zu Hause essen. Bei dieser eingeengten Vorstellung von Familie gerate aus dem Blick, dass neben Familie und Schule auch andere Instanzen, zum Beispiel Nachbarschaft und Gemeinde, eine wichtige Rolle bei der Entwicklung sozialer Bindungen von Kindern spielen. Es gäbe aber auch schon erste erfreuliche Ansätze im Rahmen der Ganztagschulentwicklung: So hätten einige Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz die Schule zum Mittelpunkt des kindlichen Lebens gemacht, indem Mitarbeiter von Musikschulen und Sportvereinen in die Schule eingeladen werden, um die Lernangebote am Nachmittag gemeinsam zu gestalten. Dadurch erhalte die Schule eine Bedeutung, die über die reine Wissensvermittlung im Unterricht hinausgeht. Nach Ansicht Prof. Bertrams muss noch wesentlich mehr in diesen Bereich investiert werden, denn man sei viel zu lange davon ausgegangen, dass

ausschließlich Eltern und Schule für die Erziehung der Kinder zuständig sind. Ein guter Ansatz seien die britischen „Early Excellence Centres“. Diese Zentren für frühkindliche Bildung und Erziehung sollen durch gezielte Angebote jedem Kind einen sicheren Start ins Leben ermöglichen: Neben Sprachförderung gibt es musikalische, künstlerische und naturwissenschaftliche Lernangebote, aber auch Beratungsleistungen für Eltern, die eng in die Bildungs- und Erziehungsarbeit einbezogen werden. Eingerichtet wurden sie zunächst konzentriert in Gebieten, die soziale Brennpunkte darstellen (zum Beispiel starke Bildungsdefizite, hohe Arbeitslosigkeit).

Welchen Beitrag kann die Gesellschaft leisten, was kann jede/r Einzelne tun?

Barbara Stolterfoht appellierte eindringlich an die Eltern sowie an alle, die beruflich mit benachteiligten Kindern arbeiten: Sie müssten ihre Verantwortung für die Kinder auch dadurch wahrnehmen, Defizite und Benachteiligungen laut zu benennen und öffentlich zu machen. Wenn die Abgeordneten als „Angestellte des Volkes“ nicht von sich aus ihre Aufgabe erfüllen, für die Interessen der Kinder einzutreten, dann müssten Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen eben die Initiative ergreifen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, Bezirks- oder Bundesabgeordnete in Schulen einzuladen und ihnen die vorhandenen Probleme vor Augen zu führen. Es könne nicht sein, dass die Gesellschaft wachsende Kinderarmut und soziale Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen einfach schweigend hinnimmt. Hier sei von allen Betroffenen Eigeninitiative gefragt.

Bernd Schüler nahm diesen Gedanken auf, dass es zur Bewältigung der massiven Probleme mehr Eigeninitiative der Bürger und Bürgerinnen bedürfe. Dabei seien aber neue Formen der Zusammenarbeit von Freiwilligen und Professionellen notwendig, zum Beispiel um neue Modelle der Fürsorge auf dem Weg zu bringen. Auf das bürgerschaftliche Engagement werde offensichtlich viel Hoffnung gesetzt, wenn es um die Frage gehe, wie die Gesellschaft ihre Probleme lösen und Visionen eines Zusammenlebens entwickeln könnte.

Heike Zirden betonte, dass in der Gesellschaft ein großes Potenzial für ehrenamtliches Engagement vorhanden sei, was sich im Projekt „dieGesellschafter.de“ deutlich zeige. Dieses von der „Aktion Mensch“ getragene Projekt stellt die Frage ins Zentrum: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Konzipiert sei es als Partizipationsprojekt mit zwei Schwerpunkten. Der erste zielt auf soziale Teilhabe: Möglichst viele Bürger und Bürgerinnen sollen dabei die Möglichkeit erhalten und nutzen, am gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess teilzunehmen. Bisher sei dieser Diskurs von den Deutungen der Experten, Ökonomen und Politikern dominiert worden, während die Gesellschaft

weitgehend Zuschauer geblieben sei. Fragen wie: „Welche Gesellschaft mit welchen Werten streben wir für die Zukunft an?“, müssten jedoch als vorrangige Angelegenheit der Gesellschaft auch von der Gesellschaft diskutiert werden. Die Resonanz auf das Projekt sei enorm: Die im Internet eingerichtete Diskussionsplattform sei schon über 700.000-mal besucht worden; in moderierten Foren zu Themen wie Familie, Bildung, Arbeit oder Ethik seien schon über 60.000, überwiegend konstruktive Beiträge von Bürgern geschrieben worden. Quantitativ liege das Forum „Frauen und Männer“ an erster Stelle, dann folgen die Themen Zuwanderung, Familie, Bildung, Armut.

Der zweite Schwerpunkt des Projekts widme sich der Frage, wie sich die Bürgerinnen und Bürger jenseits von Politik, Staat und Wirtschaft einbringen können: Jeder Einzelne werde gewissermaßen dazu aufgefordert, die Gesellschaft aktiv und konkret mitzugestalten. Dieses Ziel soll zum einen dadurch verfolgt werden, dass über die Einrichtung einer Freiwilligendatenbank Anbieter von Projekten und an Engagement Interessierte zueinander finden können; zum anderen werden mit einem Förderprogramm von 10 Mio. Euro kleine neue Projekte finanziert. Das Projekt „dieGesellschafter.de“ will beide Bereiche abdecken: Diskussion über gesellschaftliche Themen und praktische Mitgestaltung der Gesellschaft.

Und was kann heute konkret für Kinder und Jugendliche getan werden? Heike Zirden berichtete davon, wie im Rahmen des Projekts „5000mal Zukunft“ Kinder und Jugendliche auf der Straße befragt wurden: Wo sehen sie Probleme? Wo bräuchten sie Unterstützung? Welche Projekte fänden sie gut? Dabei habe sich gezeigt, dass sich die Kinder und Jugendlichen meist ganz einfache Dinge wünschen wie Unterstützung bei den Hausaufgaben, einen „warmen“, konsumfreien Raum der Begegnung, Workshops für unterschiedliche handwerkliche Tätigkeiten oder das Erlernen eines Musikinstruments. Entscheidend sei für die Kinder, dass jemand da ist, der sie achtet und ihnen etwas beibringt. Die Kinder hätten also ganz konkrete, kleine Wünsche, zu denen doch jeder einen Beitrag leisten könne.

Welche Chancen und Schwierigkeiten sind mit der Freiwilligenarbeit verbunden?

Heike Zirden merkte dazu an, dass in den Internet-Diskussionsforen des Projekts „dieGesellschafter.de“ auch das Ehrenamt reflektiert werde. Die wesentlichen Probleme konzentrierten sich demnach auf zwei Bereiche. Der erste Bereich betrifft die konkrete Arbeit: Man wünsche sich mehr Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeiten und mehr Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung. Außerdem müssten für eine sinnvolle Arbeit die Restriktionen über den Arbeitsumfang gelockert werden (bei Bezug von Arbeitslosengeld sind nicht mehr als 15 Stunden zulässig). Die zweite Ebene hängt mit der Politisierung von Freiwilligenarbeit zusammen: Die ehrenamtlich Tätigen müssten sich zunehmend

mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass sie die Lücken aus dem Rückzug des Staats kompensieren und dadurch quasi „mitschuldig“ werden. So würden zum Beispiel im Bildungsbereich reguläre Stellen gestrichen und die Arbeit durch Freiwillige fortgeführt. Es sei sehr wichtig, hierzu ein eigenes Selbstverständnis und eine klare Haltung zu entwickeln, die davon ausgeht, dass mit ehrenamtlicher Arbeit vor allem die betroffenen Menschen unterstützt werden und nicht der Staat – auch wenn der Staat ebenfalls davon profitiert. **Barbara Stolterfoht** nannte Zahlen, um die Relationen zwischen freiwilligen und professionellen Kräften



zu verdeutlichen: Die großen Wohlfahrtsverbände hätten 1,2 Millionen hauptamtlich Beschäftigte und über zwei Millionen sogenannte ehrenamtlich Tätige; die Zahl der Professionellen sei etwa unverändert geblieben. Angesichts der wachsenden Probleme in der Gesellschaft müsse ein Teil davon verstärkt von ehrenamtlich Tätigen aufgefangen werden. Auch im Paritätischen Wohlfahrtsverband können sich in Freiwilligenagenturen jene melden, die helfen wollen: So kann zum Beispiel ein handwerklich begabter Rentner, der sich engagieren möchte, mit einem Hilfe suchenden Kindergarten zusammengebracht werden.

Doch trotz der großen Bedeutung dieser Aufgaben sei ehrenamtliche Arbeit leider in der Gesellschaft und insbesondere auch von den Politikern immer noch nicht ausreichend anerkannt. Auffällig sei zudem, dass das Ehrenamt in den sozial besser gestellten Vierteln stärker ausgeprägt sei. Diese Tendenz unterstreiche den vielzitierten Spruch: Ehrenamt muss man sich leisten können.

Insgesamt ist das Verhältnis zwischen freiwilligen und professionellen Kräften nach **Barbara Stolterfoht** in der Praxis spannungsreich: Professionelle würden zwar vermehrt gebraucht, was jedoch aus den vorhandenen Mitteln nicht bezahlt werden könne. Deshalb sei die Gesellschaft auf die Freiwilligen angewiesen – ohne ihr Engagement sähe Deutschland arm aus. Ehrenamtliche und Professionelle müssten eine gemeinsame Perspektive entwickeln, welche Aufgaben jede Seite übernehmen sollte.

In der **Diskussion mit dem Publikum** wurde das von Prof. Bertram vorgestellte Konzept einer Neuorganisation der Lebensläufe aufgegriffen sowie seine These, dass durch

einen flexiblen Erwerbslebenszyklus ein Teil der Probleme aus dem sozioökonomischen Wandel gelöst werden könnte. Ein Teilnehmer kritisierte, dass für viele Menschen Brüche und Auszeiten im Lebenslauf inzwischen schon unfreiwillig zur Realität geworden seien; wie könne denn zum Beispiel ein erzwungenes Ausscheiden aus dem Arbeitsalltag angesichts der damit verbundenen Probleme ein positives Modell der Flexibilisierung sein?



Prof. Bertram erläuterte, dass viele Veränderungen im Lebensverlaufsmuster als unvermeidlich akzeptiert, aber auch bewusst gestaltet werden müssten. Als Beispiel nannte er die Umwandlung der universitären Ausbildung in Deutschland mit dem Bachelor als „erster Stufe“ und dem Master als „zweiter Stufe“. Während man in anderen europäischen Ländern bereits nach dem ersten Abschluss gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt habe, bekomme man in Deutschland in der Regel erst mit dem zweiten Abschluss einen Job. Als Konsequenz daraus würden in Deutschland dann möglichst beide Abschlüsse hinter-

einander gemacht. Solange jedoch daran festgehalten werde, dass sich Ausbildung ausschließlich vor dem Erwerbsleben zu vollziehen habe, werde man nicht aus dem Dilemma herauskommen, dass Zeiten für Fürsorge – wie zum Beispiel Kindererziehung – nur schwer in die Berufsbiografie integriert werden können. Deshalb sei es so wichtig, die Idee dieses neuen Lebensverlaufsmodells aufzunehmen: Man könnte beispielsweise eine Berufsentscheidung treffen, fünf Jahre in diesem Beruf tätig sein und danach etwas anderes machen. In Deutschland seien berufliche Neuanfänge sehr schwer, doch sollte jeder immer wieder die Chance auf eine neue Tätigkeit oder einen anderen Beruf haben. Berufliche Wechsel seien im deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem traditionell nur für „Verlierer“ vorgesehen, bei „Gewinnern“ werde eine Neuorientierung nicht als notwendig erachtet. Für einen gesellschaftlichen Mentalitätswechsel sollte man deshalb bei jenen Gruppen ansetzen, die besonders privilegiert sind.

Stolterfohts Plädoyer für eine Anerkennungskultur der ehrenamtlichen Tätigkeit erfuhr im Publikum breite Unterstützung und wurde dahingehend ergänzt, dass sich auch eine

Anerkennungskultur entwickeln müsse für Sozialarbeiter, die nur selten in ihrer Leistung für sozial Schwache gewürdigt würden. **Barbara Stolterfoht** merkte dazu an, dass in Deutschland alles, was mit sozialen Problemen zu tun habe, tatsächlich nur sehr wenig anerkannt werde, obwohl die in diesem Bereich Tätigen eine eminent wichtige Aufgabe in der Gesellschaft übernehmen.

In der **Publikumsdiskussion** wurde noch einmal herausgestellt, dass Bürger und Bürgerinnen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollten. Insbesondere die Teilhabe am Diskurs über grundsätzliche Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung, wie zum Beispiel im Projekt „dieGesellschafter.de“, sei von großer Bedeutung – nicht nur für jeden einzelnen Beteiligten, sondern auch für das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft insgesamt.

Installation der künstlerischen Projektgruppe REINIGUNGSGESELLSCHAFT „Der dreidimensionale Arbeitsbegriff“



Die REINIGUNGSGESELLSCHAFT (RG) agiert seit 1996 als Projektgruppe an der Schnittstelle von Kunst und Gesellschaft. Reinigung wird dabei als ein Prozess der Erneuerung verstanden, der Begriff Gesellschaft steht für eine kollektive Arbeitsweise und das Interesse

an sozial relevanten Themen. Die Akteure der RG, Martin Keil und Henrik Mayer, sehen die Widersprüche einer Gesellschaft im Strukturwandel als Ausgangspunkt ihrer Arbeit. In den Projekten werden Interventionen und Kooperationen der Bereiche Kunst, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft modellhaft erprobt. Inhaltlich geht es unter anderem darum, sich mit der Demokratieentwicklung und den Perspektiven der Arbeitsgesellschaft kritisch auseinanderzusetzen.

Gemeinsam mit Psychologie- und Architekturstudenten der Technischen Universität Dresden entwickelte die REINIGUNGSGESELLSCHAFT ein Raummodell zum dreidimensionalen Arbeitsbegriff.

Entstehungsprozess

In der ersten Phase des Projekts 2003 führte die REINIGUNGSGESELLSCHAFT eine Umfrage unter etwa einhundert Personen in Chemnitz, Leipzig und Dresden durch, in deren Zentrum die Frage stand: „Was bedeutet für Sie Arbeit?“ Von den Befragten wurden dabei auch Beruf und Alter erfasst sowie ein fotografisches Porträt angefertigt.

Im nächsten Schritt wurde das gesammelte Material nach Handlungsmustern geordnet. Studierende der Psychologie an der TU Dresden klassifizierten die Statements der

Befragten und erarbeiteten eine Clusterstudie, indem typische Handlungsmuster auf einer kognitiven Landkarte des Arbeitsbegriffs angeordnet wurden. In der dreidimensionalen Umsetzung dieser Karte wurden vier Cluster erkennbar, die einen vielschichtigen Arbeitsbegriff veranschaulichen.

Von April bis Juni 2004 fand die zweite Phase des Projekts statt. Hier erstellten Studierende der Psychologie und Architektur der TU Dresden zusammen mit der REINIGUNGSGESELLSCHAFT ein räumliches Modell zu einem dreidimensionalen Arbeitsbegriff. Die drei räumlichen Dimensionen stehen für drei bipolare Achsen, die jeweils anzeigen

- inwieweit die Arbeit der Befriedigung materieller Bedürfnisse dient, zum Beispiel über Geld, oder durch das Ziel gesellschaftlicher Anerkennung motiviert ist,
- wie das Verhältnis von geistiger und körperlicher Tätigkeit zu bestimmen ist,
- ob es sich um eine Tätigkeit handelt, in der Arbeit als Pflicht betrachtet wird oder ob sie ein hohes Maß an Selbstverwirklichung ermöglicht.

Ergebnisse

Die Umfrage erbrachte eine große Vielfalt von Vorstellungen über die Bedeutung der Arbeit: Sie reichten von einem funktionalen Verständnis, das Arbeit als Pflicht betrachtet und auch als Last beschreibt, um ausschließlich materielle Bedürfnisse zu befriedigen, bis hin zu einem ganzheitlichen Arbeitsbegriff, der soziale, kulturelle und kommunikative Tätigkeiten umfasst. Die Gruppe, die den funktionalen Arbeitsbegriff am stärksten vertritt, entspricht in weiten Teilen dem Profil der „Working Poor“: Ihre wesentlichen Merkmale sind gering- und unterqualifizierte Beschäftigungen, niedriges Einkommen sowie teilweise die Notwendigkeit, zur Existenzsicherung mehrere Jobs gleichzeitig ausüben zu müssen. Die Gruppe mit einem ganzheitlichen Arbeitsbegriff findet sich vor allem im sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Milieu. Zu den Hauptkennzeichen zählen Werte wie Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung sowie das Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung. In dieser Gruppe sind auch die Hochqualifizierten zu finden, die oft in leitenden Funktionen und Ämtern tätig sind.

Analysiert man das Verhältnis von geistigen und materiellen Tätigkeiten, so ergeben sich wichtige Erkenntnisse über neu entstandene Berufsbilder sowie über die Anteile abhängiger Beschäftigung und freiberuflicher Tätigkeit. Bei allen Berufsgruppen wird deutlich, dass sich der Gegenstand der Arbeit zunehmend im „immateriellen“ Bereich bewegt – im Dienstleistungs- und Kommunikationssektor. Auch in traditionellen Berufsgruppen wie dem Handwerk werden immaterielle Wertformen wie beispielsweise Kommunikati-

on, Kundennähe und Kundenzufriedenheit als sehr wichtig eingestuft. Zudem fließen in alle Bereiche dienstleistungsnahe Tätigkeiten ein.

Zukunftsvision

Unsere Existenz wird zukünftig viel stärker als bisher auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung basieren. Staatlich subventionierte und regulierte „Wellnessprogramme“ tragen langfristig nicht zu einer eigenständigen Entwicklung des Individuums bei. Ein wichtiges Ziel ist die Gestaltung ganzheitlicher Produktions- und Arbeitssysteme, die neben Wissen und Fachkompetenz auch kulturelle und soziale Eigenschaften integrieren und damit zur individuellen und schöpferischen Entfaltung beitragen können.

Der Wandel von einer Vollerwerbsgesellschaft zu einer flexiblen Tätigkeitsgesellschaft ist nicht nur das Resultat einer sich verändernden globalen Weltwirtschaft, sondern vor allem einer weltweiten emanzipatorischen Entwicklung hin zu stärkerer Selbstbestimmung der Lebensführung und persönlicher Freiheit. Individuelle Lebensmuster können sich in einem intensiveren Wettbewerb behaupten. Durch die sich ausdifferenzierenden



Freiheitsformen mit non-linearen Lebensmustern verlieren traditionelle Sozialbindungen wie die Familie an Bedeutung zu Gunsten von Zweck- und Interessengemeinschaften.

Welche gesellschaftlichen Wertvorstellungen können sich aus dem Wandel der Arbeitswelt entwickeln? Die Grundvoraussetzung für eine aktive Tätigkeitsgesellschaft ist der Einbezug aller gesellschaftlichen Gruppen. Sie entspricht einer aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die auch jenes politische Bewusstsein ermöglicht, das zum verantwortungsvollen Handeln führt. Dieser Ansatz beinhaltet eine Sozialpartnerschaft, die die Entwicklung und Entfaltung aller zum Ziel hat.

REINIGUNGSGESELLSCHAFT

Angaben zu den Referentinnen und Referenten

Dr. Peter Bartelheimer

Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen

Peter Bartelheimer, 1954 geboren, studierte Sozialpädagogik, Soziologie, Politologie und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Neben Berufstätigkeiten als Journalist und als Fraktionsreferent im Hessischen Landtag arbeitete er an verschiedenen Forschungsinstituten in Projekten der Armuts- und Sozialberichterstattung und in der sozialpolitischen Begleitforschung. Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter des SOFI, ist Peter Bartelheimer hier u.a. Projektleiter des Forschungsverbundes „Berichterstattung zur sozialökonomischen Entwicklung Deutschlands“, des Teilprojekts SOFI/FIA im „Monitor Arbeitsmarktpolitik“ und der SOFI-Konzeptstudie „Neue soziale Dienstleistungen nach SGB II“. Er ist als Projektverantwortlicher für die Beiträge des SOFI im Konsortium vorgesehen.

Dr. Christine Bergmann

Mitglied des Ombudsrates - Grundsicherung für Arbeitssuchende, Berlin,
Bundesministerin a.D., Berlin

Christine Bergmann, 1939 in Dresden geboren, arbeitete nach dem Studium der Pharmazie von 1967 bis 1990 im Bereich der Arzneimittelinformation am Institut für Arzneiwesen der DDR. 1989 erfolgte die Promotion. Von 1991 bis 1998 war sie Bürgermeisterin von Berlin und Senatorin für Arbeit und Frauen, ab 1995 auch für berufliche Bildung. Von 1998 bis 2002 arbeitete sie als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 1989 Mitglied der SPD, war sie u.a. von 1991 bis 2004 stellvertretende Landesvorsitzende des Berliner Landesverbandes der SPD. Sie ist ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung. 2005/2006 war sie Mitglied des Ombudsrats – Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Prof. Dr. Hans Bertram

Lehrstuhl für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin

Hans Bertram, 1946 in Soechst (Westfalen) geboren, studierte Soziologie, Psychologie und Jura in Münster und Mannheim. Von 2002 bis 2003 arbeitete er als Geschäftsfüh-

render Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU). Seit 1992 ist Hans Bertram Hochschullehrer am Lehrstuhl für Mikrosoziologie an der HU. Von 2003 bis 2005 war er als Vorsitzender der 7. Familienberichtskommission des Deutschen Bundestages tätig, seit 2004 ist er Vorsitzender des Landesbeirats für Familienpolitik des Landes Brandenburg. 2004 wurde er zum Mitglied der Kommission „Familie und demografischer Wandel“ der Robert-Bosch-Stiftung berufen. Hans Bertram ist darüber hinaus externes Mitglied der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“.

Prof. Dr. Werner Helsper

Zentrum für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung (ZSL)
an der Universität Halle-Wittenberg

Werner Helsper, 1953 in Höhn/Oettingen/Westerwald geboren, studierte Erziehungswissenschaft, Soziologie, Germanistik, Kunsterziehung und Schulpädagogik an den Universitäten Marburg/Lahn, Gießen und Essen. Seit Oktober 1999 ist er Professor für Schulforschung/Allgemeine Didaktik am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 2001 arbeitet Werner Helsper hier als Geschäftsführender Direktor des „Zentrums für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung“ (ZSL). Einige seiner aktuellen Forschungsprojekte bzw. Veröffentlichungen sind u.a.: „Erfolg und Versagen in der Schulkarriere“ (Teil eines Forschungspakets der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu „Mikroprozessen schulischer Selektion“) sowie die Publikation „Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik bei Jugendlichen“ (Studie des BMBF).

Dr. Gustav A. Horn

Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und
Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Gustav A. Horn, geboren 1954 in Nürnberg/Oberbergischer Kreis, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn und an der London School of Economics. Von 1981 bis 1986 arbeitete er als Assistent am Lehrstuhl für Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Konstanz. Seit 1986 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin tätig, war Gustav A. Horn von 2000 bis 2004 Leiter der Abteilung „Konjunktur“ des Instituts. 1992 erfolgte die Promotion. Seit

1. Januar 2005 ist er Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Darüber hinaus übt Gustav A. Horn eine umfangreiche Berater- und Dozententätigkeit aus, u.a. für das Europäische Parlament.

Dr. Peter-Werner Kloas

Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH)

Peter-Werner Kloas studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bis 1999 war er als Leiter des Arbeitsbereichs „Früherkennung neuer Beschäftigungsfelder“ sowie der Abteilung „Qualifikationsforschung“ im Bundesinstitut für Berufsbildung tätig. Er ist Mitglied verschiedener Ausschüsse im Bereich der schulischen Förderung (z.B. Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft) sowie der beruflichen Bildung bzw. Berufsbildungsforschung (z.B. Ausschüsse des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland). Momentan arbeitet Peter-Werner Kloas beim Zentralverband des Deutschen Handwerks. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Strukturfragen der beruflichen Bildung, betriebliche Ausbildungspotenziale und Förderprogramme für spezielle Personengruppen.

Isabel Schayani

Redaktion von MONITOR, Köln

Isabel Schayani studierte Islamwissenschaft, Geschichte und Völkerrecht in Bonn. Vor dem WDR-Volontariat moderierte sie beim Belgischen Rundfunk (deutschsprachiges Programm), Riff (WDR1) und die ZDF-Kindernachrichten „Logo“. Nach dem Volontariat blieb sie als Redakteurin im ARD-Morgenmagazin, moderierte u.a. im Funkhaus Europa und schrieb als freie Autorin für die FAZ und die Süddeutsche Zeitung. Sie wechselte in die Redaktion von Cosmo-TV, dem migrationspolitischen Magazin im WDR-Fernsehen, das sie bis Juni 2006 moderierte. Seit August 2005 gehört sie der MONITOR-Redaktion an.

Bernd Schüler

Freier Journalist und Vorstandsvorsitzender des Patenschaftsprogramms biffy e.V., Berlin

Bernd Schüler, 1969 geboren, studierte Soziologie und Politikwissenschaften. Er lebt als freier Journalist in Berlin und ist Vorstandsmitglied des Patenschaftsprogramms biffy Ber-

lin – Big Friends for Youngsters e.V. Der Verein biffy Berlin e.V. wurde 2004 gegründet mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu begleiten und zu fördern, ihnen Orientierung zu geben und Perspektiven zu öffnen. Durch gemeinsame Unternehmungen von Kindern/Jugendlichen mit Erwachsenen kommen in den Patenschaften auch Aspekte wie Bildung, Integration und Berufsorientierung zum Tragen.

Dr. Stephan Schumann

Universität Zürich

Von 2000 bis 2006 arbeitete Stephan Schumann als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin im Institut für Erziehungswissenschaften. Hier begleitete er u.a. den Berliner Modellversuch MDQM (Modulare-Duale-Qualifizierungsmaßnahme).

Seit 2006 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zürcher Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik tätig. Stephan Schumann ist Leiter des Nationalfonds-Projekts „Anwendungs- und problemorientierter Unterricht in gymnasialen Lehr-Lern-Umgebungen (APU). Seine besonderen Arbeitsschwerpunkte sind Benachteiligtenforschung/Benachteiligtenförderung, Bildungs- und Erwerbsbiografien Jugendlicher sowie junger Erwachsener unter besonderer Berücksichtigung des Migrationshintergrundes.

Barbara Stolterfoht

Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Berlin

Barbara Stolterfoht ist examinierte Kindergärtnerin und Diplom-Politologin. Von 1994 bis 1998 gehörte sie als Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung der Hessischen Landesregierung an, von 1992 bis 2003 war sie als Abgeordnete des Landtages in Hessen tätig. Seit 2000 ist Barbara Stolterfoht Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Seit 2005 ist sie gleichzeitig Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Fragen zur Sozialpolitik, die bereichsübergreifende Förderung und Vernetzung der sozialen Infrastruktur sowie die Förderung der Potenziale von Kindern. Sie war u.a. auch Mitglied der Kommission zur Sicherung der Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission).

Jörg Tauss

Sprecher des Arbeitskreises Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Jörg Tauss, 1953 in Stuttgart geboren, absolvierte eine Lehre als Lebensversicherungskaufmann im Fachbereich betriebliche Altersversorgung. Er arbeitete als Gewerkschaftssekretär u.a. in Stuttgart, Esslingen und Hamburg und war Pressesprecher der IG-Metall Baden-Württemberg. Er ist u.a. Mitglied der IG Metall, von ver.di, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren im Senat sowie der Deutschen UNESCO-Kommission. Jörg Tauss ist seit 1971 Mitglied der SPD, seit 2005 Generalsekretär der SPD Baden-Württemberg und seit 1994 Mitglied des Bundestages. Aktuell ist er Sprecher des Arbeitskreises Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion.

Heinrich Tiemann

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin

Heinrich Tiemann, 1951 in Schwenningen am Neckar geboren, studierte Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Konstanz. Danach arbeitete er u.a. als Sozialwissenschaftler in der Abteilung Grundsatzfragen beim IG Metall-Vorstand Frankfurt am Main. Von 1998 war Heinrich Tiemann Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt. Seit 2001 arbeitet er als Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Von 2002 bis 2005 war er als Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung tätig. Von 2002 bis 2003 wurde er als Mitglied der Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ berufen. Seit 2005 ist Heinrich Tiemann Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Prof. Dr. Ulrich Walwei

Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

Ulrich Walwei, 1958 in Versmold geboren, studierte von 1980 bis 1986 Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule Paderborn. Im Anschluss daran promovierte er dort zu rechtsökonomischen Fragen. Seit 1988 ist er am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung tätig. Aktuell ist er Vizedirektor des Instituts und leitet den Forschungsbereich „Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind

längerfristige Arbeitsmarkttrends, Politikanalysen und Institutionenökonomik. Ulrich Walwei veröffentlichte u.a. zu folgenden Themen: Zukunft der Arbeit, Deregulierung des Arbeitsrechts, Niedriglohnsektor sowie Arbeitsmarktpolitik.

Dr. Ursula Weidenfeld

Stellvertretende Chefredakteurin Der Tagesspiegel, Berlin

Ursula Weidenfeld, geboren 1962 in Mechernich, studierte Wirtschaftsgeschichte, Germanistik und Volkswirtschaft an den Universitäten Bonn und München und promovierte über die Anfänge der Wettbewerbspolitik und des Kartellrechts in der Ära Adenauer. Nach ihrer Tätigkeit als Berlin-Korrespondentin und stellvertretende Ressortleiterin bei der Wirtschaftswoche wechselte sie vorübergehend zum Tagesspiegel und leitete anschließend das Unternehmensressort der Financial Times in Deutschland. Nach ihrer Rückkehr zum Tagesspiegel war sie zunächst Leiterin des Ressorts Wirtschaft und leitende Redakteurin. Seit 2004 ist sie dort Stellvertretende Chefredakteurin.

Heike Zirden

Leiterin des Projekts „dieGesellschafter.de“ bei der Aktion Mensch, Bonn

Heike Zirden, 1965 geboren, studierte Germanistik, Kunstgeschichte und Philosophie. Nach dem Studium arbeitete sie als freie Journalistin. Seit 1995 ist sie Bereichsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung bei der Aktion Mensch. Sie ist Chefredakteurin der Zeitschrift „MENSCHEN. Das Magazin“. Heike Zirden arbeitete u.a. an den Projekten „Der (im)perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit“ und „Das 1000Fragen-Projekt zur Bioethik“. Aktuell ist Heike Zirden Leiterin des Projekts „dieGesellschafter.de“ bei der Aktion Mensch. Ziel dieses Projektes ist es, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich die Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft anzueignen. Ein Beispiel hierfür ist die Internet-Kampagne „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“

In der Ausstellung

Künstlerische Projektgruppe REINIGUNGSGESELLSCHAFT, Dresden

Henrik Mayer, geboren 1971, und **Martin Keil**, geboren 1968, begründeten in Dresden die künstlerische Projektgruppe REINIGUNGSGESELLSCHAFT (RG), die an der Schnittstelle von Kunst und Gesellschaft agiert. Ausgangspunkt ihrer künstlerischen Arbeit sind die Widersprüche einer Gesellschaft im Strukturwandel. In ihren Projekten werden Interventionen und Kooperationen der Bereiche Kunst, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft modellhaft erprobt. Eines ihrer Projekte war z.B. „Arbeite Mit, Plane Mit, Regiere Mit“ (2004/2005) im Kasseler Kunstverein. Im Sommer 2006 erhielt Die REINIGUNGSGESELLSCHAFT den Preis für junge Kunst in Sachsen. Die im Rahmen dieser Konferenz gezeigte Ausstellung „Der dreidimensionale Arbeitsbegriff“ entstand in Zusammenarbeit mit Psychologie- und Architekturstudenten der Technischen Universität Dresden.

Links zu den Projekten

Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands

<http://www.soeb.de>

DieGesellschafter.de

<http://diegesellschafter.de/>

Die REINIGUNGSGESELLSCHAFT

<http://www.reinigungsgesellschaft.de>

Patenschaftsprogramm Big Friends for Youngsters (biffy)

<http://www.biffy.de>

Arbeit des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Projekts
„Gesellschaftliche Integration“

www.fes-forumberlin.de

www.fes.de/integration

